

Abschlussbericht

zum Forschungsprojekt

„Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern –
Einblicke in Alltagsthemen und Gestaltungsmöglichkeiten“



Das Vorhaben ist Teil des Gesamtvorhabens „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Studie zu den Lebenswelten junger Menschen“ des Jugendpfarramts der Nordkirche, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern.

Juli 2020



Impressum

Der vorliegende Abschlussbericht zur Forschungsstudie „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern – Einblicke in Alltagsthemen und Gestaltungsmöglichkeiten“ wurde durch das Institut für regionale Innovation und Sozialforschung (IRIS e.V.) Dresden erstellt.



Die Forschungsstudie wurde vom IRIS e.V. Dresden in Kooperation mit dem Jugendpfarramt der Nordkirche, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, und Dr. Thomas Markert (HS Neubrandenburg) im Zeitraum von September 2019 bis Juli 2020 im Auftrag und durch Förderung des Landesamts für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt.

Herausgeber:

Institut für regionale Innovation und Sozialforschung e.V. (IRIS e. V.)
Räcknitzhöhe 35a
01217 Dresden
www.iris-ev.de

Verfasserin: Pia Rohr

Layout: Ronja Rohr

Dresden, Juli 2020

Inhalt

Einleitung	5
1 Das Datenmaterial	6
1.1 Material der Anhörungen	6
1.2 Material der Thementische	7
1.3 Ableitungen aus den Einschätzungen des Datenmaterials	8
2 Einblicke und Einsichten	09
2.1 Flächenland Mecklenburg-Vorpommern mit verschwindendem Jugendanteil	09
2.2 (Un)Freiheit zu Bleiben	11
2.3 Alltagsthemen und Gestaltungsmöglichkeiten der Jugendlichen	14
3 Ausblicke und Aussichten	37
3.1 Forderungen und Empfehlungen der Jugendlichen	38
3.2 Empfehlungen aus den Einblicken und Einsichten	40
3.3 Anregende Projektideen	48
3.4 Spick-Zettel	54
4 Literatur- und Quellenangaben	55

Einleitung

Im März 2018 beschloss der Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern die Einrichtung eines Unterausschusses „Eigenständige Jugendpolitik“ (UA EJP). Die inhaltliche Arbeit des UA EJP beinhaltet u.a. die Erarbeitung von Empfehlungen zur Stärkung der Partizipation junger Menschen, zur Erarbeitung von Qualitätsstandards für jugendgerechte Strukturen, zur Erschließung und Sicherung jugendgerechter (Frei)Räume sowie zur Anerkennung und Förderung des gesellschaftlichen bzw. demokratischen Engagements Jugendlicher. Für eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema „Eigenständige Jugendpolitik“ initiieren die Ausschussmitglieder unterschiedliche Befragungen von Kindern und Jugendlichen bzw. Expert_innen, holen Stellungnahmen ein oder nutzen die Ergebnisse vorhandener jugendpolitischer Aktionen.

In diesem Zusammenhang gab es zwei inhaltliche Impulse: Zum einen hat sich der Sozialausschuss des Landtags Mecklenburg-Vorpommerns 2018/19 in sechs thematischen Anhörungen mit ausgewählten Fragen zum Thema „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ beschäftigt. Diese Anhörungsreihe wurde von geladenen Sachverständigen inhaltlich unteretzt und von zehn ausgewählten Jugendlichen begleitet. Die Beratungsergebnisse wurden in einer Zwischen- und einer Abschlussitzung gemeinsam von den Jugendlichen und den Abgeordneten ausgewertet.

Zum anderen wurde Anfang 2019 vom UA EJP in Zusammenarbeit mit der HS Neubrandenburg eine Befragung von Schüler_innen der 9. Klassenstufe an drei Schulstandorten durchgeführt, die anhand festgelegter Themen in freien Gesprächen Perspektiven, Meinungen, Eindrücke und Haltungen von Jugendlichen erhoben hat.

Das erzeugte umfangreiche Material beider Vorhaben sollte in einem nächsten Schritt weiter analysiert und systematisiert werden, um Themen einzugrenzen und zu fokussieren, an denen der UA EJP künftig bedarfsorientiert und jugendgerecht weiterarbeiten kann. Entsprechend war der übergreifende Bezug die Weiterentwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik im Hinblick auf Sicherung und Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen, mehr Jugendgerech-

tigkeit und ein selbstbestimmtes Engagement Jugendlicher.

IRIS e.V. Dresden übernahm die wissenschaftliche Bearbeitung des vorliegenden Materials mit dem Ziel, über konkrete Aussagen von Jugendlichen, Sachverständigen und Politiker_innen zu unterschiedlichen Themen (u.a. Lebensort, Schule, Freizeit, Mobilität, Digitalisierung) aufzuzeigen, wie jugendgerecht Mecklenburg-Vorpommern von den Jugendlichen selbst wahrgenommen wird und welche Fragen bzw. Themen die Jugendlichen als wesentlich in ihrem Alltag und für ihre Lebensplanung betrachten. Da das Material nicht systematisch erhoben wurde, um die Lebenswelt von Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern zu beschreiben, mussten andere Zugänge gefunden werden, die es aus seinem ursprünglichen Erhebungskontexten herauslösen sowie eine offenere Lesart und neue inhaltliche Bezüge ermöglichen. Dabei ging es unter anderem darum, die von den Jugendlichen geäußerten Veränderungsbedarfe zu erfassen, die wiederum auf notwendige Entwicklungskontexte verweisen.

Aus der lebensweltlichen Perspektive gefragt: Was soll sich aus Sicht der Jugendlichen für Jugendliche ändern, besser, gerechter etc. werden?

Aus der beteiligungsorientierten Perspektive gefragt: An welchen Veränderungen wollen sich Jugendliche auf welche Art und Weise beteiligen?

In diesem Arbeitsprozess stand die Anerkennung der befragten Jugendlichen als Expert_innen ihrer eigenen Lebenswelt im Vordergrund. Das bedeutete, ihre Aussagen sichtbar zu machen, sie offen neben die von Fachexpert_innen und Politiker_innen zu stellen und ihnen dadurch Gehör zu verschaffen.



Das Datenmaterial

Das Datenmaterial, auf das sich die vorliegende Studie stützt, wurde in den Anhörungen des Sozialausschusses des Landtags Mecklenburg-Vorpommern (fortfolgend: Anhörungen) und in leitfadengestützten Interviews mit Schüler_innen der neunten Klassenstufe an drei Schulstandorten (fortfolgend: Thementische) erzeugt. Es wurde nicht explizit für die Studie erstellt, sondern wird im Nachgang von ihr aufgegriffen, systematisiert und unter dem Gesichtspunkt von Partizipation und Lebenswelt von Jugendlichen ausgewertet. Zunächst soll das Material kurz charakterisiert werden.

1.1 Material der Anhörungen

Von den öffentlichen Anhörungen des Sozialausschusses gibt es

- » Video-Mitschnitte, die über YouTube zur Verfügung gestellt werden
- » schriftliche Stellungnahmen/Expertisen von Sachverständigen, Vertreter_innen des Landessenorenrats, des Städte- und Gemeindetags sowie des Landkreistags zu festgelegten spezifischen Themen
- » schriftliche Verlaufsprotokolle der thematischen Anhörungen und der (Zwischen-) Auswertungsanhörungen, die im gewohnten Duktus der Sitzungen des Sozialausschusses erstellt wurden
- » schriftliche Stellungnahmen der Jugendlichen im Nachgang zu den Sitzungen

» schriftliche Stellungnahmen der Vertreter_innen der Fraktionen im Landtag im Nachgang zu den Sitzungen

» schriftliche Arbeitspapiere, z.B. zu Forderungen mit Aussicht auf Konsens

Alle Dokumente und Aufzeichnungen sind zu finden unter: <https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/ausschuesse/sozialausschuss/anhoe-rungsreihe-jung-sein>

Jede der sechs inhaltlichen Anhörungen widmete sich einem spezifischen vorab festgelegten Thema:

- » Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen
- » Übergangsmanagement Schule, Bildung und Beruf
- » Medienbildung für junge Leute im Kontext der Digitalisierung
- » Mobilität im ländlichen Raum
- » Ehrenamt und Erprobungsräume
- » Kinderarmut und Chancengleichheit

Diese separierten Inhalte der einzelnen Anhörungen schaffen eine orientierende Struktur und erzeugen durch die Fokussierung auf ein Thema eine gewisse Reduktion von Komplexität. Diese erlaubt zwar eine Vertiefung im Einzelthema, erschwert aber zum Teil das Erkennen von lebensweltlichen Zusammenhängen.

Die Annahmen von IRIS e.V., dass sich die Expert_innen vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Themen umfangreich über Jugendliche und deren Bewältigung dieser Themen äußern und dass die beteiligten Jugendlichen überwiegend Aussagen über sich selbst, ihren Alltag, ihre Lebenswelt treffen würden, erwiesen sich als unzutreffend.

Die Fragen, die den Expert_innen im Vorfeld der Anhörungen für die Erstellung der schriftlichen Stellungnahmen gestellt wurden, gaben bereits einen „Antwortraum“ vor. Dieser regte allerdings nicht zum Perspektivwechsel hin zum Alltag der Jugendlichen an, sondern verblieb stark themen- bzw. institutionenorientiert. Auf dieser Ebene gab es vertiefte Fachdiskurse und anregende Seitengespräche, so dass die Dokumentationen der Anhörung auch für den weiteren fachlichen Diskurs interessant sind. Einige der angesprochenen Themen sind generationenübergreifend und wenig jugendspezifisch, was zwar eine Chan-

ce für deren breite Diskussion und Akzeptanz sein kann. Allerdings wurden sie auch nicht systematisch jugendorientiert diskutiert. Die Fragen knüpfen an Bestehendes an und verleiten wenig dazu, quer zu denken oder alternative kreative Sichtweisen zu entfalten. Die Einzelthemen werden eher problembezogen analysiert und diskutiert, was verständlich ist in Anbetracht rückläufiger Infrastruktur in den angesprochenen Bereichen, insbesondere in ländlichen Räumen, und auch dem Auftrag des politischen Gremiums Sozialausschuss folgt, einen dringenden Veränderungsbedarf fachlich argumentativ herauszuarbeiten. Dieser Ansatz übersieht damit teilweise aber gelungene Bewältigungsansätze der jungen Menschen: Was ist bei all den beschriebenen Defiziten gut lebbar in Mecklenburg-Vorpommern bzw. im ländlichen Raum? Was kann aus den Unzulänglichkeiten an kreativer oder pragmatischer Bewältigung entstehen?

Auch die Stellungnahmen der Jugendlichen zu den Anhörungsthemen sind keine aus Sicht der Alltagsbewältigung von Jugendlichen, keine Widerspiegelung von konkreten Erfahrungen, sondern eher Zusammenfassungen der Sitzungen mit (persönlichen) Schwerpunktsetzungen und abgeleiteten politischen Forderungen durch die Jugendlichen. Die zehn beteiligten Jugendlichen wurden in die bestehenden Strukturen der Erwachsenen (Sozialausschuss des Landtags) eingeladen und mussten sich darin bewähren. Sie eigneten sich in kurzer Zeit deren Funktions- und Kommunikationslogik an, was eine anerkennenswerte Leistung ist, konnten darüber aber kaum eigene, alltagsbezogene Perspektive einbringen. Letztlich zogen die Jugendlichen auch selbst den Schluss, dass sie gern mehr gefragt worden wären, mehr über sich gesprochen hätten: „Manchmal wäre es wünschenswert gewesen, mehr eigene Meinungen der Jugendlichen zu diskutieren neben den Expertenmeinungen.“ (JugA886)

Im Ergebnis liegt eine politisch flankierte Expert_innenperspektive vor, ein Reden über mögliche Themen, Probleme und Herausforderungen der Jugendlichen – nicht über Jugendliche. Der Abschlussbericht zu den Anhörungen im Sozialausschuss des Landtags (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2020) macht das deutlich. Er enthält eine kurze Wiedergabe der Positionen der Sachverständigen und leitet Herausforderungen und politische Empfehlungen ab.

1.2 Material der Thementische

Die Neuntklässler_innen von drei ausgewählten Schulstandorten wurden in leitfadengestützten Gruppeninterviews ebenfalls zu vorab festgelegten Themen befragt:

- » Mobilität
- » Digitalisierung
- » Freizeit
- » Schule
- » Lebensort
- » Politik
- » Ressourcen

In diesem Kontext waren die Jugendlichen sowohl Informant_innen, die spezifisches Wissen, Informationen etc. zur Verfügung stellen, als auch Befragte, deren subjektiven Alltags-theorien, Werte, Deutungen etc. aufgezeigt werden sollten (vgl. Vogel/Funck 2018). Durch den beabsichtigten offenen Erzählstil war es möglich, in kleinen Sequenzen trotz thematischer Vorgaben narrative Zusammenhänge zu erzeugen. Die Interviewer_innen waren Studierende der HS Neubrandenburg, die von ihrem Lebensalter her und zum Teil von den lebensweltlichen Bedingungen des Aufwachsens nah an der befragten Gruppe lagen (Peer-Ansatz). Das hatte den Vorteil, dass sich der Kontakt zu den Befragten relativ leicht herstellen ließ. Andererseits wurden Fragen aber möglicherweise selektiv vor dem eigenen Erfahrungshintergrund gestellt und Aussagen ebenso interpretiert und protokolliert.

Die Leitfragen der Thementische waren so angelegt, dass zum einen über den Alltag, das gegenwärtige Erleben erzählt werden sollte. Es wurden aber auch Fragen gestellt, die auf die künftige Lebensgestaltung/-planung abzielten. In der Auswertung des Material wird deutlich, dass die Jugendlichen dieser gedanklichen Trennung nicht unbedingt folgen, es spricht mehr dafür, dass sie ihren Alltag bereits aus der Perspektive künftiger Ziele beschreiben und (in seiner Nützlichkeit dafür) bewerten. Das beschränkt den „Eigenwert“ des konkreten Alltags – zumindest in der Darstellung – und zwingt in eine achtsame Herstellung von Zusammenhängen bei der interpretativen Bewertung des Materials, um den Bewältigungsstrategien der jungen Menschen gerecht zu werden.

Dokumentiert wurden die Ergebnisse dieser offenen Befragungen in Protokollen, die von den Studierenden zusammenfassend erstellt wurden. Diese Protokolle sind eine Mischung aus Verlaufs- und Ergebnisprotokoll, die auf der Grundlage von Gesprächsnotizen im Nachgang der Interviews entstanden. Auch hierbei muss mit in Betracht gezogen werden, dass sich die Protokollant_innen dem Lebensalter und Erfahrungshintergrund nach zum Teil sehr nah an den Lebenswelten der Befragten bewegten.

Darüber hinaus gibt es von den Protokollen der Thementische inhaltlich geordnete Zusammenfassungen. Diese Verdichtungen sind zur Orientierung im Material hilfreich, lösen aber biografische und erzählerische Zusammenhänge (zu stark) auf, die gerade die Stärke der gewählten Methode ausmachen. Für eine systematische Auswertung waren die ursprünglichen Protokolle besser geeignet, da sie zumindest ansatzweise generierte Erzählungen widerspiegeln.

1.3 Ableitungen aus den Einschätzungen des Datenmaterials

Insgesamt ist das vorhandene Datenmaterial nicht hinreichend geeignet, um tragfähige Aussagen über die Lebenswelt Jugendlicher in Mecklenburg-Vorpommern zu treffen. Es gewährt auch nur wenige gesicherte Einblicke in die Anliegen, die die Jugendlichen bewegen, die sie von sich aus zur Diskussion stellen würden. Vielmehr spiegelt das Material die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit ihnen vorgegebenen Themen in sehr unterschiedlichen Settings. Und es zeigt, wie Erwachsene (Sachverständige, Politiker_innen, Forschende etc.) die von ihnen gesetzten Themen, von denen sie annehmen, dass sie jugendrelevant sind, mit den Jugendlichen gemeinsam verhandeln, wie sie sich auf unterschiedliche Weisen einem Verständnis der Lebenswelt Jugendlicher, dem darin eingelagerten Bewältigungshandeln und den nötigen Veränderungs- und Unterstützungsbedarfen nähern. Diese Perspektiven zusammengenommen ergeben eine – eher fragmentierte – Datenbasis, die herausfordert, differenzierter nach dem Alltagsleben und den darin eingelagerten Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern zu fragen. Dafür werden auch Erkenntnisse aktueller Studien zu Jugend und/in ländlichen Räumen

zu den Analyseergebnissen des Materials in Bezug gesetzt, um sie zu untermauern bzw. einen fundierten Rahmen für die eigenen Interpretationen und Fragen zu setzen.

Die Ergebnisse der Auswertung des Materials der Thementische bzw. Anhörungen erzeugen grundsätzlich keine einheitlichen Perspektiven, sondern sind eher thematische Facetten, die auch widersprüchlich sein können. So verschieden, wie die sozialen Bedingungen und Infrastrukturen, die Jugendliche vorfinden, sind, so unterschiedlich nehmen Jugendliche ihr Aufwachsen wahr, so ungleich sind aber auch die sozialen Möglichkeiten verteilt (vgl. Deutscher Bundestag 2017: 47). Das bedeutet einerseits, dass die gegebenen Bedingungen von den Beteiligten unterschiedlich bewertet werden und auch unterschiedliche persönliche Bedeutung für die Jugendlichen erlangen. Es geht dabei aber nicht darum, die verschiedenen Positionen hinsichtlich ihrer (politischen) Umsetzbarkeit zu bewerten, sondern den Jugendlichen Gehör zu verschaffen und möglichst vielfältige Zugänge für unterschiedliche Akteur_innen herauszuarbeiten.

Die beschriebene Pluralisierung und Individualisierung bedeuten aber andererseits nicht, dass die Ergebnisse eine Sammlung allein subjektiver Positionen sind. Die thematischen Facetten sind durchaus geeignet, um Einblicke in die Lebenswelt und die Alltagsgestaltung im Jugendalter, also bezogen auf eine eigenständige Lebensphase, zu ermöglichen und die Gemeinsamkeiten dieser Phase politisch stärker zu artikulieren sowie entsprechende Anknüpfungspunkte für die Entwicklung einer gerechten sozialen Teilhabe, förderlicher Rahmenbedingungen und einer eigenständigen Jugendpolitik zu formulieren.

Aus diesen Ableitungen folgt aber auch, dass die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit weiter mit den Beteiligten auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert und vor Ort konkretisiert werden müssen. Damit sind auch Validierungsprozesse angesprochen, da nur im direkten Austausch und in der konkreten Arbeit mit den Jugendlichen selbst die Ergebnisse geprüft und in eine gelingendere Praxis hinein weiterentwickelt werden können. Daran anknüpfend können Anregungen und Empfehlungen im Hinblick auf Partizipation, Ressourcenbereitstellung, Abbau von Barrieren sowie strukturelle Veränderungen formuliert werden.



Einblicke und Einsichten

2.1 Flächenland Mecklenburg-Vorpommern mit verschwindendem Jugendanteil

Zum besseren Verständnis der Lebenssituationen von Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern sollen zwei strukturelle Markierungen des Landes – Fläche mit überwiegend ländlichen Räumen und demografische Entwicklungen – hier kurz beschrieben werden, weil sie einen wesentlichen Rahmen für das Aufwachsen und die soziale Teilhabe junger Menschen darstellen. Sie schaffen spezifische Erfahrungsräume, die die Bearbeitung der Entwicklungsaufgaben bzw. der Kernherausforderungen des Jugendalters – Qualifizierung, Verselbstständigung, Selbstpositionierung (vgl. BMFSFJ 2017) in bestimmter Weise befördern oder behindern.

LÄNDLICHER RAUM MIT WENIGEN STÄDTISCHEN VERDICHTUNGEN

Mehr als 90 Prozent der Landesfläche Mecklenburg-Vorpommerns sind ländliche Räume, in denen etwa 60 Prozent der Landesbevölkerung leben (ILVP M-V 2018). Knapp zwei Drittel der Fläche des Landes werden landwirtschaftlich genutzt, etwa ein Viertel nehmen Wald und Gewässer ein. Siedlungs- und Verkehrsflächen umfassen knapp 8 Prozent. Die größte Stadt des Landes ist die Hanse-

stadt Rostock mit rund 203.000 Einwohnern (knapp 13 Prozent aller Einwohner_innen), in der Landeshauptstadt Schwerin leben rund 91.000 Menschen (knapp 6 Prozent aller Einwohner_innen) (welstay.eu).

Mecklenburg-Vorpommern ist das am dünnsten besiedelte Bundesland (Regierungsportal Mecklenburg-Vorpommern). 1990 betrug die Einwohnerdichte 79 Einwohner_innen pro Quadratkilometer, heute sind es noch 69. Einzelne Landkreise wie Ludwigslust-Parchim oder Mecklenburgische Seenplatte liegen noch deutlich darunter (zum Teil nur 45 Einwohner_innen je Quadratkilometer). Jugendliche sind also in der Regel damit konfrontiert, in der Fläche verteilt und vereinzelt zu sein, was Freundschaften, gruppenorientierte Freizeit und jugendkulturspezifische Gruppierungen erschwert bzw. besondere Anforderungen an deren Organisation – im Sinne der Überwindung der Fläche – stellt. Auch die einzelnen Orte der Lebenswelt – Wohnort, Schulort, Ausbildungsort, Freizeitort – liegen als räumlich relativ zusammenhanglose Inseln in der Fläche und müssen durch Überwindung von Wegen oder virtuell individuell zusammengebracht werden. Damit wird Jugendzeit zu Fahrzeit und Wartezeit auf Mobilitätsangebote.

Gerade diese Flächen- und Siedlungsstruktur sowie die Naturvielfalt sind es aber auch, die die regionale Attraktivität Mecklenburg-Vorpommerns ausmachen. Das Land wirbt erfolgreich für sich als „Urlandsland“, mit 18,5 Übernachtungen pro Einwohner und Jahr ist es mit Abstand das touristisch meist besuchte Bundesland (Grimm/Raffelhüschchen 2019). In bestimmten Regionen verbinden Jugendliche ihren Alltag und ihre Lebensplanung entsprechend auch mit der Urlaubslogik von Touristen.

Der Öffentlichen Personen(nah)verkehr (nachfolgend: ÖPV/ÖPNV) – als Mittel zur Überwindung der Entfernungen in der Fläche – wird in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich der Bundesländer wenig genutzt. Werden deutschlandweit 9 Prozent, in anderen ostdeutschen Bundesländern 10 Prozent, aller Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt, so sind es in Mecklenburg-Vorpommern nur 7 Prozent. Rechnet man die eher städtische Region um Rostock heraus, sind es nur noch 4 bis 6 Prozent aller Wege, die mit dem ÖPV/ÖPNV zurückgelegt werden. „Damit befinde man sich selbst im Ranking

mit großen westdeutschen Flächenländern am Ende der Scala. Allein das dokumentiere den Handlungsbedarf. [...] Es seien klare Ziele und Wege für eine Verkehrswende zu formulieren. Man verliere sich zu sehr in Kleinmaßnahmen, anstatt die Mobilitätsprobleme generell anzugehen. [...] Eine Priorisierung und die Einleitung von wirklichen Veränderungen in Form konkreter Vorgaben suche man vergebens. Nur dann könne sich das Mobilitätsverhalten, insbesondere der einheimischen Bevölkerung, verändern.“ (SachvA563) Auf dem Land lässt sich die geringe Nutzung des ÖPV nicht, wie vermutet, mit einer deutlich höheren Nutzung des Autos erklären. Diese ist bundesweit eher unterdurchschnittlich. In Mecklenburg-Vorpommern übernimmt häufig das Fahrrad die Funktionen des ÖPV, der offenbar nicht hinreichend passend zu den Bedarfen potentieller Nutzer_innen verfügbar ist (ILVP M-V).

Eine Auswertung der „Allianz pro Schiene“ auf Basis von Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung von 2019 zur Erreichbarkeit des ÖPNV hat ergeben, dass Mecklenburg-Vorpommern im Bundesvergleich mit deutlichem Abstand den letzten Platz belegt. Nur knapp drei Viertel aller Einwohner_innen Mecklenburg-Vorpommerns wohnen 600 m Luftlinie von einer Bus- bzw. 1200 m oder weniger von einer Bahnhaltestelle mit mindestens 20 Abfahrten am Tag entfernt (Allianz pro Schiene 2018). Auf dem Land sind es entsprechend noch einmal deutlich weniger.

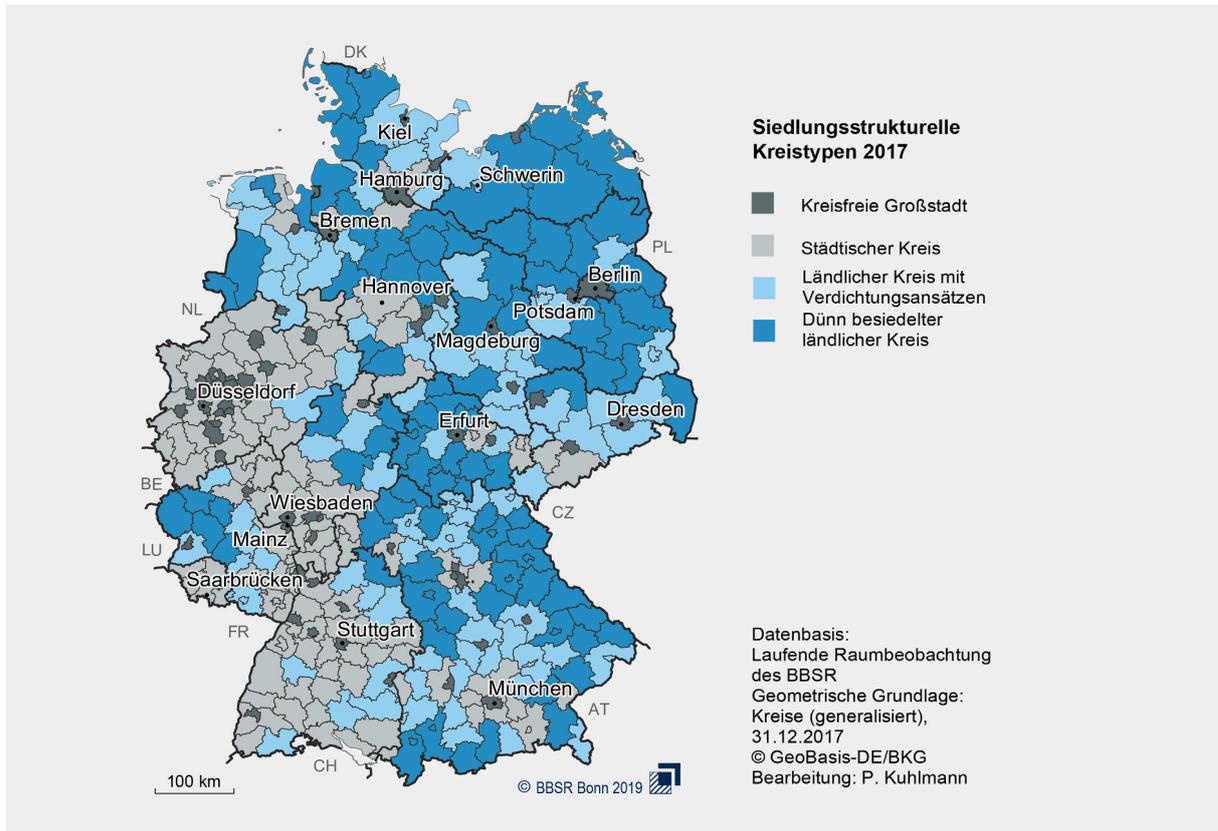
STARK SCHRUMPFENDE KOMMUNEN MIT FORTSCHREITENDER ALTERUNG

Die Bertelsmann Stiftung (2017) führt deutschlandweit Städte und Gemeinden auf der Basis von ähnlichen Kennzahlenausprägungen in neun Demografietypen zusammen. In Mecklenburg-Vorpommern gehören zwei Drittel der Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern zu Demografietypp 9, Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner_innen wurden nicht berücksichtigt. Es ist damit bundesweit das Land mit dem größten Anteil an Kommunen dieses Typs. Er bezeichnet „stark schrumpfende Kommunen mit Anpassungsdruck“, die durch „fortgeschrittene Alterung ihrer Einwohner, Bevölkerungsrückgang sowie ein sehr geringes Einkommensniveau und hohe Armutsquoten geprägt“ (Bertels-

mann Stiftung 2017) sind. Neben einer hohen Sterbe- und einer geringeren Geburtenrate führt vor allem die Abwanderung von hauptsächlich 18- bis 24-Jährigen und zum Teil auch Familien – zu den stark sinkenden Bevölkerungszahlen. Die höchsten Bevölkerungsverluste haben periphere ländliche Räume, vor allem in den mittleren und östlichen Landesteilen, zugleich sind das die Kommunen, in denen die Bevölkerung einen besonders hohen Altersdurchschnitt aufweist. Nur Hochschulenstädte, wie z.B. Wismar, oder Tourismus- und Badeorte, wie z.B. Kühlungsborn, gewinnen junge Menschen hinzu. Landschaftlich attraktive Regionen, wie z.B. die Seenplatte oder Rügen, erleben eine Zuwanderung, allerdings überwiegend durch ältere Menschen, was die allgemeine Alterung der Gemeinden noch verstärkt.

Der Anteil der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung hat sich von 21,5 Prozent im Jahr 1991 auf 12,7 Prozent im Jahr 2018 nahezu halbiert. Der Anteil der über 65-Jährigen hat sich hingegen im gleichen Zeitraum von 11,1 Prozent auf 24,7 Prozent mehr als verdoppelt. 1991 betrug das Durchschnittsalter in Mecklenburg-Vorpommern 36,3 Jahre; 2018 war es auf 47 Jahre gestiegen. Durch den demografischen Wandel sinkt auch der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis 65 Jahre) (Regierungsportal Mecklenburg-Vorpommern). „Während mit dem Thema des demografischen Wandels in erster Linie die Sicherung der Lebensqualität der älteren Generationen in den Blickpunkt gerät, sind es gerade in ländlichen Gegenden Kinder und Jugendliche, welche die Auswirkungen zuerst zu spüren bekommen, etwa indem sie sich in ihren Wohnorten einer zunehmenden Vereinzelung sowie der Schließung von Schulstandorten und Freizeitangeboten gegenübersehen“ (Beierle et al. 2016: 4). Jugendliche_r in Mecklenburg-Vorpommern zu sein heißt also auch, zu einer relativ kleinen Altersgruppe zu gehören, deren Interessen denen anderer, dominanterer, Altersgruppen mit größerem politischem Einfluss gegenüberstehen. Gleichzeitig ist der Ruf nach Jugend, die im Land bleibt, groß. Beide Perspektiven zusammen erzeugen Spannungen, die sich auch im Alltag der Jugendlichen niederschlagen.

Die Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern lag 2019 mit 7,1 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt (ca. 5 Prozent). 2017 verfügten die Einwohner_innen durch-



schnittlich über 19.190 Euro Einkommen, im bundesdeutschen Durchschnitt waren es 22.623 Euro. Große Einkommensunterschiede bestehen in Mecklenburg-Vorpommern aber auch regional – Einwohner_innen des Landkreises Vorpommern-Greifswald haben durchschnittlich nur 18.207 Euro Einkommen, während Einwohner_innen des Landkreises Rostock mit 20.262 Euro über 2.055 Euro mehr verfügen (LAIv 2019). Die Kaufkraft der Bevölkerung ist in den Kommunen des Demografietyps 9 im Vergleich mit den anderen Typen sehr gering und in fast allen Kommunen beziehen mehr als 10 Prozent der Einwohner_innen unter 65 Jahren Leistungen nach SGB II. Die Armutsgefährdung für Kinder in ganz Mecklenburg-Vorpommern lag 2018 laut dem Deutschen Kinderhilfswerk bei 27,7 Prozent (Deutsches Kinderhilfswerk).

ZUFRIEDENHEIT UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Insgesamt liegt Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich der Zufriedenheit der Bürger_innen von bundesweit 19 Regionen auf Rang 18. Besonders bei den Themen Gesundheit und Haushaltseinkommen sind die Menschen unzufriedener als in anderen Regionen. Aber mit der regionalen Attraktivität, dem Wohnen

und der Freizeit sind die Einwohner_innen deutlich zufriedener (Grimm/Raffelhüschen 2019). Der „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung (2017a) verortete Mecklenburg-Vorpommern 2017 im bundesweiten Ranking auf Platz 12. Ein Blick auf die Indikatoren zeigt, dass sich das Land in den verschiedenen Kategorien sehr unterschiedlich platziert. Die Einwohner_innen Mecklenburg-Vorpommerns interessieren sich etwas überdurchschnittlich für Politik, wobei sie der Bundesregierung mehr vertrauen als alle anderen. Sie haben aber weniger als die Einwohner_innen der anderen Bundesländer den Eindruck, dass wirtschaftliche Gewinne im Großen und Ganzen gerecht verteilt werden. Vor allem beim ‚Verbundenheitsgefühl mit dem Wohnort‘ liegt Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit Baden-Württemberg aber ganz vorn.

2.2 (Un)Freiheit zu Bleiben

Wenn öffentlich über die Lebenswelten Jugendlicher in ländlichen, insbesondere in strukturschwachen peripheren Räumen gesprochen wird, drängen sich schnell Konsequenzen demografischer Veränderungsprozesse – Überalterung und Schrumpfung der

Bevölkerung, Abwanderung der jungen Bevölkerung sowie Rückbau von Infrastruktur – in den Vordergrund der Diskussion. Sinkt der Jugendanteil in einer Region oder einem ganzen Flächenland deutlich, dann stellt sich für kommunale Akteur_innen schnell die Frage nach deren Zukunftsfähigkeit. Jugend in der Heimat zu halten oder zur Rückkehr dahin zu bewegen, wird zur Entwicklungs- und Überlebensperspektive. Dadurch wird Jugend sehr bedeutsam. Es gibt eine fachliche und politische Motivation, die Lebenswelten und -planungen Jugendlicher wahrzunehmen und einzuschätzen, um mit attraktiven Angeboten (Halte- bzw. Attraktivitätsfaktoren) darauf erfolgreich reagieren zu können.

Nachfolgende Haltefaktoren wurden übereinstimmend in unterschiedlichen Studien als Attraktivitätsmerkmale ländlicher Räume identifiziert (vgl. u.a. Döring 2017, Zentrum für Eigenständige Jugendpolitik 2014, Weber/Fischer 2012, Beetz 2009):

- » sichere Zukunftsperspektive
- » persönliche Zuversicht
- » Naturnähe bzw. der vorhandene Naturraum, auch im Sinne von Räumen für Selbstaneignung
- » Verankerung in sozialen Netzwerken, wie beispielsweise im Vereinsleben
- » Qualität der Beziehungen zu Familie, Freunden und Verwandten
- » freie und frei verfügbare Räume
- » frei verfügbare Zeit
- » kollektive Überzeugungen bzw. Bewertungen der Lebenswelt (Alle sagen: „Hier ist es toll!“)
- » Sichtbarkeit von wertschätzenden Perspektiven („Wir wollen/brauchen dich hier, weil“)
- » Angebot an Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten und chancengleiche Zugänge zu Bildung
- » (eigenständige) Mobilität
- » kostengünstiges Wohnen
- » Infrastruktur (Freizeitangebote, Kinderbetreuung und Bildung)
- » Zusammenhalt und Familienfreundlichkeit im Dorf
- » Sicherheit

» Partizipationsmöglichkeiten und Erfahrungen von Selbstwirksamkeit

» Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsbefugnis

Schametat et al. (2017) verweisen jedoch darauf, dass die Wirksamkeit objektiver struktureller Haltefaktoren in komplexen Lebenskontexten stark davon abhängig ist, wie sie je individuell durch die Jugendlichen im konkreten Entscheidungsprozess wahrgenommen und im Zusammenhang mit dem sozialen Umfeld im Kontext der Gesamt-Lebensplanung bewertet werden. „Die individuelle Entscheidung zu gehen oder zu bleiben basiert auf sorgfältiger Abwägung wirtschaftlicher, zeitökonomischer und sozialer Überlegungen. Dabei tut sich ein persönliches Spannungsverhältnis auf zwischen einerseits der emotionalen Bindung an die Herkunftsgemeinde und – vor allem in strukturschwachen ländlichen Gemeinden – strukturell bedingten Unmöglichkeiten, vor Ort das Leben führen zu können, das [...] [man] sich wünscht“ (Weber/Fischer 2012). Dabei richten sich die Vorstellungen der Jugendlichen in der Regel nicht nach den örtlichen Gegebenheiten, „sondern die örtlichen Verhältnisse werden an den eigenen Plänen und Vorstellungen gemessen. Die Regionen oder die Wohnorte der Jugendlichen stellen für sie in diesem Abwägungsprozess nur dann eine Alternative dar, wenn sie ein je individuelles Maß der Zielerreichung versprechen“ (Becker/Moser 2013: 106). Die Jugendlichen können gut unterscheiden, wo für sie persönliche Einflussmöglichkeiten liegen (z.B. Finden einer Lehrstelle durch Ferienarbeit oder Familienbeziehungen etc.) und wann sie sich in die Dinge fügen müssen (z.B. Standort der Berufsschulen). Die langfristigen Wohnortvorstellungen der Jugendlichen aus ländlichen Räumen orientieren sich entweder auf ein Leben in der (engeren) Heimatregion oder auf Städte bzw. stärker städtisch geprägte Räume. Schon mit diesen Befunden wird schnell klar, dass Aktivitäten, die auf eine direkte Beeinflussung der Jugendlichen in ländlichen Räumen abzielen – nicht zu gehen, sondern zu bleiben – sehr begrenzt ist.

Neben den Potentialen und Möglichkeitsräumen für die persönliche Lebensgestaltung junger Menschen in ländlichen Räumen liegen in den Diskussionen um Gehen oder Bleiben auch die Erwartungen von Erwachsenen in unterschiedlichen Positionen (Kommunal-



Aussagen der Jugendlichen zum Bleibenwollen



Aussagen der Jugendlichen zum Gehenwollen

politiker_innen, Jugendarbeiter_innen, Eltern etc.). Jugendliche in ländlichen Räumen, wie sie in Mecklenburg-Vorpommern überwiegend zu finden sind, tragen eine (moralische) Last, die über die eigentlichen Entwicklungsaufgaben dieser Altersphase hinausgeht. Ihnen wird eine Verantwortung für die Regionalentwicklung zugewiesen, was aus Sicht der zuständigen Akteur_innen durchaus nachvollziehbar ist, und den Jugendlichen – vor allem, wenn sie zum Bleiben tendieren – auch Orientierung gibt. Dennoch müssen diese Erwartungen und Strategien auch kritisch betrachtet werden. Aus der Perspektive des Jugendalters als Lebensphase der Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstposi-

tionierung (BMFSFJ 2017) spricht erst einmal vieles für die Abwanderungstendenzen von Landjugendlichen (vgl. Vogelgesang/Kersch 2016). Gleichzeitig wollen viele Jugendliche bleiben und von denen, die geblieben sind, haben es nur wenige bereit (vgl. Woschnik 2018). In Anbetracht der „Heterogenität an Zukunftsorientierungen und Lebensentwürfen sollte es darum gehen, die Jugendlichen auf der Suche nach den individuell geeigneten Standorten zu unterstützen“, um jeder und jedem Einzelnen die „bestmögliche Chancen zur Verwirklichung ihrer Wünsche und Ziele zu bieten“ (Moser/Mettenberg 2018: 113). Dafür braucht es Offenheit in den individuellen Entscheidungsprozessen und die Anerken-

nung jeder herausforderungsvollen Entscheidung – egal, ob die Jugendlichen bleiben oder gehen – als wesentliche biografische Leistung (vgl. Woschnik 2018: 128).

2.3 Alltagsthemen und Gestaltungsmöglichkeiten der Jugendlichen

Nachfolgend werden die aus dem Material herausgearbeiteten Themen aus den Lebenswelten und Alltagsbezügen der Jugendlichen in kurzen Facetten vorgestellt. Dabei wird verallgemeinernd von Jugendlichen und Erwachsenen (in unterschiedlichen Rollen, Positionen) gesprochen, wohl wissend, dass es die Jugendlichen und die Erwachsenen nicht gibt. Es gibt aber Kernthemen, Grundstrukturen und Bewältigungsmuster, die zunächst einen allgemeinen Zugang auf die Lebenswelten der Jugendlichen ermöglichen. Und die Aussagen sollen – das ist die wesentliche Idee – in der Perspektive „vom Fall zum Feld“ gelesen werden: In den Einzelerzählungen und -statements der Jugendlichen und Erwachsenen („Fall“) finden sich Hinweise auf Themen, Herausforderungen, Lösungsansätze etc., die über den Einzelfall hinausweisen (können) und damit für andere in ähnlichen regionalen, räumlichen, zeitlichen etc. Lebenskontexte („Feld“) auch gelten und wirksam sind (sein können). Pauschale Zuspitzungen im „Fall“ können so vielfältige Anregungen und unterschiedliche Anknüpfungspunkte für die Praxis in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen im „Feld“ bieten. Diese müssen mit den Akteur_innen vor Ort und in den lokalen Gegebenheiten dann konkret geprüft und angepasst, vielleicht auch verworfen oder weiterentwickelt werden.

Um die konkrete Fall-Perspektive noch zu untersetzen, wurden relativ viele Zitate aus dem Material angeführt. Diese wurden für eine bessere Lesbarkeit zum Teil sprachlich leicht angepasst, aber nicht in ihrem inhaltlichen Sinn geändert. Aus den Codierungen der Zitate ist erkenntlich, ob es Aussagen aus den Protokollen der Thementische mit den Schüler_innen (TT) oder aus den Protokollen der Anhörungen des Sozialausschusses sind (A1-8Nummer des Protokolls). Die bei letzteren vorangestellten Abkürzungen verweisen auf die jeweils zitierten Personen: Jugendliche (Jug), Sachverständige (Sachv), Abgeordnete (Abg).

Es war nicht einfach, den Einblicken und Einsichten in die Lebenswelt der Jugendlichen eine lineare Ordnung für die Darstellung in diesem Bericht zu geben. Die Themen liegen oft nebeneinander, stehen miteinander in Zusammenhang, binden sich immer wieder neu an andere, so dass kleine Assoziationsketten entstehen. Die Aussagen wurden deswegen bewusst schlagwortartig aufgeführt, geben so auch einen Eindruck der verinselten Lebenswelt der Jugendlichen wieder. Es beginnt mit den Alltagsthemen der Jugendlichen, zeigt dann verschiedene Umgangsformen mit diesen Themen in der Öffentlichkeit und in Institutionen auf und verweist ausführlich auf Partizipation als ein wesentliches Instrument zur Sichtbarmachung und Bearbeitung dieser Themen im Sinne und in der Logik der Jugendlichen.

ZUGANG ZUM INTERNET

Internet, soziale Onlinenetzwerke, Online-spiele etc. sind Selbstverständlichkeiten im Alltag der Jugendlichen. Das Handy ist für (fast) alle ein ständiger Begleiter. Es gewährleistet die kontinuierliche Einbindung in soziale Gruppen in virtuellen Räumen. Ein verlässlicher stabiler Internetzugang bedeutet somit eine grundlegende soziale Teilhabemöglichkeit.

Breitbandinternet stand 2019 in Mecklenburg-Vorpommern nur drei Vierteln aller Haushalte zur Verfügung. Das Land fiel somit gemeinsam mit Sachsen-Anhalt deutlich hinter den anderen Bundesländern zurück (statista 2019). Fehlende Netzabdeckung oder relativ hohe Kosten, die privat zu tragen sind, um überhaupt Internetzugang zu bekommen, erzeugen oder verstärken soziale Ungleichheit. Jugendliche in vielen ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns geraten dabei mehrfach ins Hintertreffen: Ihre verinselten Lebenswelten liegen weit auseinander, entsprechend müssen große Entfernungen überwunden werden. Strukturell fehlt es dafür an ausreichenden öffentlichen Mobilitätsmöglichkeiten, das heißt, es müssen private Lösungen zu privaten Lasten gefunden werden. Virtuelle Räume könnten insbesondere in diesen Lebenslagen eine Entlastung bringen, da die Jugendlichen dann zumindest teilweise andere Zugänge zu Freund_innen, Geselligkeit, Bildung etc. hätten. Ohne (stabilen, leistungsfähigen) Internetzugang sind

sie aber auch von diesen Möglichkeiten abgeschnitten.



Aussagen der Jugendlichen zur Internetverfügbarkeit

MOBILITÄTSERFAHRUNGEN

Entfernungen und Wege

Täglich überwindet eine große Zahl Jugendlicher in Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Entfernungen, um zur Schule, zu Freizeitangeboten oder zu Freund_innen zu kommen. Dafür nutzen sie den ÖPNV (Schulbus), das Fahrrad, später das Moped, gehen zu Fuß oder werden von den Eltern im Auto gefahren. Ihre sozialen Praktiken stehen somit immer auch mit räumlichen Praktiken in Wechselwirkung und erzeugen dadurch eine mobil vernetzte Lebenswelt (vgl. Vogelgesang/Kersch 2016: 202). Auch wenn die Jugendlichen mit den Umständen von Entfernungen und zwingen-

der Mobilität aufgewachsen und damit oft zufrieden sind bzw. diese einfach hinnehmen, so müssen ihre alltäglichen Mobilitätsleistung mit ihren Konsequenzen trotzdem gesehen und anerkannt werden.

Wenn die Jugendlichen (noch) nicht eigenständig mobil unterwegs sein können, stehen sie – je nachdem, welches Verkehrsmittel genutzt wird – immer in einer bestimmten Abhängigkeit, entweder zu ihren Eltern oder zur Taktung des ÖPNV.

Wenn die Mobilitätsnotwendigkeit zur Angewiesenheit auf Eltern oder Bekannte führt, dann bedeutet Jungsein, weiterhin abhängig zu sein. Die Wege zwischen den Lebenswelt-Inseln können nur in Begleitung von Erwachsenen überwunden und nicht als jugendeigener Raum genutzt werden. Diese Angewiesenheit führt zum Teil auch zu einer ‚sozialen Schuld‘ der Jugendlichen, die sehr wohl die zusätzliche Belastung der Eltern sehen, v.a. wenn diese berufstätig sind. Weil sie die Eltern davor schützen möchten, verzichten sie selbst auf Treffen mit Freund_innen, Freizeitangebote etc.

„Auf die Frage, ob sie von den Eltern gefahren werden können, schütteln einige Jugendliche den Kopf. Ein Junge antwortet: ‚nur ganz weite Strecken‘. Zwei Mädchen erklären, ihre Eltern müssen arbeiten und können sie aus diesem Grund nicht zu Freizeitaktivitäten fahren.“ (TT)

„Ansonsten muss sie vom Bruder zur Freundin gefahren werden. Wenn dieser keine Zeit hat, dann wird sich eben nicht getroffen, oder es muss sehr weit zu Fuß gelaufen werden.“ (TT)

Der Takt des ÖPNV strukturiert den Alltag derer, die ihn zwingend nutzen müssen, erheblich. Die Jugendlichen sind pünktlich, arrangieren ihre Interessen um die Busfahrzeiten herum, basteln Anschlussmöglichkeiten und Mitfahrgelegenheiten zusammen, verzichten auf Kontakte und Angebote, weil sie zu einer bestimmten Zeit nicht erreichbar sind. Dieser Takt ist schon so in ihre Lebenswelt eingeschrieben, dass er als selbstverständlich hin- und angenommen wird.

Wenn es in den Ferien zwar ein Schüler-Ferien-Ticket gibt, aber die Busse noch seltener fahren als in der Schulzeit und überfüllt sind, dann löst das die Probleme der (Land-) Jugendlichen nur teilweise bzw. erzeugt neue. Sie können Ferienangebote oder Freund_in-

nen nur schwer oder gar nicht erreichen und sind noch stärker auf Eigeninitiative angewiesen.

„Die Jugendlichen dürfen aufgrund mangelnder Mobilitätsangebote nicht länger von Freizeit- und Sportaktivitäten sowie Kontakten zu Freunden ausgeschlossen sein.“ (SachvA563)

Rufbus

Alternative Angebote zum ÖPNV, wie z.B. die Rufbusse, sind vielen Jugendlichen bekannt, werden aber nur selten von ihnen genutzt. Die Schwelle der Inanspruchnahme scheint hoch zu sein, es braucht einen organisatorischen Vorlauf (ein bis zwei Stunden vorher anmelden), der nicht immer zu den spontanen Entscheidungen der Jugendlichen passt. Außerdem wird mit dem Rufbus und ähnlichen Alternativen aus einem Angebot ‚für alle‘ ein extra Angebot ‚für mich‘ – eine Perspektive, die den Jugendlichen zunächst sehr ungewohnt ist.

Schüler_innen aus ländlichen Räumen müssen oft unterschiedliche Organisationsstrukturen unter einen Hut bringen: Fällt in der Schule eine Unterrichtsstunde aus, gibt es keinen zeitlich passenden Schulbus mehr, zum Teil werden Haltestellen in abgelegenen Orten dann nur noch auf Abruf per Telefon angefahren. Das heißt, die Jugendlichen müssen ihre Aufmerksamkeit immer auf unterschiedliche Systeme richten und planend Abstimmungen herstellen – diese permanente Organisationsleistung ist beständiger Teil ihres Alltags.

Rad- und Fußwege

Die Jugendlichen schätzen ein, dass es kaum (zusammenhängende) Radwege gibt und die vorhandenen oft kaputt sind, ebenso wie die (Neben)Straßen, die dann ersatzweise genutzt werden müssen. Für Fußgänger fehlen zum Teil sichere Fußwege bzw. Ampeln, um stark befahrene Straßen überqueren zu können. In den Beschreibungen ihrer Mobilität machen die Jugendlichen deutlich, dass sie das Risiko bei der Nutzung eines bestimmten Fortbewegungsmittels selbst tragen, auch wenn sie nicht wirklich eine Wahl haben, weil sichere öffentliche Mobilitätsangebote nicht zur Verfügung stehen.

„Zwischen den Dörfern, so berichten die Schüler_innen, gibt es häufig keine Radwege, sodass

es dort gefährlich werden kann. [...] Die Schüler_innen müssen teilweise am Rand der Hauptstraße entlangfahren oder weichen auf Wald- und Feldwege bzw. ‚Panzerstraßen‘ aus.“ (TT)

Aus Sicht der Jugendlichen ist es wenig nachvollziehbar, warum die Wege, die sie täglich zwingend nutzen müssen, nicht gesichert und repariert werden. Sie fühlen sich mit ihren Problemen nicht wahrgenommen und wenig anerkannt als gleichermaßen „wichtige Person“ in den Kommunen.

„Jedes Jahr wird gesagt, die Straße wird gemacht aber nichts passiert – die vier bis fünf Kilometer.“ (TT)

Führerschein

Für fast alle Jugendlichen, v.a. in den ländlichen Wohnorten, bedeutet unter den beschriebenen Mobilitätsbedingungen der Führerschein Freiheit, Unabhängigkeit und damit auch Entlastung der Familie. Einige wollen den Moped-Führerschein machen, fast alle den für das Auto. Um schneller die gewünschte eigenständige Mobilität zu erreichen, würden die Jugendlichen gern schon mit 16 oder 17 Jahren Auto fahren dürfen, zumindest im nahen Umkreis des Wohnorts.

„Megafreiheit! [...] Die Schüler_innen wollen alle den Führerschein mit 17 machen. Einer der Schüler würde ihn auch schon mit 16 machen, um wie in den USA kurze Wege alleine fahren zu können. Dies würde ihn unabhängiger von seinen Eltern machen.“

Den Führerschein zu erlangen, ist aus der Sicht der Jugendlichen allerdings recht teuer. Damit wird er für einige Jugendliche zunächst unerreichbar und deren Benachteiligung gegenüber Gleichaltrigen in der wesentlichen Frage der Mobilität noch größer. Hier wären Ansatzpunkte für einen sozialen Ausgleich gegeben, indem (öffentliche) finanzielle Ressourcen gezielt zur Verfügung gestellt werden, damit alle Jugendlichen gleichermaßen Zugang zum Führerschein haben.

Anhand des Führerscheins und des Besitzes eines Autos kann aber auch deutlich gemacht werden, wie spannungsreich die unterschiedlichen Interessen der Jugendlichen im Flächenland zueinander stehen: auf der einen Seite treten sie für den Klimaschutz ein und wollen, dass der Individualverkehr mit dem Auto reduziert oder gar ersetzt wird. Auf

der anderen Seite wollen sie aber selbst unbedingt den Führerschein machen und über ein Auto verfügen, weil das Unabhängigkeit und Teilhabe ermöglicht. Diese Zerrissenheit muss in ihrer strukturellen Bedingtheit gesehen und anerkannt werden und darf nicht zum persönlichen Problem der Jugendlichen gemacht werden („Die wissen ja nicht, was sie wollen.“).

Verfahrenre Zeit

Erzwungene Mobilität, um weite Entfernungen in verinselten Lebenswelten zu überwinden, bedeutet für die Jugendlichen, dass viel Lebenszeit verfahren wird. Diese steht dann für andere Lebensbereiche, z.B. Freizeit oder Ehrenamt, nicht zur Verfügung. Diese verfahrenre Zeit wird von den Jugendlichen unterschiedlich bewertet – für die einen ist es Freizeit, weil es nicht mehr Schule ist und sie mit Freunden reden, Musik hören, auf dem Handy zocken, schlafen etc., für die anderen ist es Hausaufgabenzeit oder eine relativ ungenutzte „Zwischenzeit“ („aus dem Fenster schauen“).

Für die vielen Jugendlichen, die auf den Schülerverkehr mit Bussen angewiesen sind, liegt die Bestimmung über die Ausgestaltung der verfahrenen Zeit nicht allein in ihrer Hand, sondern wird zum Teil stark von Regelungen der Schule („Keine Hausaufgaben im Bus.“), den Launen und Normsetzungen der konkreten Busfahrer_innen (die auch noch die Regeln der Schule umsetzen), ebenso wie von den Rahmenbedingungen (z.B. der Anzahl verfügbarer Sitzplätze im Bus) bestimmt. Manchmal müssen die Schüler_innen im Gedränge darauf achten, dass sie sich nicht (gegenseitig) verletzen. Das sowieso schon knappe Gut Zeit wird durch diese machtvollen äußeren Regelungen, auf die die Jugendlichen keinen Einfluss haben oder nicht (mehr) nehmen wollen, zusätzlich besetzt und somit werden Freiräume für Jugendliche eingeengt. Die Schüler_innen sind auf die Fahrleistung angewiesen, können nicht auf andere Möglichkeiten ausweichen und müssen sich demzufolge mit den Gegebenheiten zu ihren eigenen Lasten arrangieren.

„Zwei Schüler berichten, dass in ihrem Bus der Busfahrer aufpasst, wer die Hausaufgaben erledigt und dies telefonisch in der Schule meldet. Daraufhin würden sie von den Lehrern Ärger bekommen.“ (TT)

„Es gibt echt ganz viele Schüler_innen, die sich die Köpfe einschlagen, der Busfahrer guckt nicht und wir müssen aufpassen, dass die Kinder den richtigen Sitzplatz bekommen, weil da zu wenige Sitzplätze sind.“ (TT)

Längere Fußwege und Radfahrzeiten können von den Jugendlichen nicht für andere Dinge sinnvoll genutzt werden. Allerdings wird das von ihnen nicht als Problem beschrieben. Offensichtlich erleben sie die eigene Bewegung und gegebenenfalls das gemeinsame Laufen bzw. Radfahren, als zufriedenstellend und Teil ihrer Freizeit.

Wartezeit

Jugendzeit in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht nur verfahrenre Zeit, sondern auch Wartezeit. Meist wird auf Fahrtmöglichkeiten gewartet. Einige dieser Wartezeit wird erzeugt, weil es keine an den Interessen der Jugendlichen orientierte Abstimmung verschiedener Systeme/Institutionen (z.B. Schule und ÖPNV gibt).

„An zwei Tagen der Woche haben die Schüler_innen sieben Stunden, was dazu führt, dass sie fast eine Stunde auf den Bus warten müssen. Hätten sie an einem Tag der Woche acht Stunden, so würden sie die gleiche Zeit in der Schule verbringen, aber nicht auf den Bus warten müssen.“ (TT)

Manchmal erzeugen Jugendliche aber auch ganz bewusst Wartezeiten, weil diese in einer segmentierten Lebenswelt ermöglichen, länger in einer selbstgewählten (Gleichaltrigen) Gruppe gesellig zu verweilen, bevor die verschiedenen, weit auseinanderliegenden Wohnorte wieder angefahren werden.

„Nach der Schule nehmen wir den Bus später, wir bleiben dann länger, hören Musik, quatschen.“ (TT)

Warteräume

Eng verbunden mit den Wartezeiten sind (nicht) vorhandene Warteräume. Häufig dürfen sich Schüler_innen nach dem Unterricht nicht mehr im Schulgebäude aufhalten, aber ein Warteraum, in dem sie die Wartezeit für sich persönlich gut nutzen können, wird ihnen auch nicht zur Verfügung gestellt.

An anderen Orten wiederum gibt es gute einfache Lösungen für die Überbrückung von

Wartezeiten in angenehmen (Warte)Räumen. Durch diesen unterschiedlichen Umgang mit dem gleichen Problem wird deutlich, wie in relativ einfachen Alltagsfragen durch unterschiedliche Haltungen der Erwachsenen sehr unterschiedlichen Möglichkeitsräume geschaffen werden bzw. Belastungen für die Jugendlichen auftreten.

„Allerdings müssen die Schüler_innen warten, wenn sie eine oder mehr Stunden eher Schulschluss haben (Ausfall). Falls dies der Fall ist, dann halten sich die Jugendlichen im Schülerclub der Schule auf und chillen.“(TT)

Die Schüler_innen selbst wünschen sich mehr Beschäftigungs- und Bewegungsmöglichkeiten in Pausen und Wartezeiten, offenbar sind diese „Zwischenzeiten“ nicht im Blick und der Verantwortung von Schule, sondern werden den Jugendlichen selbst überlassen.

„Die Schüler_innen würden sich mehr Aktivitäten in der Schule, z.B. in den Pausen oder nach der Schule als AG wünschen.“(TT)

Erzählung nach meist stärker in familiäre Verpflichtungen eingebunden. Freizeit ist auch die Zeit, die von den Jugendlichen explizit für die Sicherung eigener Lebenspläne investiert wird, indem hobbymäßig oder als bezahlter Job Leistungen erbracht werden, die künftige Ausbildung oder Berufstätigkeit sichern.

„Das Pensum an Verpflichtungen wird allerdings als besonders hoch beschrieben. „Sauber machen, Einkaufen, [Ackerarbeit], Tiere füttern, Holz reinholen [...] Man hat immer was zu tun.“(TT)

„Für viele Jugendliche nimmt Arbeit einen großen Stellenwert in der Freizeitgestaltung ein, z.B. im Fahrradladen, der Kfz-Werkstatt, im Lager/Logistikbereich, in der Pflege oder der Landwirtschaft. Viele der Jugendliche hoffen, in diesen Betrieben später eine Lehrstelle zu bekommen.“(TT)

Zwar werden (lange) Fahrtzeiten zwischen Schule und Wohnort und zu den Freizeitorten von den Jugendlichen zum Teil auch als Freizeit betrachtet, aber gleichzeitig begrenzen sie Freizeit auch wieder. Dementsprechend wünschen sich die Jugendlichen, dass es Freizeitangebote und Möglichkeiten für freiwilliges Engagement möglichst wohnortnah für sie gibt oder eng im Umfeld bzw. an der Schule. In diesem Fall müssen dann aber auch die Busfahrzeiten am Nachmittag bzw. frühen Abend zu den Wohnorten darauf abgestimmt werden. Entfernung von Freizeitorten und fehlende Struktur für eine flexible Mobilität erschweren oder verhindern also bestimmte Sozial- und Gesellungsformen und führen zu Benachteiligungen, in die sich die Jugendlichen relativ klaglos einfinden.

„Ein großes Problem für die Jugendliche ist es, dass die Busse nicht in den Ferien [und am Wochenende] fahren. Und wenn, dann nur zwei Mal täglich.“(TT)

Wie bei den Lebensentwürfen insgesamt, kommt es auch im Freizeitbereich zu einer Individualisierung und Vereinzelung. Die Freizeitbeschäftigungen der Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern sind vielfältig, unabhängig, ob sie im städtischen oder ländlichen Raum leben. Und sie sind insgesamt erwartbar, stimmen mit den Ergebnissen der Shell-Jugendstudie (Shell 2019) überein – Geselligkeit, Sport und Kreativität sind wichtig. Allerdings unterscheiden sich die Freizeitgestaltungen nach den Wohnorten, sie richten

(FREI)ZEIT IN (FREI)RÄUMEN ERMÖGLICHEN

Freizeit

Je nach Wohnort braucht es sehr unterschiedliche Zeitaufwendungen für die Überwindung von Entfernungen und auch für das damit verbundene Warten. Die befragten Jugendlichen benötigten für ihre Schulwege zwischen fünf Minuten und knapp zwei Stunden. Daraus folgt eine ebenfalls sehr unterschiedliche zur Verfügung stehende „Freizeit“ der Jugendlichen zwischen drei und fünf Stunden täglich.

„Für die Schüler_innen, die innerorts wohnen, bedeutet das ca. 14:00 Uhr. Für die Schüler_innen, die außerorts wohnen, beginnt die Freizeit meist erst gegen 15:30 Uhr, da sie bis zu eineinhalb Stunden mit dem Bus unterwegs sind.“(TT)

Freizeit ist aus der Sicht der Jugendlichen alles außer Schule und Hausaufgaben- bzw. Lernzeit (für die Schule). Sie ist damit aber nicht ausschließlich die selbstbestimmte, nach eigenen Interessen gestaltete Zeit, sondern auch die, die für Haus- und Hofarbeiten und die Unterstützung von Familienangehörigen aufgebracht wird. In diesen Kategorien unterscheiden sich Jugendliche aus städtischen und ländlichen Räumen, letztere sind ihrer

sich immer an den gegebenen Möglichkeiten aus, sowohl im Hinblick auf vorhandene (Frei) Räume als auch auf konkrete Inhalte bzw. Beschäftigungen.

„Es gibt viele Möglichkeiten, das Leben in den beiden Städten auszukosten. Man kann in [...] gut am Schloss spazieren gehen oder die Sonne am See genießen, an dem man ebenfalls sehr gut angeln kann.“ (TT)

Auch die virtuellen Möglichkeiten werden von den Jugendlichen für die Freizeitgestaltung (Musik hören, Filme sehen, lesen, ‚Zocken‘, mit Freunden im Kontakt sein, wenn die Schule vorbei ist, sich verabreden, einkaufen, Stylingtipps etc.) intensiv genutzt, vorausgesetzt, sie verfügen über einen stabilen Internetzugang.

Mit dieser Vielfältigkeit und Anpassungsfähigkeit der Jugendlichen wird deutlich, dass es für eine Wahrnehmung und Unterstützung ihrer Freizeitinteressen und -möglichkeiten keine weiteren überregionalen Befragungen braucht, sondern eine konkrete Arbeit mit den Jugendlichen vor Ort (an Wohn- und Schulstandorten), die neben den Wünschen der Jugendlichen die jeweiligen räumlichen, zeitlichen, infrastrukturellen, landschaftlichen etc. Voraussetzungen berücksichtigen und lokale Akteur_innen bzw. Bürger_innen einbinden kann.

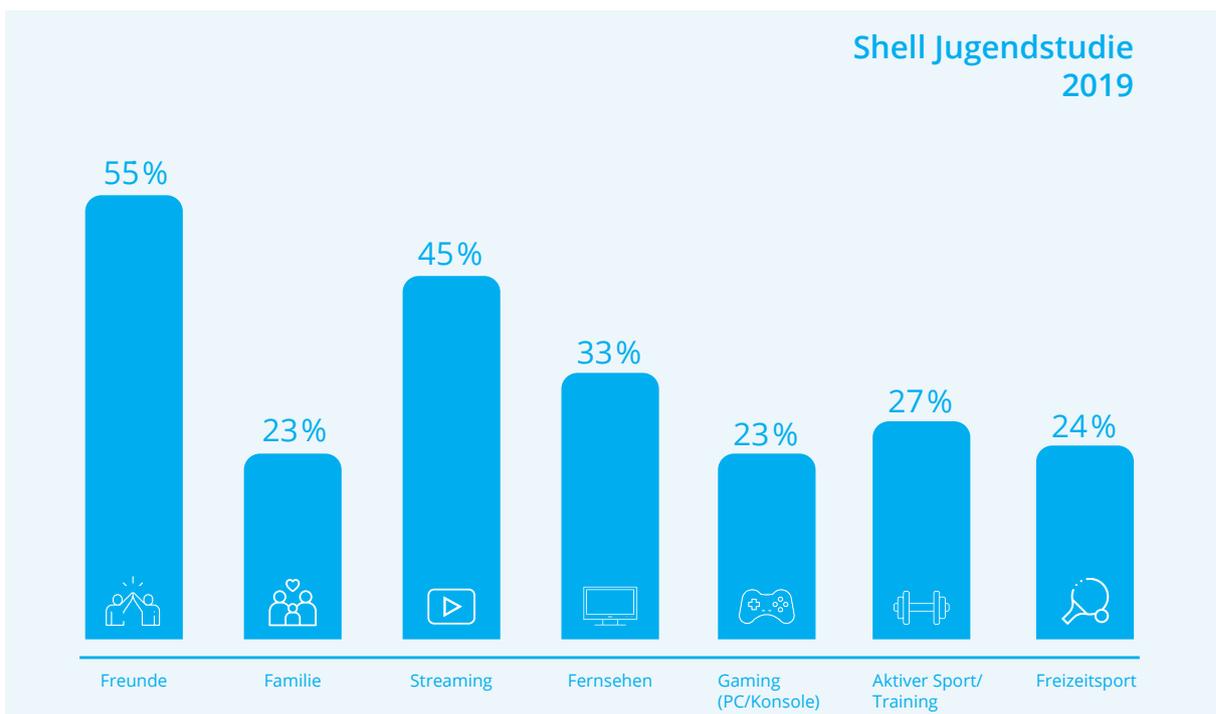
Freiräume

In ihrem Alltag sind die Jugendlichen häufig mit Erwachsenen zusammen, die meisten Räume werden durch diese dominiert und verregelt. Die Jugendlichen wünschen sich mehr Zugang zu freien Räumen, die sie selbstorganisiert und selbstbestimmt für sich nutzen können. Sie suchen dabei Ungestörtheit für freie jugendkulturelle Erprobungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Die Verfügbarkeit über solche Räume ist eine wesentliche Ressource für Aneignungsprozesse der Jugendlichen, die ihnen aber nur sehr begrenzt zur Verfügung gestellt und wenig anerkannt wird.

„Wenn die Jugendlichen sich einfach so in ihrer Freizeit treffen wollen, gibt es keinen Jugendclub, in dem sie die Zeit verbringen können. Gerade im Winter ist es blöd, keinen warmen Treffpunkt zu haben.“ (TT)

„Es bedarf mehr Freiräumen, wo Jugendliche selbstbestimmt Erfahrungen sammeln.“ (SachvA129)

Solche Frei-Räume schaffen sich Jugendliche häufig ganz unkompliziert im öffentlichen Raum, meist durch „Umnutzungen“ von anders konzipierten Flächen und Räumen für ihre Interessen. Allerdings sind diese immer gefährdet durch den Zugriff anderer Interessengruppen mit größerem Einfluss, so dass häufig Verdrängungsprozesse stattfinden.



Freizeitbeschäftigungen nach Shell Jugendstudie 2019



Aussagen der Jugendlichen zur Freizeitgestaltung

„Zudem wird ihre Präsenz an Treffpunkten im öffentlichen Raum – etwa auf Marktplätzen – von Erwachsenen vielfach per se als störend empfunden.“ (Beierle et al. 2016: 38)

Der öffentliche Raum unterliegt außerdem einer zunehmenden kommerziellen Nutzung. Das schränkt (nicht nur) die Jugendlichen in ihren Gestaltungsmöglichkeiten ein und führt zu Ausschlusspraktiken. Die Jugendlichen

müssen weiterziehen, sich neu einrichten, mit der Unsicherheit umgehen. Aber auch schulische Räume sind für die Jugendlichen nicht immer frei verfügbar, sondern für bestimmte Funktionen vorgesehen, die z.T. mit Kosten verbunden sind, und deren Nutzung und Gestaltbarkeit durch die Jugendlichen sich dadurch erheblich einschränken.

„Sie berichten auch, dass sie sich in den Pausen nicht in der Cafeteria aufhalten dürfen, außer sie kaufen dort etwas.“ (TT)

„Sie stellt fest, dass Jugendliche aus öffentlichen Räumen manchmal regelrecht ‚weggescheucht‘ würden. Einzelhändler oder Gewerbetreibende befürchten, dass Kundschaft vergrault wird.“ (JugA670)

Im ländlichen Raum erschließen sich die Jugendlichen mehr eigene Räume in der Natur, in der Freizeit können sie die Ressource Land gut für sich nutzen. Allerdings werden diese kreativen Aneignungsprozesse auch eher als Privatangelegenheit betrachten und geraten nicht in den öffentlichen Blick – zum einen, weil die Jugendlichen keine Erwachsenen dabei haben wollen, zum anderen, weil es Jugendarbeiter_innen, die als „andere Erwachsene“ (nicht als Eltern, von denen eine Ablösung erfolgt) fungieren und Möglichkeiten für Auseinandersetzung, Vermittlung, Anregung etc. bieten könnten, selten oder gar nicht in die kleinen Orte vordringen. Hier wären deutliche Signale der Kommunen in Richtung der Jugendlichen: ‚Wir wollen euch hier‘ / ‚Wir sehen und schätzen eure Eigeninitiative‘ / ‚Wir unterstützen euch mit (oft nur wenigen) notwendigen Ressourcen‘ etc. eine Chance, lebensweltliche Kontexte im Zusammenspiel mehrerer privater, zivilgesellschaftlicher und öffentlicher Akteur_innen gemeinsam mit den Jugendlichen zu verbessern.

„Hier gab ´s im letzten Jahr Heuballen vom Tierarzt. Da haben wir oft gechillt. Die sind jetzt weg. Schade, weil wir uns da jeden Tag getroffen haben.“ (TT)

„Danach ist das Thema Angeln nochmal gekommen. Dies macht den Jugendlichen viel Spaß, doch sei es zu teuer. [...] Zwar sind die Jugendlichen in einem Verein, wodurch es etwas günstiger wird, doch wird dabei nicht zwischen Schüler_in und Erwachsenen unterschieden.“ (TT)

Jugendclub als expliziter Jugendraum

Die Jugendlichen berichten, dass extra für sie ausgewiesene Jugendräume, v.a. Jugendclubs, -häuser und Spielplätze, entweder noch nie vorhanden waren oder wieder verschwinden. Das nehmen sie sehr sensibel wahr als Ausdruck einer fehlenden Wertschätzung Erwachsener gegenüber den jungen Menschen. Manchmal liegen explizite Jugendräume so weit außerhalb der Wohnorte, dass sie nur schwer oder gar nicht – zumindest aber nur mit hohem Zeitaufwand – zu erreichen sind. Meist werden die Nachfragen der Jugendlichen nach Jugendräumen mit einem Hinweis auf fehlende Finanzen und personelle Ressourcen zurückgewiesen, diese Argumentation läuft ins Leere, kann keine Motivation freisetzen. Auch wenn knappe Kassen den Erhalt von Jugendräumen erschweren, so kann mit Jugendlichen gemeinsam nach Alternativen gesucht werden, die sich bedarfsgerecht in ihre Lebenswelt einfügen. Jugendliche kennen ihre Lebenswelt und könnten selbst auf Räume verweisen, die sie gern nutzen möchten.

„Enttäuscht berichteten die Jugendlichen davon, dass sich innerhalb der letzten Jahre die Anzahl der Jugendclubs von drei auf einen minimierte. Der noch übrig gebliebene befindet sich am Rande der Stadt, außerhalb des Stadtkerns. [...] Der Großteil braucht etwa eine Stunde, um diesen fußläufig zu erreichen. Sobald man ankäme, müsste man den Jugendclub also fast wieder verlassen, um wieder pünktlich zu Hause zu sein. Es bliebe wenig effektiv nutzbare Freizeit in dieser Einrichtung.“ (TT)

„Ein Jugendlicher würde bessere Plätze schaffen wollen, an denen sich Jugendliche treffen könnten. Es gäbe dafür genügend Möglichkeiten in seiner Stadt.“ (TT)

Wenn schon Jugendräume vorhanden sind, dann sind diese zum Teil nicht für alle Jugendlichen gleichermaßen bekannt und zugänglich. Möglicherweise haben andere Nutzer_innen auch kein Interesse, „neue“ Jugendliche in die Räume zu lassen oder es fehlt einfach an einer Einladung der Jugendlichen durch die Jugendarbeiter_innen.

„Das Thema Jugendclub ist noch einmal aufgekommen. Dabei ist herausgekommen, dass es wohl doch einen gibt, doch keiner weiß, wo sich dieser befindet.“ (TT)

Die Angebote in bestehenden Jugendhäusern und -clubs entsprechen häufig nicht den Wünschen der Jugendlichen. Sie möchten über die Angebote des Jugendclubs selbst entscheiden und haben sehr genaue Vorstellungen davon, was sie gern umsetzen, wofür sie sich einsetzen möchten – „Billardtische, Dartscheiben, Tischkicker und Tischtennisplatten, zudem eine Anlage, um Musik abzuspielen“ (TT). Ihre Wünsche sind überschaubar und es ist nicht nachvollziehbar, warum sie sich so ausgeliefert fühlen, warum es nicht zur gemeinsamen Umgestaltung des Clubs kommt. Wo sind die Jugendarbeiter_innen, die sich dieser Aufgabe annehmen und initiieren, vermitteln, unterstützen können?

Wenn sich Jugendliche wünschen (müssen), dass ihre Jugendräume am Wochenende und da auch in den Abendstunden geöffnet sind, läuft etwas falsch. Ihnen stehen dann zwar Räume prinzipiell zur Verfügung, aber diese werden nicht zur Ressource für einen attraktiveren Alltag, sondern zu einer weiteren zeitlich-organisatorischen Herausforderung bzw. bleiben ungenutzt. Die Öffnungszeiten des Jugendclubs müssen sich nach der Frei- und Fahrzeit der Jugendlichen richten (später Nachmittag/Abend/Wochenende), sonst sind es keine Jugendräume

„Perfekt wäre, wenn dieser [der Jugendclub] auch an den Wochenenden, insbesondere abends, geöffnet wäre, damit die Örtlichkeit ebenfalls für Partys genutzt werden kann.“ (TT)

Nicht selten treten an Stelle von öffentlichen Jugendzentren private Räume, die die Familien den Jugendlichen zur Verfügung stellen (z.B. Bauwagen, Garagen). Auch wenn diese Orte aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt sind, so finden doch dort Aneignungs- und Lernprozesse statt, die denen in einem selbstorganisierten Club entsprechen oder nahe kommen. Die Kompetenzen, die die Jugendlichen dabei entwickeln, sind für sie selbst oft gar nicht sichtbar, könnten ihnen aber leicht zugänglich gemacht und in die Öffentlichkeit gehoben werden, wenn sich Jugendarbeit dafür anbietet.

„Einen Jugendclub selbstständig zu führen, könnte sich eine Gruppe der Teilnehmenden gut vorstellen, jedoch bräuchten sie Unterstützung, um eine Lokalität zu finden und Hilfe bei den Finanzen.“ (TT)

SCHULE UND AUSSERSCHULISCHE PARTNER_INNEN

Beteiligung am Schulalltag

Wenn über die Lebenswelten Jugendlicher gesprochen wird, dann rückt Schule als wesentlicher Lebensort in den Blickpunkt. Hier halten sich die Jugendlichen einen großen Teil ihres Tages auf. Hier müssen und können sie sich zu den gesellschaftlich-funktionalen Zuschreibungen an das Jugendalter verhalten. Dabei geht es für sie darum, „eine Allgemeinbildung sowie soziale und berufliche Handlungsfähigkeit zu erlangen (Qualifizierung), für sich selbst Verantwortung zu übernehmen (Verselbstständigung) und eine Balance zwischen individueller Freiheit und sozialer Zugehörigkeit und Verantwortung zu entwickeln (Selbstpositionierung)“ (BMFSFJ 2017: 6). Am Ort Schule werden Jugendliche zu Schüler_innen, ihnen wird damit eine klare Rolle zugewiesen. Diese kann und soll hier nicht ausgeführt, aber durch eine konsequente Benennung in diesem Abschnitt auf eben diese hingewiesen werden.

Die Schüler_innen erleben sich nur wenig einbezogen in die Entscheidungen der Schule. Ob Ziele und Ausgestaltung von Klassenfahrten oder Projekttagen, die Erstellung von Sitzplänen, der Umgang mit dem Handy, die Ausarbeitung von Stunden- und Vertretungsplänen etc. – die meisten, den Alltag der Jugendlichen wesentlich betreffenden Entscheidungen, werden durch Lehrer_innen allein getroffen. In manchen Fällen können die Schüler_innen noch über vorgegebenen Alternativen abstimmen. Sie wollen aber früher an der Entscheidungsfindung mitarbeiten und mit gewichtiger Stimme einbezogen werden. Diese Zugänge werden ihnen oft verwehrt, entsprechende Kompetenzen offenbar abgesprochen. Damit bestimmen Erwachsene in machtvollen Kontexten über sie, sie werden nicht als die Expert_innen ihrer Lebenswelt gesehen.

„Die Orte für Klassenfahrten werden allerdings von der Klassenlehrerin ausgesucht, die nicht die Schüler_innen nach ihrer Meinung fragt, aber andere Lehrer_innen nach deren Vorerfahrungen. Wir fahren immer dahin, wo die Klasse davor war, wir werden nicht gefragt, wo wir hin wollen.“ (TT)

„Die Schüler_innen hatten keine Möglichkeit zur Mitentscheidung. Sie konnten lediglich zwischen Hamburg und Dresden wählen.“ (TT)

Die wahrgenommenen Partizipationsmöglichkeiten im Unterricht werden als sehr gering eingeschätzt, das zeigt auch eine bundesweite Studie. „So gaben etwa 68% der Befragten an, den Unterricht so hinnehmen zu müssen, wie er ist, und gut zwei Drittel der Schülerschaft sahen ihren Unterricht als unbeeinflussbar an“ (Bertelsmann Stiftung 2019: 14 f.). Werden die Schüler_innen doch einmal nach ihrer Meinung gefragt, so machen sie häufig die Erfahrung, dass diese dann nicht in den Entscheidungsprozess eingeht. Diese Form von Scheinbeteiligung führt zu Enttäuschung und Resignation.

„Die Schüler_innen berichten, dass sie der Lehrkraft Vorschläge für eine anstehende Klassenfahrt unterbreiten, aber diese letztlich selbst entscheidet.“ (TT)

Schulgremien – Mitwirkung fast ohne Wirkung

„Obwohl die Schüler_innengremienarbeit in den Landesschulgesetzen verankert ist, sieht dieüberwiegende Mehrheit der Schüler_innen in diesem Instrument keine wirksame Form der Interessenvertretung“ (Bertelsmann Stiftung 2019: 14 f.). Manchmal sind die Aufgaben, z.B. der Klassensprecher_innen gar nicht umfassend bekannt. Trotzdem wird von den Schüler_innen eingeschätzt, dass solche Ämter mit zu viel Verantwortung verbunden sind. Wer sie innehat, soll die Klasse gegenüber den Lehrer_innen und zum Teil den Eltern vertreten, hat aber gleichzeitig nur wenig Durchsetzungsmacht. Wenn die Erwachsenen Beteiligung nicht ernst meinen, sondern als Alibiveranstaltung durchziehen, bleiben die Schulgremien aus Sicht der Schüler_innen zahnlose Tiger. Dafür wollen sie nicht verwendet werden, ihre Zeit nicht verwenden.

„Es möchte allerdings fast niemand Klassensprecher_in werden. Die Schüler_innen denken dies ist aufgrund der hohen Verantwortung so.“ (TT)

„Die Schüler_innen berichten, dass auch die Klassensprecher_innen nicht zur Lehrerin durchdringen. Die Lehrer_innen argumentieren häufig über die Noten und nehmen die Argumente der

Schüler_innen nicht ernst, stellen diese sogar als Ausreden dar.“ (TT)

Im Schulrat haben die Schüler_innen nur zwei Stimmen. Sie finden das nicht gut, versuchen aber in den Sitzungen, die anderen sechs Teilnehmer_innen (Lehrer_innen, Eltern, weiteres Personal der Schule) zu überzeugen. Die Argumentationslast wird also klar auf die Seite der Schüler_innen geschoben, Erwachsene tragen sie durch Stimmenmehrheiten nicht in gleichem Maße. Damit sind die Schüler_innen zwar in demokratischen Gremien engagiert, fühlen sich aber in den Entscheidungen über ihre schulischen Alltagsthemen, deren Konsequenzen sie in erster Linie tragen müssen, gleichzeitig ausgeliefert. Überforderung, fehlende verlässliche Strukturen, fehlende Erfahrungen der (Selbst)Wirksamkeit führen dann zur Ernüchterung über die Potentiale von Beteiligung und Engagement.

„Eltern, Lehrer_innen und Schüler_innen wurden gefragt, ob es ein Handyverbot geben soll – die Mehrheit war dafür (Lehrer_innen, Eltern), die Schüler_innen dagegen. Das Handyverbot soll nun [...] umgesetzt werden. Ein Teilnehmer erzählt jedoch, dass er sich ungerecht behandelt fühlt, wenn er sein Handy im Unterricht nicht nutzen darf, aber einige Lehrer_innen während Klausuren selbst am Handy oder am Laptop Spiele spielen.“ (TT)

Wenn schon kaum Vertrauen in die formalen Beteiligungsgremien der Schule besteht, so wünschen sich die Schüler_innen doch vertrauenswürdige erwachsene Ansprechpersonen (Vertrauenslehrer_innen, Schulsozialarbeiter_innen), die sich ihrer Probleme annehmen – ihnen zuhören, sie verstehen, Themen weitertragen. Die in Konfliktfällen ausgleichen, vermitteln und mit denen man gemeinsam nach Lösungen suchen kann. Die für die Schüler_innen eintreten.

„An dieser Schule gibt es keine_n Schulsozialarbeiter_in, aber Vertrauenslehrer_innen. Diese wurden von den Schüler_innen gewählt. Sie werden von den Schüler_innen meist nicht in Anspruch genommen, weil sie diese als nicht vertrauenswürdig einschätzen. Ein Jugendlicher meinte, dass es klar sei, dass wenn man sich ihnen anvertraut, sie über einen im Lehrer_innenzimmer reden.“ (TT)

„Dieser Lehrer könnte nach Meinung der Schüler_innen sogar Vertrauenslehrer sein, denn er hilft immer und ist nicht ungerecht. Eine Solche Position gibt es aber an dieser Schule nicht.“

Zusammenarbeit schulischer und außerschulischer Akteur_innen

Schule ist nicht nur der Ort, an dem Jugendliche als Schüler_innen alltäglich zusammenkommen, sondern auch der, an dem fast alle Alltagsthemen der Jugendlichen aufeinandertreffen, sich verdichten und überlagern. In der Konsequenz heißt das aber auch, dass Schule im Grunde der Ort ist, der die meisten Ansatzpunkte für Veränderung bietet.

„Der schulische Alltag sollte stärker aus jugendlichen Interessen heraus gestaltet werden“ (A6E70).

An Schulen könnten integrierende Gesamtstrategien entworfen werden, die sich an lebensweltlichen, alltagsbezogenen Zusammenhängen orientieren und sowohl Schulstrukturen, (fächerübergreifenden) Unterricht, Lehrer_innenbildung, Generationenverhältnisse, neue Themenfelder als auch außerschulische Bildungsangebote etc. berücksichtigen. Das bedeutet nicht, dass die Schule alle ungelösten Fragen allein bearbeiten muss. Aber hier können sie zumindest systematisch wahrgenommen und thematisiert werden, um in der Zusammenarbeit von schulischen und außerschulischen professionellen Akteur_innen, Eltern und Jugendlichen gemeinsam zu alternativen Lösungsansätzen und Entscheidungen zu finden, die von vielen getragen und an bzw. nahe der Schule umgesetzt werden.

„Es reicht nicht aus, mit der Medienbildung in der 7. Klasse mit einem gesonderten Lehrfach zu beginnen. Diese ist als Prozess zu verstehen, der alle Unterrichtsfächer und Lehrkräfte einschließt. Dass hierfür die Voraussetzungen in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer fehlen, ist bereits festgestellt worden. Informatikunterricht auf der einen und traditioneller Unterricht auf der anderen Seite ist heute nicht mehr zeitgemäß. Hier ist ein anderes Niveau, beginnend in der Lehramtsausbildung, anzustreben. Eine zu entwickelnde digitale Gesamtstrategie muss sowohl die schulische als auch die außerschulische Ausbildung und alle Generationen umfassen.“ (SachvA346)

Die Lebenswelt von Jugendlichen ist verinselt, was insbesondere im ländlichen Raum dazu führt, dass nur wenige Angebote regelmäßig genutzt werden können. Das gilt insbesondere im Zusammenhang mit einer unzureichenden Mobilität. Wenn diese für die Jugendlichen aber eingeschränkt ist, dann müssen sich die Angebote zu den Jugendlichen bewegen und an den bestehenden Inseln andocken. Das können wohnortnahe Angebote sein, aber vor allem auch solche in oder in der Nähe von Schule.

Eine Öffnung von Schule ins Gemeinwesen hinein und die konsequente Kooperation mit außerschulischen Akteur_innen an wechselnden Orten könnten verbindend wirken und Potentiale freisetzen. Bisher findet aber keine systematische und kontinuierliche Zusammenarbeit mit Fachkräften statt, die ausgewiesene Expert_innen für die Lebenswelten und die Alltagsbewältigung von Jugendlichen sind und auch über entsprechende Unterstützungsstrukturen und -ansätze verfügen.

„Die Schüler_innen erzählten, dass es nur AGs gibt (zwei zur Auswahl: Sport & Spiel oder Tischtennis). Diese Angebote werden von Lehrer_innen der Schule durchgeführt. Externe Angebote wären schön. So die Meinung der Schüler_innen.“ (TT)

Unterschiedliche Kompetenzen, Handlungsansätze, Standards etc. schulischer und außerschulischer Akteur_innen könnten zusammenfinden. Beispielsweise wäre eine systematische Arbeit außerschulischer Partner in der Schule ein Beitrag zur Sicherung von qualifizierten Angeboten über kurze Projektlaufzeiten hinaus. Dort, wo es bereits gelingende Ansätze z.B. in der Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit oder Angeboten der kulturellen bzw. politischen Bildung gibt, zeigt sich, dass dieses Zusammenwirken aufgrund unterschiedlicher professioneller Logiken nicht ganz einfach ist und in einem längeren, transparenten und reflektierten Abstimmungs- und Aushandlungsprozess eingeübt werden muss. Aus Sicht der Jugendlichen wären diese Annäherungsprozesse der verschiedenen Partner_innen zusätzliche informelle Bildungsprozesse, wenn diese transparent gemacht würden und sie daran – auch an der Benennung der Schwierigkeiten und den Lösungsfindungen – ganz bewusst beteiligt würden. Sie sind mit den unterschiedlichen Perspektiven der verschiedenen Insti-

tutionen und Akteur_innen sowieso in ihrem Alltag konfrontiert, müssen sie aushalten und für sich integrieren.

„Aber auch im klassischen Unterricht gebe es bereits vielfältige Anknüpfungspunkte und Kooperationen. Diese Zusammenarbeit basiere oft auf konkreten gemeinsamen Projekten. Eine Herausforderung sei die Schaffung einer gemeinsamen Gesprächsbasis für diese Art von Kooperation und Kommunikation. Hier prallen oft Welten aufeinander. Die bisher vor allem von außerschulischen Partner_innen initiierten Projekte verliefen bisher sehr vielversprechend.“ (SachvA346)

Solche gelingenden Kooperationen wiederum würden Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Perspektive sowohl für Schule als auch außerschulische Akteur_innen bedeuten, gleichzeitig Personal sichern und damit binden, so dass Fachkräfte bleiben bzw. kommen. Das sind Zusammenhänge auf der „Hinterbühne“, die sich als stabile verlässliche Strukturen in der Lebenswelt der Jugendlichen niederschlagen können und auf die es sich aus ihrer Sicht überhaupt lohnt, einzulassen.

„Wichtig sei ihr die Augenhöhe von formaler und nonformaler Bildung. Akzeptanz hierfür gebe es in Deutschland nach wie vor nicht immer und überall.“ (SachvA670)

„Diese Zusammenarbeit [mit außerschulischen Partnern] erweist sich häufig als relativ fragil, z.B. durch zeitlich befristete Verträge der außerschulischen Akteure. [...] Dabei läge vor allem in dieser Kooperation die Chance, Schule auch als Bildungsort zu verstehen, an dem Jugendliche selbst organisierte Formen des sozialen Lernens und eigene Positionierungen entwickeln können.“ (Schulz 2017)

FACHLICHE EXPERTISE JUGENDLICHER

Insbesondere am Lebensort Schule wird deutlich, dass Jugendliche in bestimmten Bereichen einen Wissensvorsprung vor vielen Erwachsenen haben. „Junge Menschen sind diejenigen, die häufig die Rolle der Erstanwender von Technologien und sozialen Trends übernehmen“ (AbgA4738718). Sie haben einen spielerischen, intuitiven Umgang mit digitalen Medien und bewegen sich meist sehr souverän in virtuellen Räumen. Die An-

erkenntnis dieser Tatsache wird insbesondere in wissensorientierten machtvollen (politischen, institutionellen) Räumen verdrängt und über Regelungen und Verbote zum Problem der Jugendlichen gemacht (z.B. Handyverbot in Schulen), anstatt deren lebensweltliche Zugänge und Kompetenzen zu nutzen und zu fördern. Es müssen Ressourcen unkonventionell bereitgestellt und nicht noch eingegrenzt werden, z.B. WLAN-Zugang für alle Schüler_innen an den Schulen oder Zugang zu kommunalen Räumen, wo es stabile Verbindungen gibt (z.B. bei der_m Bürgermeister_in).

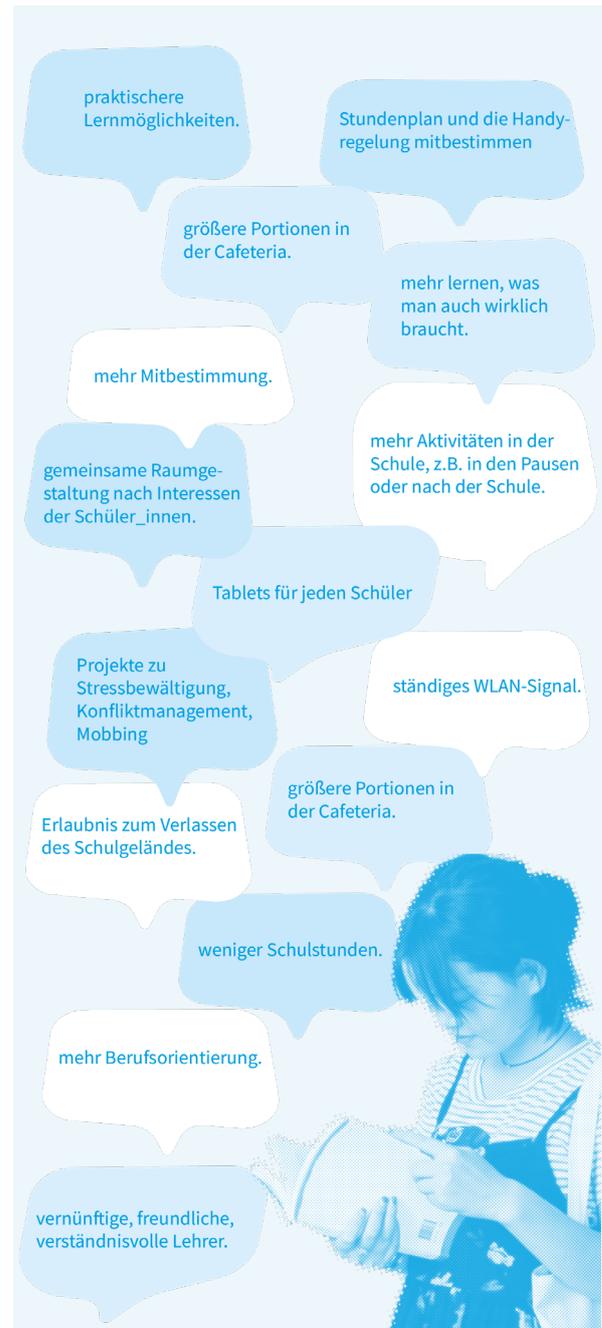
„Schüler_innen an sich hätten kein Problem mit Digitalität, da es ihr Alltag sei. Ein Problem gebe es bei den Schulen.“ (SachvA346)

„Die sagen dann ‚wegpacken‘. – Wenn es öfter passiert, nehmen manche Lehrer_innen die Handys weg. Die kann man dann nur mit den Eltern zusammen abholen.“ (TT)

Der Versuch, diesen Wissensvorsprung der Jugendlichen allein durch die Fort- und Weiterbildung von Lehrer_innen auszugleichen, selbst wenn sie für alle und sehr intensiv in kurzer Zeit umgesetzt würde – wovon man in Mecklenburg-Vorpommern weit entfernt ist –, gleicht einem Hase-Igel-Spiel („Ich bin all hier!“). Sie ist aber einer von mehreren wichtigen Schritten, um umfassende digitale Konzepte und Medienbildung an Schulen zu etablieren und fächerübergreifend integrativ umzusetzen.

„Großen Handlungsbedarf sieht sie bei der Qualifizierung der knapp 11.000 Lehrkräfte im Land. Pressemitteilungen besagten, dass landesweit 42 Lehrerinnen und Lehrer auf Basis von Anrechnungsstunden auf diesem Gebiet als Multiplikatoren tätig werden und auch den Datenschutz abdecken sollen.“ (SachvA346)

Die Lehrer_innen müssen die weitreichenden Kompetenzen der Jugendlichen in einigen Bereichen, die über ihre eigenen hinausgehen, anerkennen, sich nicht dagegenstemmen. Den Jugendlichen wird wenig zugetraut, aber viel unterstellt. Im Kontext von Medienkompetenz/-nutzung werden sie selten als Expert_innen angefragt, sondern in ihrem Umgang damit nach Normen der Erwachsenen bewertet, die deutlich weniger erfahren in den virtuellen Räumen und mit den technischen Möglichkeiten sind.



Wünsche der Jugendlichen an Schule

„Die zur Verfügung stehende Hardware werde oft nicht den gegebenen Möglichkeiten entsprechend genutzt. Das liege manchmal am zur Verfügung stehenden Zeitfonds, aber auch daran, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht genügend im Umgang mit der digitalen Technik geübt und geschult seien. Oft seien sie schlicht überfordert. Schulische und außerschulische Partnerschaften könnten hier Abhilfe schaffen.“ (SachvA346)

Wenn sich Schüler_innen in ihrer Medienbildung allein auf die Technikausstattung der Schule verlassen würden, dann wären viele von ihnen längst abgehängt, würden sich ihre

Chancen auf gleichberechtigten Zugang zu Ausbildung und in die Erwerbsarbeit – im Hinblick auf die technischen Möglichkeiten und Anforderungen, die künftig an Jugendliche gestellt werden – deutlich verringern. Schule produziert hier Ungleichheit und steht sich dabei selbst im Weg.

„Wir haben Steinzeit-Computer. Die werden gerade erwartet.“ (TT)

„Na, wie an anderen Schulen auch: Smartboards, WLAN und Tablets. Die kann man dann im Unterricht nutzen und für Tests. Und wir müssten nicht so viele Bücher schleppen, wenn die auf dem Tablet sind. Das wäre auch umwelt-schonend.“ (TT)

Gemeinsam mit den Jugendlichen sollten innerhalb der Institutionen neue Lehr-Lern-Formate mit wechselnden Rollen entwickelt werden, in denen sich Erwachsene und Jugendliche mit ihrem unterschiedlichen Wissen gleichberechtigt einbringen und gegenseitig ergänzen können (z.B. Stärken der Jugendlichen in Medientechnik und Social Media und medienpädagogische Kompetenzen der Erwachsenen).

„Jugendliche könnten bereits jetzt ihre Lehrerinnen und Lehrer medientechnisch schulen.“ (AbgA346)

EHRENAMT UND ENGAGEMENT

Knapp die Hälfte (49,2 Prozent) der jungen Menschen im Alter von 14 bis 25 Jahren engagiert sich freiwillig, besonders stark die Gruppe der 14- bis 17-Jährigen mit 53,8 Prozent. Insgesamt liegt die Engagementbeteiligung junger Menschen damit über dem Bevölkerungsdurchschnitt von 43,6 Prozent. Gleichzeitig werden von den „Nicht-Engagierten“ im Ehrenamt an erster Stelle zeitliche Hinderungsgründe genannt – 71 Prozent bei den Schüler_innen und ca. 84 Prozent bei den Auszubildenden und jungen Berufstätigen (vgl. BMFSFJ 2017b). Das wird verständlich, wenn neben dem öffentlichen Engagement auch die privaten Verpflichtungen der Jugendlichen – Haus- und Hofarbeit, Sorge um Familienangehörige – mit betrachtet werden. Diese sind häufig nicht sichtbar oder werden geflissentlich übergangen, sollten aber in gleichem Maße Anerkennung finden, um den

Jugendlichen mit ihren unterschiedlichen Alltagsbelastungen und zeitlichen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Wenn in den Engagement- und Jugendstudien von „Nicht-Engagierten“ gesprochen wird, so muss genau hinterfragt werden, welches Engagement überhaupt erfasst wurde. „Junge Menschen nutzen vermehrt alternative und neue Formen der Mitwirkung. Doch diese werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft übersehen, ebenso wie freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit, die Mitgliedschaft in Vereinen sowie Formen politischer Beteiligung im Internet“ (BMFSFJ 2017a: 33).

Das Engagement selbst ist seit längerem einem Strukturwandel unterworfen, der im Zusammenhang mit der Auflösung tradierter soziokultureller Milieus sowie einer zunehmenden Ökonomisierung auch der Engagementbereiche steht (vgl. Beher et al. 2000). Insbesondere junge Menschen fühlen sich von vielen traditionellen Ehrenämtern mit ihrem hohen Organisationsgrad nicht mehr angesprochen (Gensicke 2014). Sie wollen sich eher da beteiligen, wo mehr autonome Zeiteinteilung, Spontaneität und eine zeitlich enge Befristung möglich sind (vgl. Rinnenburger/Summa 2016).

„Denn die Jugendlichen sind durchaus engagementbereit, nur in der Regel nicht zwangsläufig zu den Konditionen der Erwachsenen (Shell 2000: 262).“

‚Spaß haben‘ (ca. 94 Prozent) und ‚mit anderen Menschen zusammenkommen‘ (ca. 82 Prozent) sind die Hauptmotive der Jugendlichen für ein freiwilliges Engagement. Der Aspekt der ‚Qualifizierung über das Engagement‘ spielt aber ebenfalls eine große Rolle (ca. 80 Prozent), beispielsweise als Vorbereitung für Ausbildung und Studium sowie den Einstieg in das Erwerbsleben (vgl. BMFSFJ 2017b). Aus der Logik der jugendlichen Lebenswelten sind die Engagementorte neben der Schule wichtige Lernorte. Die Jugendlichen können erleben und beschreiben, was ihnen das Engagement bringt, welche (anderen) Kompetenzen sie darüber erwerben, die auch in weiteren Bildungsverläufen für sie nützlich sind. Dementsprechend wünschen sich die Jugendlichen auch eine Anerkennung ihres Engagements, z.B. durch Freistellungen von Unterricht, Ausbildung und Studium sowie bei der Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen. Solche Entlastungen und

Würdigungen würden den lebensweltlichen Zusammenhängen der Jugendlichen deutlich gerechter als allein normative Erwartungen Erwachsener an jugendliches Engagement ohne strukturelle Sicherung für dessen Umsetzung.

„Die Vergabe eines Studienplatzes sollte nicht allein an die Noten gebunden sein, sondern auch andere Tätigkeiten, wie ehrenamtliches Engagement, Berufsausbildung oder Freiwilligendienste stärker berücksichtigen.“ (JugA454)

Allerdings ist die Möglichkeit, sich zu engagieren, für Jugendliche aus der Stadt und vom Land sehr ungleich, da es in ländlichen Räumen deutlich weniger Angebot gibt und diese teilweise aufgrund mangelnder öffentlicher Mobilitätsangebote nicht erreichbar sind. Auch lange Wegezeiten zwischen Schule, Wohn- und Engagementort, ebenso wie umfangreiche familiäre Verpflichtungen können deutlich weniger Zeit für das Ehrenamt zulassen. Ein mangelhafter Zugang zu digitalen Kommunikationsmedien erschwert ein Engagement in vielen Bereichen ebenfalls. Solange sich also die Rahmenbedingungen für Jugendliche in (sehr) ländlichen Räumen nicht verbessern und Alltage dadurch erleichtert sowie Zeiten freigesetzt werden, würde die Aufrechnung von freiwilligem ehrenamtlichem Engagement beim Zugang zu weiteren Bildungswegen diese Jugendlichen (erneut) benachteiligen.

JUGEND FINDET JETZT UND HIER STATT

Die Lebensphase Jugend hat sich in modernen Gesellschaften zwar verlängert, aber dennoch müssen bestimmte Entwicklungsaufgaben und Herausforderungen in einem bestimmten Lebensalter und an bestimmten Lebensorten (Hier und Jetzt) bewältigt werden. Die Perspektive von Strukturmaßnahmen (z.B. Breitbandinternetausbau, Verkehrsnetzplanung) und die Zeitlogiken von Politiker_innen sind andere als die der Lebensphase Jugend. Aus Sicht der Jugendlichen und gleichwertiger gerechter Lebensverhältnisse braucht es entwickelte Infrastrukturen aber nicht erst in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten, sondern jetzt. Jugend kann nicht warten. Gleichzeitig sind die notwendigen Infrastrukturen jetzt nicht zu haben. Dieses Dilemma muss als strukturelles transparent gemacht und in seinen Konsequenzen aufgezeigt werden. Es

müssen beide Perspektiven als gewollte und belebte für die Jugendlichen erkennbar sein: Die Initiierung langfristiger Maßnahmen mit konkreten strategischen Entscheidungen und die Umsetzung kurzfristiger lebensweltbezogener Angebote, Problemlösungen, Veränderungen.

„Die Digitalisierung finde statt, ob man sie haben wolle oder nicht, auch in öffentlichen Verwaltungen. [...] Nachdem er dachte, inzwischen im Dienstgebäude über modernste Konferenztechnik zu verfügen, habe ihm sein finnischer Kollege klargemacht, dass man über diese Technik in seinem Land bereits seit 30 Jahren verfüge.“ (SachvA346)

„[...] stellt fest, dass das Thema der heutigen Anhörung schon seit langem im Fokus der Politik stehe, ohne dass man bisher gute Lösungen gefunden habe.“ (SachvA778)

Jugendliche werden (zu) häufig dazu befragt, was in (ferner) Zukunft generell anders sein soll. Jugend findet aber jetzt und hier statt! Wenn es für die strukturellen Probleme jetzt keine (nahen) Lösungen gibt, dann muss das auch klar kommuniziert werden und die Jugendlichen können dann sowohl an der Problemdefinition als auch der Lösungssuche gleichberechtigt beteiligt werden. Gleichzeitig braucht es die Anerkennung der ungelösten Probleme im Hier und Jetzt, die zu ungerechten, ungleichen, widrigen Bedingungen mit erheblichem Einfluss auf die Alltagsgestaltung der Jugendlichen führt. Die Spannung zwischen ihrer konkreten Lebenswelt heute und den gesellschaftlichen Zukunftsprojekten kann nicht allein in die individuelle Lebensplanung der Jugendlichen hinein verlagert werden, sondern muss offensiv mit ihnen bearbeitet werden.

„Zudem kommt das Dilemma hinzu, dass eine Beteiligung an langwierigen Entscheidungsprozessen ihnen selbst meist nicht mehr zugutekommt und somit aus Nutzenerwägungen als irrational erscheinen muss.“ (Beierle et al. 2016: 44 f.)

STRUKTURELLE PROBLEME UND PRIVATE LÖSUNGEN

Am Beispiel Mobilität kann gut gezeigt werden, wie die Bearbeitung gesellschaftlich strukturell erzeugter Probleme immer wieder ins Private verschoben wird: Vor allem für die Jugendlichen in ländlichen Räumen besteht ein regelrechter Zwang, weite Entfernungen überwinden zu müssen, der nicht mit ausreichenden öffentlichen Mobilitätsangeboten einhergeht. Also werden dafür persönliche Lösungen gefunden. Damit wird aber die Verantwortung für die öffentliche, kommunale Daseinsvorsorge ins Private verlagert, wo faktisch ein unbezahlter, aber für die Familien finanziell und zeitlich mit hohen Lasten verbundener Leistungersatz erfolgt (z.B. fahren Eltern ihre Kinder mit dem Auto in die Schule, zu Freunden, zu Freizeitangeboten). Diese Verschiebung bedeutet für die Familien aber nicht nur einen hohen Aufwand, sie erschwert auch die Bewältigung von Herausforderungen des Jugendalters, beispielsweise die Ablösung aus dem Elternhaus, die Verselbständigung, das Integrieren in Peergroups.

Am Beispiel der Zentralisierung von Berufsschulstandorten wird deutlich, wie politische Entscheidungen ohne Beteiligung der Betroffenen bzw. Nutzer_innen zu Strukturen führen, die für diese zum Teil untauglich sind: Die Jugendlichen müssen sich mit langen Fahrtwegen, die Familien mit hohen Fahrtkosten arrangieren. Wahlmöglichkeiten einer bestimmten Berufsschule wurden eingeschränkt. Selbst wenn diese Strukturen in die Kritik geraten, wird an ihnen festgehalten, im besten Fall (nur schwerfällig) über Kompensationsmöglichkeiten nachgedacht. Kompensation heißt aber nur teilweise Entlastung des privaten Raums von Problemen, die dort nicht erzeugt werden und die es vor der Umstrukturierung deutlich weniger gab. Darüber vergeht Jugend, die jetzt und hier schwierige alltägliche Anpassungsleistungen erbringen muss, und es wird faktisch ein Bild der Unmöglichkeit gelingender Landjugend bzw. einer Bleibeperspektive erzeugt. Ganz entgegen dem Wunsch-Bild, dass um Jugend auf dem Land geworben wird, weil sie die regionale Zukunft sichert. Man treibt sie eher weg.

„Die Fahrtwege zu den Berufsschulen seien oft kaum zumutbar. Allein im Landkreis Vorpommern Greifswald betrage die Entfernung vom südlichsten Zipfel bis zur zuständigen Berufs-

schule rund 130 bis 140 Kilometer, obwohl Neubrandenburg nur 40 Kilometer entfernt liege. Es sei schwer zu vermitteln, warum die Berufsschule in Neubrandenburg nicht als Ausbildungsort in Frage komme.“ (SachvA239)

„In der Diskussion mit Jugendlichen habe man erschreckend und zugleich bewundernd festgestellt, wieviel Engagement, Kraft und Geld viele von ihnen aufbrächten, um ihre Ausbildung zu bewältigen. Die notwendigen Ausgaben für Mobilität reichten bis zu 350 Euro monatlich. Um den Ausbildungsort zu erreichen seien teilweise vier Stunden Fahrzeit pro Tag notwendig. Die Zahl derjenigen, die ihre Ausbildung aufgrund von Überlastungsbeschwerden abbrechen, habe drastisch zugenommen.“ (SachvA563)

In der „Corona-Krise“, als aufgrund der COVID-19-Regelungen der Alltag fast ausschließlich im Privaten, an den Wohnorten, in den Wohnungen der Jugendlichen stattfand, hat sich deutlich gezeigt, wie sich strukturelle, öffentliche Probleme wie selbstverständlich ins Private verschieben. Der Anspruch, bisher institutionell abgesicherte formale und informelle Bildung zwar anders, aber doch aufrechtzuerhalten, sollte nun allein von den Familien umgesetzt werden, ungeachtet der Voraussetzungen und Ressourcen, die ihnen dafür überhaupt zur Verfügung standen.

„Es wurde davon ausgegangen, dass in kürzester Zeit alle möglichen Lebens-, Ausbildungs- und Freizeitbereiche digitalisiert werden können: Das persönliche Leben, Freundschaften und Familienbeziehungen ebenso wie Arbeit, Ausbildung, Studium und Schulen. Nicht nur die Organisationen und Bildungskonzepte konnten sich nicht so schnell umstellen, auch die technische Ausstattung ist für die meisten jungen Menschen nicht gegeben. So besitzen die meisten zwar ein Smartphone, aber nicht unbedingt einen Rechner oder die Haushalte verfügen über keine entsprechenden Internetverbindungen und ausreichend Datenvolumen. Auch die Systeme selbst waren nicht darauf ausgelegt und es kommt immer wieder zu Verbindungsstörungen oder überlasteten Verbindungen“ (Andresen et al. 2020).

Diese Spannung zwischen öffentlicher Verantwortung und bürgerschaftlich engagierter bzw. privat organisierter Verantwortungsübernahme soll und kann aber auch nicht vollständig durch öffentliche Angebote aufge-

löst werden. Es wird immer ein Zusammenspiel beider Formen geben, wichtig ist aber, dass die zivilgesellschaftlichen und privaten Leistungen sichtbar gemacht, gewürdigt und auch durch entsprechende Rahmenbedingungen gefördert und gestützt werden.

ANERKENNUNG DER JUGENDLICHEN

Egal, ob Jugendclubs geschlossen werden, die Fahrtkosten zur Ausbildung allein getragen werden müssen, Schultoiletten stark verschmutzt sind, der Angelschein für Jugendliche genau so viel kostet wie für Erwachsenen, Studiengänge landesweit abgeschafft werden etc. □ die Jugendlichen erfahren in ihrem Alltag wenig Anerkennung bzw. nehmen diese als bloßes Lippenbekenntnis wahr. Sie müssen wertschätzende strukturelle Rahmenbedingungen in ihren Lebenswelten den Erwachsenen immerzu abringen, auch in Kontexten, in denen es andernorts bereits gelingende Handlungsansätze und Lösungen gibt (es also nicht generell unmöglich ist).

„Gerade im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern sind Berufsschülerinnen und Berufsschüler mit hohen Mobilitätskosten konfrontiert. Die finanzielle Unterstützung des Landes ist nach wie vor nicht ausreichend. [...] Es ist nicht wertschätzend, Auszubildende mit 300 bis 400 Euro abzuspeisen. Auch die Erhebung von Schulgeld in der Berufsausbildung ist nicht angemessen und abzuschaffen.“ (JugA454)

Wenn es um die Interessen Erwachsener geht, z.B. bei der Sicherung des Fachkräfte-Nachwuchses, dann werden (einzelne) Jugendliche umworben, werden Bedingungen geschaffen, die ihnen sonst nicht zur Verfügung stehen. Alltagbezogene Problemlösungen und Anreize sind dann möglich. Offenbar ist genau bekannt, vor welche Herausforderungen die Jugendlichen stehen. Es bleibt die Frage, warum es nicht grundsätzlich solche (einfachen) Lösungen geben kann. Auch hier scheint es, muss sich die Investition in Jugendliche auszahlen, haben diese keinen Anspruch auf einen gesellschaftlich anerkannten Eigenwert und eine daraus abgeleitete generelle lebensweltorientierte Förderung.

„Auch Unternehmen unterstützten die Jugendlichen. So habe ein kleiner mittelständischer Betrieb Fahrt- und Unterkunftskosten eines Auszubildenden in Höhe von 540 Euro übernommen,

weil die Mutter diese Kosten nicht aufbringen konnte.“ (SachvA239)

BENACHTEILIGUNG (DURCH ARMUT)

„Über ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern sind von Armut betroffen oder gefährdet. [...] Die Situation der Kinder ist direkt an die berufliche und gesellschaftliche Integration der Eltern gekoppelt. Bildungs- und Einkommensarmut des Elternhauses sind wesentliche Risikofaktoren, die die Gestaltung einer anregungsreichen Umgebung für Kinder erschweren, die Familienbeziehungen belasten und damit auch die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern beschränken.“ (AbgA875565)

Familiale Rahmenbedingungen bestimmen nach wie vor die Möglichkeitsräume von Jugendlichen. Entsprechend wirken sich ökonomisch benachteiligte Familienkontexte auf die Zukunftsorientierung der Jugendlichen aus, soziale Benachteiligungen werden so über Generationen fortgeschrieben (vgl. Schulz 2017). Da Armut von den Betroffenen unterschiedlich wahrgenommen wird und auch unterschiedliche Folgen hat, braucht es für die Entwicklung entsprechender pädagogischer Konzepte und einer unterstützenden Praxis wieder dringend die Beteiligung der Jugendlichen. Die Frage ist, wie bestehende Strukturen, z.B. der Jugendarbeit, so umgebaut werden können, dass sie die Potentiale und Stärken aller Nutzer_innen fördern und Benachteiligungen entgegenwirken. Und wie diese Angebote offensiv an die von Armut betroffenen Jugendlichen herangetragen werden können, so dass Benachteiligungs- und Stigmatisierungsprozesse unterbrochen werden.

„Gegenwärtig gebe es etwa 150 familienbezogene Leistungen in Deutschland. Da verlören selbst die Experten die Übersicht. Hier sei eine strukturelle Vereinfachung dringend geboten. Es brauche aber auch Vermittler und Scharnierstellen, wo Betroffene für sie relevante Informationen bekämen.“ (SachvA778)

Armut ist ein gesellschaftliches Phänomen, dass nicht einfach weg-bearbeitet werden kann. Für die betroffenen Kinder und Jugendlichen bedeutet es in der Regel eine Verschärfung aller bereits beschriebenen Pro-

blemlagen und damit eine enorm prekäre Alltagsbelastung. Diese muss zunächst zur Kenntnis genommen und in ihrem Ausmaß und ihren Folgen systematisch beschrieben werden. Dafür braucht es eine übergreifende Sozialberichterstattung auf einer einheitlichen Datenbasis, um vagen Argumentationen etwas entgegensetzen zu können.

Alle Institutionen und Fachkräfte, die für und mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, müssen für die Armutproblematik sensibilisiert werden, damit weitere Benachteiligungen abgemildert und neue Zugänge für die Betroffenen gefunden werden können. Dafür muss die Abfederung von Armut zum konkreten Auftrag dieser Institutionen werden, denen dann entsprechende konzeptionelle Überlegungen abgefordert werden. Diese sollten es Kindern und Jugendlichen in Armut – wie allen anderen auch – ermöglichen, in den Institutionen eigene Zugänge zu finden und stärkende neue Erfahrungen zu machen. Diese Konzepte müssen aber mit entsprechenden Ressourcen (Geld, qualifiziertes Personal) unteretzt werden, damit sie wirksam werden können. Solange Angebote der Kinder- und Jugendarbeit selbst unter ständigen prekären Verhältnissen arbeiten, können sie nur schwer eine kontinuierliche armutssensible Arbeit entwickeln.

„Als Lösungsansatz sehe sie zumindest zwei Standbeine, zum einen die Verbesserung der finanziellen Situation von Familien, zum anderen jedoch finanzielle Leistungen, die wirklich am Bedarf festgemacht würden. Ein weiteres wichtiges Instrument, das vielfach auch in Länderhoheit liege, sei die Verbesserung der institutionellen Infrastruktur. Es müsse stets mitgedacht werden, wie Armutsfolgen abzufedern seien, um generationenübergreifende Teufelskreise aufzubrechen.“ (SachvA778)

„[...] sieht das Hauptproblem in der mangelnden Verstetigung von Projekten. Viele liefen nach zwei oder drei Jahren aus, weil weder das Land noch die kommunale Ebene sich in der Lage sähen, hierfür weiter Mittel zur Verfügung zu stellen. Eine Institutionalisierung könne dem entgegenwirken.“ (SachvA778)

Armut als gesellschaftliches Problem braucht das politische Engagement der Fachkräfte, die auf diese unhaltbare Lebenssituation immer wieder öffentlich aufmerksam machen und politische Forderungen stellen. Auch den

Jugendlichen (und damit sind alle gemeint) muss in der pädagogischen Arbeit aufklärend deutlich gemacht werden, dass Armut zunächst ein strukturelles Problem ist, das zu Chancenungleichheit und in der Folge zu persönlichen Problemen führt. Vor diesem Hintergrund können dann unter der Beteiligung der Jugendlichen integrierende Ideen und gerechtere Zugänge für den jeweiligen institutionellen Zusammenhang erarbeitet und umgesetzt werden.

„Daher sollte Ziel der Bekämpfung von Kinderarmut sein, Kinder und Jugendliche die Erfahrung machen zu lassen, dass sie selbst etwas bewirken könnten. Solange ihnen die dafür nötigen Freiräume und Vorbilder jedoch fehlen, verkümmert deren Glaube an sich selbst und an die eigene Zukunft.“ (SachvA778)

„Die bildungsferneren Schichten seien nur schwer zu erreichen. Ein gangbarer Weg könnte die stärkere Einbeziehung der Kinder aus diesen Elternhäusern in konkrete [Projekte] sein.“ (SachvA446)

Auch wenn es nicht explizit in den Anhörungen und an den Thementischen angesprochen wurde, so muss an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass es neben Armut noch weitere Benachteiligungs- bzw. Diskriminierungskontexte gibt, die als Querschnittskategorien über allen genannten Themen liegen und sich zum Teil gegenseitig noch verstärken: Geschlecht, Behinderungen, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung etc. Für diese muss, v.a. in der Jugendarbeit, gleichermaßen sensibilisiert und weitergebildet werden, um Chancengerechtigkeit herzustellen.

POLITIKINTERESSE UND -VERSTÄNDNIS DER JUGENDLICHEN

Auf die Frage nach ihrem Politikinteresse reagieren die Jugendlichen überwiegend abwehrend. Sie unterscheiden zwar in Bundespolitik, die für sie eine Parteienpolitik ist, und Kommunalpolitik, die für sie an konkrete Personen gebunden und etwas zugänglicher, interessanter ist. Aber auf beiden Ebenen fühlen sie sich nicht gut informiert und sprechen sich selbst nur wenige Kompetenzen zu, um bei (kommunal)politischen Themen mitzureden. Wenn Politik als Alltagsgeschehen in der Kommune verstanden und dieses Verständnis auch den Jugendlichen nahegebracht und

erfahrbar gemacht würde, dann könnte das Ansatzpunkte für Arbeit mit Jugendlichen bieten, um an konkreten Entscheidungen vor Ort gemeinsam mit den Jugendlichen von der Problemdefinition bis zur Umsetzung von Lösungsideen zu arbeiten, und auf diese Weise auch politische Erfahrungen zu gewinnen.

„Politik ist nicht wirklich so unser Thema, versteht man nur Bahnhof. [...] Ich würde es besser finden, wenn man das mal für uns Jugendliche erklärt, so dass man das auch besser versteht. Vielleicht kann man das in der Schule früher unterrichten, ab 6. Klasse.“ (TT)

„Mit der restlichen Politik in Deutschland will ich nichts zu tun haben. Will auch nicht wählen gehen. Aber für mein Dorf will ich schon was machen.“ (TT)

Aus Sicht der meisten Jugendlichen ist Politik etwas für (ältere) Erwachsene, bei dem ihre Interessen kaum berücksichtigt werden. Sie erleben Politiker_innen als konservierend, wenig risikobereit, vorrangig auf ihre Wiederwahl bedacht. Und auch einen Großteil der erwachsenen Wähler_innen nehmen sie so wahr. Wenn sie als Jugendliche übergangen werden oder die Kommunalpolitik für sie nicht mehr vertrauenswürdig ist, dann verlieren die Jugendlichen schnell das Interesse an Politik und ziehen sich in den privaten Raum zurück.

„Sie [die erwachsenen Wähler_innen] wollen, dass es so bleibt wie es ist, damit es nicht schlechter wird.“ (TT)

„Die Slogans in der Wahl sollen auch umgesetzt werden. Die Dinge sollen konkret gemacht werden z.B. neue Gehwege bis 2022. Die halten das alle nicht ein und werden trotzdem wiedergewählt. Verstehe ich nicht.“ (TT)

Jugendliche fühlen sich in machtvollen (kommunal)politischen Prozessen eher ohnmächtig, weil sie nicht gesehen, gefragt, gehört werden. Sie erleben (Kommunal)Politik auch nicht als offene Vermittlung zwischen unterschiedlichen Interessen. Vor diesem Hintergrund thematisieren sie Generationskonflikte, in denen sie kaum gleichberechtigte Chancen haben.

„Jeder Bürgermeister hat es nur noch schlechter gemacht. Wir dürfen nicht mehr auf den Platz seit der Rasen neu ist. Dann beschweren sich die

Rentner. Alle anderen sind abgezäunt und wir dürfen nicht rauf. Auf einen anderen Platz wurde ein Altersheim gebaut.“ (TT)

Auf der anderen Seite sind Jugendliche sehr engagiert, haben kreative Ideen, wie ihre Altersgruppe besser politisch Gehör finden kann, z.B. „...dass es eine extra Wahl für Jugendliche gibt, bei der Junge Menschen gewählt werden, die sich für die Interessen von Jugendlichen in der Politik einsetzen.“ (TT) Sie wollen auf der politischen Ebene als Jugendliche gesehen werden und sich einbringen können. Dafür brauchen sie eine direkte Ansprache und Aufklärung über Partizipationsrechte und -möglichkeiten.

PARTIZIPATION MUSS GELERNT, GEWOLLT, GENUTZT WERDEN

Verhandlung der Alltagsthemen

Die Themen der älteren und der jüngeren Generation sind auf den ersten Blick häufig die gleichen, z.B. bezahlbarer Wohnraum, Versorgung, Mobilität. „Alle Schwerpunkte der Enquete-Kommission ‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘ betreffen auch die junge Generation“ (SachvA129). Das macht einerseits gemeinsame Strategien der Bearbeitung möglich, schafft Synergien und erhöht die Akzeptanz dieser Themen in der öffentlichen Diskussion. Andererseits verstellt es aber auch den Blick auf die spezifische Weise, mit der Jugendliche ihre Themen bearbeiten (wollen) und verdeckt damit deren eigenständige Interessen.

„Das bedeute für ihn, der Jugend vor allem erst einmal zuzuhören, um daraus eigene Schlussfolgerungen zu ziehen. Es komme nicht darauf an, seine eigene Meinung durchzusetzen, sondern im Gespräch nach Schnittmengen zu suchen.“ (SachvA670)

Erwachsene sehen sich häufig als gute Stellvertreter_innen für Jugendliche, wollen sich um deren Angelegenheiten kümmern und meinen, selbstverständlich auch in deren Sinn zu agieren bzw. besser zu wissen, was Jugendliche brauchen. Obwohl diese Position oft unterstützend und gut gemeint ist, so sprechen Erwachsene doch durch die Brille ihrer eigenen generationalen Erfahrungen der Wirklichkeit. Diese können aber nicht als Modell erhalten, um heutige Jugend zu inter-

pretieren. Das müssen sie auch nicht, denn Jugendliche können für sich sprechen – sie sind die Expert_innen ihrer Lebenswelt. Und Erwachsene können einen Schritt zurücktreten, zuhören und verstehen, was die Jugendlichen über sich und die Welt, ihren Alltag, ihre Pläne etc. denken und sagen. Das ist eine Grundvoraussetzung auch für Partizipation.

„Er macht darauf aufmerksam, dass fast jeder der Abgeordneten Kinder oder Enkelkinder habe. Er geht davon aus, dass die Abgeordneten die Auswirkungen von Landtagsbeschlüssen auf die junge Generation bei ihren Entscheidungen berücksichtigten.“ (AbgA129)

Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung, das sie sich immer wieder erstreiten, argumentativ legitimieren müssen. Häufig wird darauf verwiesen, dass die Jugendlichen bei den Themen mitsprechen sollen bzw. dürfen, die ihre Interessen berühren. Das reduziert ihre Mitsprache oft auf wenige spezielle Jugendthemen, übersieht aber, dass fast alle Entscheidungen, die heute für die Zukunft getroffen werden, die künftigen Lebenswelten der heutigen Jugend betreffen. Der Anspruch, Jugendliche als Expert_innen ihres Lebens anzuerkennen, schlägt sich bisher kaum in der konkreten Lebenswelt junger Menschen nieder.

Strukturelle Bedingungen, die die Jugendlichen als ungenügend und hinderlich kritisieren, sind in der Regel nicht leicht zu verändern (ÖPNV, lange Wege, kein Internet). Sie werden aber (sowohl öffentlich als auch in den Anhörungen des Sozialausschusses) breit thematisiert. Andere Alltagsbelange der Jugendlichen ließen sich deutlich einfacher beteiligungsorientiert ausgestalten, weil sie kleinere Struktureinheiten betreffen (Mitsprache bei Klassenfahrten, der Stundenplangestaltung, der Schaffung eines Aufenthaltsraums, den Kosten für Angelschein etc.). Allerdings ist die Erfahrung der Jugendlichen, dass sie (auch) auf dieser Ebene nicht gefragt werden, nicht mitsprechen dürfen. Ihre Interessen und Vorstellungen werden entweder gar nicht erst gehört oder übergangen.

Ist eine beteiligungsorientierte Ausgestaltung der alltäglichen Lebenswelten der Jugendlichen schon so zäh und unambitioniert, so finden deren Alltagsthemen erst recht kaum Eingang in politische Entscheidungen, an denen sich die Jugendlichen beteiligen können. Es muss vielmehr darauf geachtet werden, dass

sie neben den „großen“ Themen nicht wegen scheinbarer „Banalität“ völlig übergangen werden. Vor allem in diesen Alltagskontexten liegt aber das Engagement der Jugendlichen, hier ist ihr starker Veränderungs- und Gestaltungswille erkennbar, hier könnte (Selbst) Wirksamkeit aufgezeigt werden.

„Die jungen Menschen machen in demografischer Hinsicht nur noch eine Minderheit aus und beteiligen sich überwiegend bei politischen Themen, die vor allem ihr persönliches Leben betreffen und von denen sie sich angesprochen fühlen. Im Gegensatz zur Vergangenheit spielen jugendpolitische Themen und die Verteidigung einer „Jugendposition“ in der Gesellschaft bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine untergeordnete Rolle.“ (Schulz 2017)

Beteiligung – so losgelöst von den lebensweltlichen Interessen der Jugendlichen – wird zu einer zusätzlichen (belastenden) Aufgabe, in die sie aus Legitimationsgründen hineingezogen werden, die aber meist zu keinem greifbaren Ergebnis, keiner Verbesserung im Hier und Jetzt der Jugendlichen führt.

Beteiligungsstrukturen

Jugendliche wollen sich beteiligen. Dafür braucht es bestimmte Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Traditionelle öffentliche Beteiligungsformen sind für Jugendliche häufig auf verschiedene Weise nur schwer zugänglich:

- › Sie können wegen mangelnder Mobilität die Orte, an denen Beteiligung stattfindet, nicht erreichen.
- › Die Beratungen finden zu Zeiten statt, an denen Jugendliche nicht verfügbar sind (z.B. vormittags oder am späteren Abend).
- › Den Jugendlichen wird nicht in einer ihnen verständlichen Sprache transparent gemacht, um was es geht und sie erhalten nicht umfassend und proaktiv die Informationen, die für eine wirkliche Beteiligung Voraussetzung sind.
- › Darüber hinaus werden Beteiligungsformate und -methoden gewählt, die die Jugendlichen nicht ansprechen, nicht in ihrer Lebenswelt verankert sind.
- › Häufig erfahren die Jugendlichen gar nicht von Beteiligungsmöglichkeiten, weil niemand sie informiert oder Kommunikationskanäle für Bekanntmachungen genutzt werden, die nicht jugendgemäß sind.

„Informationen und Transparenz tragen [...] dazu bei, dass Beteiligungen und Entscheidungen qualifizierter ablaufen.“ (SachvA129)

„Diese [Kommunikationswege] sind für Jugendliche oft wenig transparent, da man weniger kleine Spalten in Zeitungen oder Bekanntmachungen von Gemeinden in Schaukästen verfolgt.“ (JugA670)

Die Jugendlichen suchen für ihre Beteiligung Strukturen, in denen sie als gleichberechtigte Akteur_innen anerkannt sind. Diese finden sie nicht leicht, da traditionelle Beteiligungsformate sichtbar von Erwachsenen dominiert sind. Es kann aber nicht den Jugendlichen allein überlassen bleiben, sich in die bestehenden Strukturen möglichst störungsfrei einzupassen, um ihre Beteiligungsrechte wahrnehmen zu können, sondern die Strukturen müssen sich so ändern, dass sie eine gleichberechtigte Beteiligung aller, also auch der Jugendlichen, ermöglichen. Strukturelle Barrieren, die nicht unmittelbar zu beseitigen sind, können aber durch entsprechende Haltungen der Erwachsenen abgesenkt werden, indem weniger die Frage nach dem Ob, sondern die nach dem Wie der Beteiligung Jugendlicher gestellt wird.

„Es könne aber nicht sein, dass Jugendlichen alles auf einem Silbertablett hinterhergetragen werde. Wer sich einbringen möchte, egal in welchem Bereich, habe hierzu auch die Möglichkeiten. Wer etwas bewegen wolle, finde auch die notwendigen Wege.“ (AbgA670)

„[Er] wirbt dafür, nicht nur Sonderinstitutionen zu schaffen, sondern darüber zu diskutieren, wie Jugendliche für die Institutionen mobilisiert werden können, die die Entscheidungen treffen.“ (SachvA129)

Partizipation von Jugendlichen fordert aber auch heraus, stellt das bisher aus Sicht der Erwachsenen Bewährte in Frage. Denn konsequente Beteiligung von Jugendlichen bedeutet meist Aufstörung des Bestehenden. Das allein kann Beweggrund sein, sie zu vermeiden, zumal bei Veränderungen der Aufwand zunächst immer erst einmal steigt. Die fast reflexhafte ‚Bändigung‘ des Beteiligungsbegehrens der Jugendlichen und eine Sicherung der gewohnten Verfahren und Positionen durch (machtvolle) Erwachsene sind oft erste Reaktionen.

„Eine weitere Aufblähung der Verwaltung durch Beteiligungsfonds oder ein Partizipationsgesetz ist abzulehnen.“ (AbgA875564)

„Generell dürfe es eine Beteiligung nur da geben, wo diese wirklich sinnvoll sei, um Verfahren nicht unnötig zu erschweren und dadurch eventuell Investoren abzuschrecken.“ (AbgA886)

Gleichzeitig müssen im Sinne einer gleichberechtigten Beteiligung aller auch die Argumente wahrgenommen und geprüft werden, die durch bestimmte Beteiligungsformate eine Überforderung der Institutionen befürchten. Beteiligung von Jugendlichen scheint immer wieder im Spannungsfeld von Ermöglichung und Begrenzung stattzufinden, das kann – auch gegenüber den Jugendlichen – thematisiert und im Beteiligungsprozess berücksichtigt werden. Eine von vornherein in die Schranken verwiesene Beteiligung kann allerdings nur wenig Dynamik und Wirksamkeit entfalten und wird eher als Alibiveranstaltung einschlafen.

Weil sich bestehende Strukturen häufig als resistent und unflexibel im Hinblick auf eine Öffnung und beteiligungsorientierte Entwicklung zeigen, werden den Jugendlichen meist explizit für sie veranstaltete Beteiligungsprojekte und -formate angeboten. Diese führen dazu, dass Jugendliche meist unter sich sind und von wenigen Erwachsenen, meist pädagogischen Fachkräften, unterstützt werden. Damit kann für sie kaum sichtbar werden, dass ihre Position gleichberechtigt neben anderen steht und argumentative Aushandlungen mit unterschiedlichen Interessengruppen nötig sind.

„Auf der gemeindlichen Ebene hingegen, in den Gemeindevertretungen, deren Ausschüssen und über sachkundige Einwohner kann viel mehr bewirkt werden. Daher plädiert der Städte- und Gemeindetag dafür, die bestehenden Institutionen stärker zu öffnen und dafür zu werben, sich dort einzubringen. Dort könnten die Entscheidungen getroffen werden. Das Entscheidende dabei ist, unterschiedliche Interessen in Einklang zu bringen. Das erfordere unter anderem Kompromissbereitschaft.“ (SachvA129)

Die Jugendlichen sind häufig unsicher, wie sie sich beteiligen können. Sie wollen deshalb gern angesprochen und gefragt werden. Ihnen sind die Strukturen, in denen eine Beteiligung möglich ist, meist gar nicht bekannt

und schon gar nicht so vertraut, dass sie sich spontan darauf einlassen würden. Sie bleiben dann auf ihren Ideen sitzen, können nicht sehen, an welchen Orten und über welche Personen sie diese einbringen können.

„Lediglich Landtagsabgeordneter XX, wohnhaft im Nachbarort, sucht häufig das Gespräch mit den Schüler_innen. Er erkundigt sich nach dem Wohlbefinden und dem Interesse, möchte herausfinden, womit die Jugendlichen unzufrieden sind.“ (TT)

Die Jugendlichen suchen und brauchen auch Wissen und Kompetenzen, um überhaupt kritische Anfragen und ihre eigenen Positionen, die sie in (öffentliche) Diskussionen einbringen wollen, entwickeln und ausdrücken zu können. Dafür müssen Ressourcen und geschützte Entwicklungsräume (Orte, Personen, Methoden) zur Verfügung gestellt werden. In solchen Räumen können dann auch selbstinitiierte Teilnehmungsformen erprobt werden, bei denen die Jugendlichen nicht auf Einladungen oder besondere Teilnehmungsprojekte warten, sondern ihre Themen selbstbewusst und selbstbestimmt einbringen, die anderen (Jugendliche und Erwachsene) zur Auseinandersetzung damit einladen und damit konkreten Einfluss auf Entwicklungen nehmen.

Partizipation kann bestehende soziale Ungleichheit und Benachteiligung noch verstärken, auch wenn sie diesen eigentlich entgegenwirken soll. Das passiert vor allem dann, wenn sie in Formaten stattfindet, die eher ausdrucks- und kommunikationsstarke Jugendliche anspricht. Ohnehin sozial benachteiligte Jugendliche sind ohne zusätzlich zur Verfügung gestellte Ressourcen, die ihnen gleichermaßen Zugänge zu Teilnehmungsprozessen ermöglichen, sie also überhaupt erst zur Partizipation befähigen, eher partizipationsabstinent (vgl. Lindner 2015).

„Die Hürden, in die Rathäuser zu kommen, ist nach wie vor sehr hoch und die Bereitschaft, sich abends in eine Ratssitzung mit einhundert Menschen zu setzen, die man nicht kennt, ist schon bei Erwachsenen kaum ausgeprägt. Bei Jugendlichen schaffen das nur jene, die sehr teilnehmungsaffin und politikinteressiert sind. Man kann jugendgerechtere Wege suchen und beschreiten.“ (SachvA129)

Teilnehmung braucht Zeit. Frei verfügbare Zeit ist aber für viele Jugendliche, v.a. in ländli-

chen Räumen mit weiten Wegen sowie vielen Wartezeiten, knapp. Auch aus Zeitgründen verzichten deshalb einige Jugendliche auf die Besetzung von Positionen in Teilnehmungsstrukturen (z.B. Klassensprecher_in).

„Nur wenige Schüler_innen wollen wirklich Klassensprecher werden, da man häufig zu Konferenzen muss.“ (TT)

Teilnehmung muss Nutzen bringen

Eine wesentliche Erfahrung der Jugendlichen ist, dass Mitentscheiden nichts bringt. Teilnehmung muss einen konkreten Nutzen erzeugen und Selbstwirksamkeit direkt erfahrbar machen. Pseudoangebote werden von den Jugendlichen schnell durchschaut (z.B. Gesprächsangebote der Lehrkräfte, die sich aber den Argumenten der Schüler_innen verschließen).

„Es bringe sowieso nichts mitzuentcheiden. Die Lehrer_innen fragen zum Beispiel, welches Essen im Kochkurs gekocht werden sollte, aber entscheiden letztlich doch selbst.“ (TT)

Vielfach nehmen die Jugendlichen die ihnen angebotenen Teilnehmungsmöglichkeiten nicht als tatsächliche Partizipation wahr. Sie können häufig nur aus vorgegebenen begrenzten Alternativen auswählen. Greifbare Ergebnisse bleiben für sie dann oft aus. Aber die Jugendlichen durchschauen, wenn sie nur dazu genutzt werden, bestimmte Projekte, Entscheidungen etc. der Erwachsenen zu legitimieren. Diese Scheinteilnehmung führt in der Regel zu Enttäuschung, Resignation sowie Teilnehmungs- und Demokratiemüdigkeit auf Seiten der Jugendlichen. Wenn Teilnehmung ernst gemeint ist, dann müssen Jugendliche bereits an den Problemdefinitionen und der Lösungssuche beteiligt werden.

„Der [...] Umschlagpunkt ist erreicht, wenn die überreichten Einladungen zur zahlreichen Mitwirkung in Überforderung und Partizipationsmüdigkeit umschlagen (Müssen wir nun etwa schon wieder mitbestimmen?)“ (Lindner 2015).

Auch die explizit für Jugendliche organisierten Teilnehmungsprojekte nehmen diese zum Teil als Scheinteilnehmung wahr, weil sie nicht mit wirklich relevanten Entscheidungen und konkreten Konsequenzen im Alltag verbun-

den sind. „Dies gilt vor allem dann, wenn der sonstige Alltag in der Institution durch fehlende Partizipationsmöglichkeiten und autoritäre Verhaltensweisen geprägt ist und die Kinder und Jugendlichen den Eindruck gewinnen, dass ihnen nicht mit Respekt begegnet wird“ (BJK 2009).

Bei der Diskussion um die Beteiligung von Jugendlichen geht es immer wieder um die Fragen, wie sie dafür zu motivieren sind, welche Themen und Ziele der Erwachsenen sie unterstützen sollen, wie sie sich mehr engagieren können etc. Oft sind diese Fragen förderlich gemeint, aber sie bringen die Jugendlichen in eine Objektposition, die mit einer Zweck-Mittel-Relation, einer Verwertungslogik („return on investment“) verknüpft wird. Die Jugendlichen haben dann das Gefühl, dass es nicht um sie geht, sondern um eine Verbesserung von Problemlagen aus einer Erwachsenen-, häufig auch parteipolitischen Perspektive. Das ist oft schwer zu erkennen, denn die Themen der Erwachsenen und der Jugendlichen können sich durchaus decken.

„Es könne nicht nur ein Recht eingefordert werden, sondern es müsse dafür auch eine Gegenleistung angeboten werden.“ (AbgA886)

„Die stillschweigende Übereinkunft [hinter der Instrumentalisierung] läuft darauf hinaus, dass man Kinder und Jugendliche in spezifischen Entscheidungsbereichen oder Handlungsfeldern beteiligen kann, wenn es zufällig den Interessenlagen und Bedürfnissen beteiligter erwachsener Akteursgruppen entgegenkommt, es allerdings auch lassen kann, wenn solche Gründe nicht gegeben sind“ (Bertelsmann Stiftung 2019: 8).

Interessant ist, dass sich die Jugendlichen selbst auf diese Nutzen-Argumentation aus Sicht der Erwachsenen einlassen. Auch ihre Forderungen nach mehr Beteiligung begründen sie teilweise mit dem Nutzen, den diese den Erwachsenen oder der Region bringt.

„Zudem werde den Kindern und Jugendlichen durch Beteiligungsverfahren ein Gefühl vermittelt, vor Ort gebraucht zu werden. Und wer gebraucht werde, ziehe nicht weg.“ (JugA886)

Nicht-Beteiligung

Es muss aber auch möglich sein, dass sich die Jugendlichen an einem bestimmten Vorhaben nicht beteiligen wollen. Das bedeutet

dann in der Regel nicht, dass sie prinzipiell kein Interesse daran haben, mitzuwirken. Es darf also nicht gefolgert werden, in den Bemühungen um die Jugendlichen, für die eine konsequente Beteiligung zunächst auch ungewohnt ist, nachzulassen. Vielmehr muss durch die Erwachsenen erkundet werden, welche Ressourcen und Zugänge die Jugendlichen benötigen, um sich beteiligen zu können.

(Scheinbare) Nicht-Beteiligung junger Menschen kann vielfältig gelesen werden. Je nach Haltung der Erwachsenen führt sie entweder zur reflektierenden Hinterfragung von vorgegebenen Beteiligungsstrukturen, zur Aufdeckung von eher ungewohnten Beteiligungsformen (Widerstand, Entzug etc. als bewusste Entscheidung des so nicht Mittuns), die insgesamt wenig Aufmerksamkeit bekommen, oder zu ablehnenden Zuschreibungen („Die wollen sich doch gar nicht beteiligen.“). Die mit letzterem verbundenen Ausschließungspraktiken bleiben häufig verdeckt und führen zu Schuldzuweisungen an die Jugendlichen. Das wiederum kann zu andauerndem Ausschluss führen.

Es geht viel Engagementpotential verloren, wenn Jugendliche immer wieder damit beschäftigt werden, sich an Diskussionen zu beteiligen, in denen über die Rechte, Formen, Vorteile etc. ihre Beteiligung diskutiert wird. Diese wird skeptisch hinterfragt, den Jugendlichen werden entsprechende Kompetenzen abgesprochen und sie müssen sich immer wieder in bestehenden unflexiblen Strukturen der Erwachsenen als partizipationstauglich und „Mini-Expert_innen“ bewähren. Das lenkt ab von einem fehlenden entschlossenen Willen der Erwachsenen, insbesondere in Schlüssel- und Entscheidungspositionen, Beteiligung von Jugendlichen zu ermöglichen. Diese Debatten in den immer gleichen Kreisen wirken, als ob damit die Hoffnung verbunden wäre, dass alles doch anders, leichter, ohne die Jugendlichen direkt dabei zu haben ginge.

„Jugendliche haben das Empfinden, dass ihre Belange in der Gesetzgebung weniger berücksichtigt werden als die Interessen anderer Altersgruppen.“ (JugA454)

Partizipation von Jugendlichen hängt immer noch stark von den Haltungen einzelner Erwachsener in Machtpositionen ab. Artikel 12 Absatz 1 der UN-Kinderrechtskonvention, die am 05. April 1992 in Deutschland in Kraft ge-

treten ist, verpflichtet die Vertragsstaaten, dem Kind das Recht auf freie Meinungsäußerung zuzusichern. Die Konvention normiert ein (leider nicht einklagbares) Recht, ohne Anspruch auf eine (rechts)verbindliche Umsetzung. Entsprechend beliebig erleben die Jugendlichen die konkrete Auslegung und Umsetzung. Darüber hinaus werden häufig die für die Einlösung der Rechte notwendigen Ressourcen (Sachkosten, Finanzierung von Fachpersonal etc.) nicht oder nicht im benötigten Umfang bereitgestellt, so dass die Rechte nicht wirksam werden. Akteur_innen vor Ort müssen sich deshalb für die Beteiligung von Jugendlichen verantwortlich fühlen und entsprechende transparente Verbindlichkeiten schaffen. Nur so kann „eine strukturelle Nachhaltigkeit im Sinne verlässlicher, situations- und personenunabhängiger Partizipationsangebote für Kinder und Jugendliche“ entstehen (BJK 2009). Die Erfahrungen mit anderen Altersgruppen (z.B. den Kreis seniorenbeiräten) zeigen, dass sich durch eine Anerkennung von Beteiligungsrechten, das mutige Durchbrechen von liebgewonnenen Gewohnheiten und die Schaffung von verbindlichen Strukturen neue Selbstverständlichkeiten entwickeln.

„Nichts verändert die kommunale Mitwirkungslandschaft so sehr, wie eine Änderung der Gemeindeordnung. In dem Moment, wo eine Kinder- und Jugendbeteiligung zur Muss-Bestimmung werde, veränderten sich die Strukturen vor Ort.“ (SachvA129)

Ganz eng mit dem Recht auf Beteiligung wird die Frage der Verantwortung der Jugendlichen von den Erwachsenen diskutiert. Das eine sei ohne das andere nicht zu haben. Die Jugendlichen wollen Verantwortung übernehmen, bekommen sie aber nicht. Die Erwachsenen sprechen den Jugendlichen die Verantwortung ab, weil sie für die Konsequenzen ihrer Entscheidungen nicht haftbar gemacht werden können. Aus ähnlichen Gründen wird auch um eine Absenkung des Wahlalters intensiv gestritten, weil einige Kommunalpolitiker_innen befürchten, dass die Jugendlichen dann wählen würden, ohne die Verantwortung für Wahlergebnisse bzw. die Folgen daraus tragen zu müssen. Den Jugendlichen wird viel zugemutet, aber wenig zugetraut und dabei wird übersehen, dass die Art und Weise der Bearbeitung der gesamtgesellschaftlichen Themen heute sehr wohl morgen in der

Konsequenz von den Jugendlichen getragen werden muss.

„Jungen Menschen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, ihr Lebensumfeld und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Das impliziert die Übertragung von Verantwortung.“ (JugA454)

„Es kann nicht sein, dass ältere Menschen über die Köpfe der Jugendlichen hinweg über deren Zukunft entscheiden. Schulische und außerschulische Bildung tragen dazu bei, dass die Jugend verantwortungsbewusst mit Wahlen umgeht. [...] Die hierzu im Landtag geführten Machtkämpfe sind auf dem Rücken der Jugendlichen ausgetragen worden.“ (JugA454)

Die Jugendlichen selbst fordern für die Sicherung ihrer Rechte und Interessen formale Strukturen ein, z.B. einen Jugend-Check, der die Politik auf allen Ebenen dazu zwingt, die Auswirkungen aller Gesetzesentwürfe und kommunalpolitischen Entscheidungen auf Jugendliche zu analysieren und das Interesse von Jugendlichen gleichermaßen zu berücksichtigen. Sie setzen nicht (mehr) allein auf das Vertrauen, dass es ein wirkliches Interesse an ihren Perspektiven gibt. Das steht in starkem Widerspruch zu den Erwartungen, dass Jugendliche durch ihr Bleiben und ihr aktives Engagement (später) die regionale Zukunft sichern sollen.

„Neben der konkreten Prüfung von Gesetzesvorhaben soll der Jugend-Check zudem Politik und Verwaltung für jugendgerechtes Handeln sensibilisieren. Er ist jedoch nicht als Ersatz für jugendpolitische Beteiligung zu verstehen. Er sorgt für Transparenz von Auswirkungen gesetzlicher Neuregelungen und bietet somit die Grundlage für einen öffentlichen jugendpolitischen Diskurs.“ (JugA454)



Ausblicke und Aussichten

Nachdem über die Dokumentationen der Anhörungen des Sozialausschusses des Landtags Mecklenburg-Vorpommern und der Thementische mit Schüler_innen Einblicke und Einsichten in die Lebenswelten Jugendlicher ermöglicht wurden, steht nun die Frage, was aus diesen an Konsequenzen zu schlussfolgern ist.

Zu den Anhörungen gibt es einen Abschlussbericht, der dem Landtag vorgelegt wurde (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2020). Er enthält im Wesentlichen eine zusammenfassende Darstellung der Empfehlungen der Sachverständigen zu den sechs Themen der Anhörungsreihe und eine Übersicht der Diskussion zur Zwischenauswertung. Entsprechend des Formats der Anhörungsreihe liegt der Schwerpunkt dabei auf differenzierten Problembeschreibungen, die in der Folge auf eine strukturelle, finanzielle, organisatorische etc. Problembearbeitung verweisen. Dieser Bericht richtet sich in erster Linie an die Politik. Eine Konsensliste über die Forderungen, auf die sich alle an den Anhörungen beteiligten Fraktionen des Landtags verständigen konnten, sowie ergänzende Forderungen einzelner Fraktionen ergänzen den Bericht und machen seine Ausrichtung deutlich.

Diese Perspektive der Empfehlungen ist an dieser Stelle nicht noch einmal explizit aufgenommen. Allerdings finden sich die politischen Forderungen auch weitestgehend in

denen der Jugendlichen wieder, die an den Anhörungen beteiligt waren. Sie haben eine abschließende Stellungnahme verfasst, die in Forderungen mündet. Diese werden nachfolgend zusammenfassend aufgelistet.

Eine weitere Perspektive verfolgen die Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus der Studie, die stark auf die Gestaltungsmöglichkeiten der konkreten Lebenswelt und Alltagsbewältigung der Jugendlichen abzielen. Sie stehen im Vordergrund der Ausblicke und Aussichten und beschließen den Empfehlungsteil.

3.1 Forderungen und Empfehlungen der Jugendlichen

Die Stellungnahme der an den Anhörungen beteiligten Jugendlichen machen auch noch einmal deren Rolle in diesem Prozess deutlich: Sie halten alle Themen gleichermaßen für bedeutsam und loten sie in den verschiedenen Dimensionen aus. Damit liegen ihre Forderungen und Empfehlungen noch vor den Einkürzungen, die der politische Prozess der Konsensfindung über alle Fraktionen mit sich bringt. Sie zeigen die Breite der Diskussion, v.a. aber die Vielfalt der Themen, die in den Lebenswelten der Jugendlichen eingelagert sind und sollen deshalb in diesem Bericht mit aufgeführt werden.

Planung, Strategie, gesetzliche Normierungen

- » Erstellung eines landesweiten Kinder- und Jugendberichts für Mecklenburg-Vorpommern in jeder Legislaturperiode
- » Entwicklung einer jugendpolitische Gesamtstrategie 2030 in der Zusammenarbeit von Jugendlichen, Abgeordneten und Trägern der Jugendarbeit/Jugendhilfe
- » Einführung eines universellen Teilhabe- und Mitwirkungsgesetz für Jugendliche, ähnlich dem Seniorenmitwirkungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommerns
- » Verankerung von Jugendbeteiligung als verbindliches Planungsinstrument innerhalb der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommerns
- » Einführung eines Jugendchecks auf Landes- und kommunaler Ebene, um Auswirkungen geplanter Gesetzesvorhaben auf junge

Menschen zwischen 6 und 27 Jahren sichtbar zu machen (alternativ: Bestellung eines Kinder- und Jugendbeauftragten)

Partizipation

- » Erstellung bzw. Aktualisierung einer digitalen Beteiligungslandkarte für Mecklenburg-Vorpommern, ansprechend und bedienerfreundlich für die betreffenden Nutzerschichten
- » Beteiligungsmöglichkeiten nach unterschiedlichen Anforderungsprofilen und Altersstrukturen systematisch darstellen
- » Evaluation der Praktikabilität und Wirkungsweise der schulischen Mitwirkungsstrukturen

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

- » Stärkung des Ansehens sowie des Bewusstseins um die Bedeutung ehrenamtlichen oder politischen Engagements von Jugendlichen in den Schulen, den Ausbildungsbetrieben und an den Hochschulen
- » Schaffung einer einheitlichen rechtlichen Grundlage für die (verpflichtende) Freistellung von Jugendlichen für Beteiligung bzw. demokratisches Engagement während der (Berufs)Schulzeit bzw. Ausbildung
- » Entwicklung eines qualifizierten Systems zur Anerkennung von Berufsabschlüssen, Freiwilligendiensten und ehrenamtlichen Engagements bei der Vergabe von Studienplätzen
- » BahnCard 25 für ehrenamtlich Tätige

Politische Bildung und politische Partizipation

- » Ausbau der politischen Bildung für Kinder und Jugendliche
 - › noch vielfältigere Angebote von höherem Bekanntheitsgrad
 - › Kinder und Jugendliche in verschiedenen Bereichen ihres Lebens – u. a. in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Vereinen, jugendpolitische Organisationen oder im öffentlichen Raum – differenziert ansprechen
 - › niedrigschwellige, handlungsorientierte Angebote entwickeln, die sensibel auf die Lebensbedingungen und Fähigkeiten der

Kinder und Jugendlichen eingehen

- › Betreuung dieser Angebote durch entsprechend qualifizierte Fachkräfte
- » alle Fachkräfte, die mit jungen Menschen arbeiten oder für junge Menschen Strukturen schaffen, erhalten Fortbildungen zum Themenbereichen Demokratiebildung und zur Sensibilisierung für Beteiligungsverfahren
- » Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

Jugendarbeit

- » Evaluation bestehender (Projekt-)Förderinstrumente sowie Neujustierung einer in die Zukunft gerichteten, verlässlichen und innovativen Struktur- und Projektförderung der Kinder- und Jugendhilfe

Internet und Digitalisierung

- » Erarbeitung einer zukunftsweisenden Gesamtstrategie für die Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommerns
- » Anerkennung von Internetverfügbarkeit als fester Bestandteil der Daseinsvorsorge
- » Beförderung des Breitbandausbaus von mind. 50Mbit/s – vor allem in ländlichen und strukturschwachen Gebieten
- » kostenfreier Zugang zum Internet

Ausbildungsfinanzierung

- » Gleichstellung schulischer und dualer Ausbildung
- » Verankerung der Mindestauszubildendenvergütung (MiAV) zeitnah im Berufsbildungsgesetz Mecklenburg-Vorpommerns
- » Bereitstellung von Zuschüssen für Berufsschüler_innen zu den Kosten der Unterbringung und zu Fahrtkosten
- » Reform des Schüler_innen-BAföG, auch Schüler_innen mit Wohnsitz bei den Eltern sollen grundsätzlich antragsberechtigt sein
- » vollständige Fahrtkostenübernahme beziehungsweise anteilige Unterstützung aller finanziellen Aufwendungen, welche im Rahmen von verpflichtenden (Berufs)Schulpraktika entstehen
- » Mecklenburg-Vorpommern-Stipendium
- » Abschaffung von Schulgeld

Berufs- und Studienorientierung

- » Umsetzung einer regional gebundenen Studienorientierung (bestenfalls in den Gymnasien)
- » einheitliche Standards für die Qualität von Schulpraktika
- » Förderung der MINT-Fächer
- » Ausbau der schulischen Kooperationen mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und regionalen Unternehmen

Mobilität

- » Erarbeitung eines gemeinsamen Mobilitätskonzepts für Mecklenburg-Vorpommern
 - › neue Mobilitätsformen integrieren
 - › gemeinsames Sicherheitskonzept in der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur
- » Gründung eines landesweiten Tarifverbands in Mecklenburg-Vorpommern, der auch mit den umliegenden Verkehrsverbänden kooperiert
- » Gewährleistung eines kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche und künftig bedarfsgerecht für alle Bürger_innen des Landes
- » Planung von individuellen Wegstrecken muss durch die integrierte Verkehrsstruktur transparent, kostengünstig und durch nur eine Buchungs-APP für alle Verkehrsmittel nutzbar sein
- » angemessene Unterstützung der kommunalen Verkehrsbetriebe bei der Modernisierung und umweltgerechten Nachrüstung ihres Fuhrparks
- » Förderung von Alternativprojekten (Rufbus, Bürgerbus, Ridesharing etc.)
- » Ausbau der digitalen Angebote im ÖPNV
- » zeitnahe Umstellung der Dienstwagen auf Hybrid oder E-Mobilität
- » Ausbau eines zusammenhängenden Radinfrastrukturnetzes

Medienbildung

- » Erstellung eines landesweiten Konzepts für eine inklusive Medienbildung
- » Etablierung eines/einer Landesbeauftragten für Medienbildung mit der nötigen finanziellen Ausstattung

- » Ermöglichung des Zugangs zu sowie des Umgangs mit Medien für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern
- » Erwerb von Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen in der schulischen Bildung
- » geförderte medienpädagogische (Weiter-)Qualifizierung für Lehrkräfte, Erzieher_innen und in der Jugendarbeit Tätige
- » verpflichtende Lehrinhalte zur Vermittlung von Medienkompetenz für alle pädagogischen Studiengänge in Mecklenburg-Vorpommern
- » niederschwellige Angebote wie Lern- und Medienwerkstätten für „Jung und Alt“ verstärkt fördern und ausbauen

Bildungspartnerschaften

- » Überführung der Rahmenvereinbarung „Ganztägiges Lernen“ in ein verlässliches und belastbares Rahmenkonzept für schulisch-außerschulische Bildungspartnerschaften
 - › Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel
 - › Gewährung von Planungssicherheit und Nachhaltigkeit für eine Zusammenarbeit
 - › SCHULEplus oder ähnliche Programme auch in Zukunft fördern

Weitere finanzielle Absicherungen

- » Einsatz für die Einführung einer Kindergrundsicherung
- » Erhöhung der Bildung-und-Teilhabe-Bezugsquoten
 - › Hürden in der Beantragung abbauen
 - › landesweit einheitliches Antragsverfahren
 - › proaktive Verteilung der Gelder
 - › Vereine übernehmen die Antragsleistung für bezugsberechtigten Personen
- » privilegierte Förderung der schwächsten Bildungseinrichtungen

Weitere soziale Absicherungen

- » Einführung von erweiterten Präventionsketten
- » Wohnraumplanung, die auf eine sozial gemischten Stadtgesellschaft zielt

3.2 Empfehlungen aus den Einblicken und Einsichten

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es einerseits – und das soll an dieser Stelle noch einmal explizit gewürdigt werden – transparente formale Strukturen, in denen unter Beteiligung von Jugendlichen öffentlich über gesellschaftliche und jugendrelevante Themen auf der Basis von Stellungnahmen unterschiedlicher Sachverständigen diskutiert wird (Anhörungen des Sozialausschusses im Landtag). Andererseits wird gerade auch in diesen Anhörungen deutlich, wie nur schleppe konkret Lösungsansätze zur Schaffung bedarfsgerechter Angebote gefunden und über politische Entscheidungsprozesse bis zur praktischen Umsetzung, gebracht werden. Die Themen werden im politischen Raum übergreifend und abstrakt behandelt: Alltagsbezüge finden da wenig Eingang. Diese braucht es aber, um die überwiegend komplexen und auf einen längeren Bearbeitungszeitraum ausgerichteten Herausforderungen nicht nur zu verzeitlichen, sondern mit deren lösungsorientierten Bearbeitung im Hier und Jetzt mit den gegebenen Strukturen und Akteur_innen zu beginnen und damit die Lebensrealitäten, im hier bearbeiteten Kontext insbesondere der Jugendlichen, anzuerkennen und ihnen Bestärkungs- und Entlastungsmöglichkeiten zur Seite zu stellen.

Diese lebensweltbezogene Perspektive soll in den nachfolgenden Empfehlungen stärker im Vordergrund stehen. Sie leiten sich ab aus der Auseinandersetzung mit den Themen der Thementische und Anhörungen wiederfinden. Wie das zugrunde liegende Material und die damit verbundenen Einblicke und Einsichten bleiben auch die Empfehlungen facettenhaft. Oft stellen sie auf etwas ab, was bereits in anderen Studien auch schon festgestellt und abgeleitet wurde, was insbesondere den Fachkräften seit Jahren bekannt ist. Das kann aber offensichtlich nicht oft genug wiederholt werden, weil trotz konkreter Handlungsansätze kaum Veränderungen wahrgenommen werden. Die Jugendlichen sind auf die immer gleiche Art hinreichend befragt, die Notwendigkeit ihrer umfassenden Beteiligung ist belegt. Es fehlt aber offenbar am politischen Willen oder der Durchsetzungskraft, damit sie praktisch auch gelebt wird. Das führt für alle Beteiligten zu ähnlichen Ermüdungs-

erscheinungen, wie sie bei den Jugendlichen in Beteiligungskontexten auftreten, die eher Alibiveranstaltungen sind.

Diese Tatsache verweist noch auf eine weitere übergreifende Empfehlung: Damit die Lebenswelten und Alltage der Jugendlichen besser sichtbar gemacht und verstanden werden und gelingende Konstellationen systematisch herausgearbeitet werden können, sollte es einen beteiligungsorientierten und ethnografisch konzipierten Kinder- und Jugendbericht für Mecklenburg-Vorpommern geben. In seine Erstellung sollten Kinder und Jugendliche von Anbeginn an gleichberechtigt eingebunden sein: in die Erarbeitung der relevanten Fragen, des Forschungsdesigns, der Datenerhebung, -auswertung und -interpretation, der Kommunikationsstrukturen etc. – eben in die gesamte Planung, Umsetzung und Berichterstattung. So könnte gelingende Forschung mit Jugendlichen über Jugendliche aussehen.

Da weder in den Anhörungen des Sozialausschusses noch an den Thementischen der Schüler_innen systematisch danach gefragt wurde, welche soziale Infrastruktur, welche konkreten Angebote bereits in der Lebenswelt der Jugendlichen eingebettet sind, kann nicht gesagt werden, welche der nachfolgenden Empfehlungen in (Teilen) Mecklenburg-Vorpommerns bereits umgesetzt werden. Sollte das bei einigen der Fall sein, so kann das gern wohlwollend als Bestätigung gelesen werden und gleichzeitig als Anregung dienen, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen.

ZUGANG ZUM INTERNET SICHERT SOZIALE TEILHABE

Jugendliche sind auch in Mecklenburg-Vorpommern Expert_innen in der Nutzung des Internets. Sie hören Musik, sehen Filme, lesen, ‚Zocken‘, verabreden sich mit Freunden oder treffen sich mit ihnen, kaufen ein, holen sich Tipps, recherchieren Informationen und erledigen Schulaufgaben – alles (auch) online. Häufig sind sie auf diese virtuellen Räume und Möglichkeiten ausschließlich angewiesen, weil sie diese real wegen fehlender Infrastruktur bzw. Mobilitätsangebote nicht erreichen können. In Abhängigkeit vom Wohnort ist der Zugang zum Internet mehr oder weniger gewährleistet und über die Zeit stabil. Eine flächendeckende Internetabdeckung ist für Jugendliche unerlässlich für deren gleich-

berechtigte soziale Teilhabe und damit für Chancengleichheit.

- ↘ An möglichst vielen Orten, an denen WLAN öffentlich eingerichtet ist, sollte dieses für Jugendliche selbstverständlich und kostenfrei zugänglich gemacht werden, z.B. in Schulen, Warteräumen, Rathäusern, Jugendclubs, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Kirchgemeindehäusern.
- ↘ Insbesondere in den Schulbussen sollte WLAN bereitgestellt werden, damit die Jugendlichen die oft langen Fahrzeiten besser nach ihren Wünschen und Erfordernissen ausgestalten können.

MOBILITÄT ERMÖGLICHEN

Viele Jugendliche im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern sind Expert_innen im alltäglichen Überwinden von Entfernungen zwischen den verinselten Lebensorten (Wohnort, Schule/Ausbildung, Freizeit). Es betrifft nicht alle Jugendlichen und es betrifft sie in unterschiedlichem Maß. Deshalb sind zur Sicherung von sozialer Teilhabe und Chancengleichheit verlässliche bedarfsgerechte Mobilitätsangebote zur Überwindung von Wegen unabdingbar.

- ↘ Die Taktung des ÖPNV sollte sich bedarfsgerecht an den Alltagsrhythmen von Jugendlichen orientieren, z.B. an Beginn und Ende von Unterricht sowie freiwilligem Engagement, Freizeitveranstaltungen, Trainingszeiten, politischen Gremien, damit sie weniger warten müssen.
- ↘ Wenn Wartezeiten unvermeidlich sind, dann sollten Warteräume geschaffen und so ausgestattet werden, dass Jugendliche diese gut für sich nutzen können (z.B. durch WLAN-Ausstattung, Sport- und Bewegungsmöglichkeiten, Sofas zum Chillen).
- ↘ Weil Jugendliche sowohl Expert_innen für die Nutzung des Internets als auch für die Bewältigung von Entfernungen sind, sollten ihnen Informationen zu Fahrplänen, Anschluss-, Buchungs- und Bezahlmöglichkeiten (E-Payment, best pricing) sowie der Nachweis der Fahrberechtigung (E-Ticketing) etc. über jugendgemäße digitale Medien verfügbar sein.

Jugendliche sind zwar Expert_innen für die Überwindung von Wegen, aber die Kosten-

regelungen dafür, wie gestaffelte Tarife, Ermäßigungen und Zuschüsse für bestimmte Zielgruppen, neue alternative Beförderungsangebote (z.B. Ruf- oder Bürgerbusse) etc. führen zu mehr Unübersichtlichkeit, zum Teil auch zu neuen Herausforderungen und Benachteiligungen.

- ↘ Alle alternativen Beförderungsangebote, Entlastungen für Mobilitätskosten etc. sollten strukturell einfach und einheitlich, transparent und mit geringem organisatorischem bzw. bürokratischem Aufwand verbunden sein.
- ↘ Am besten sollten Jugendliche den ÖPNV für alle Wege – zu Schule/Ausbildung, Freizeit, Engagement etc. – kostenlos nutzen können. Das senkt die Schwelle der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, entlastet Familien (von Kosten und Fahrdiensten) und schafft mehr Gerechtigkeit.
- ↘ Für Auszubildende sollten zur Entlastung bei hohen Mobilitätskosten alternativ auch Fahrtkostenzuschüsse durch die Ausbildungsunternehmen gezahlt werden.

Viele Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern sind auch Expert_innen im Überwinden von Entfernungen aus eigener Kraft (zu Fuß, mit dem Fahrrad), häufig, weil andere Mobilitätsangebote fehlen. Gerade für Jugendliche aus ländlichen Räumen ist eine Infrastruktur mit sicheren Radwegen entscheidend, um unabhängiger von Fahrdienstleistungen der Eltern und vom Takt des meist ausgedünnten ÖPNV zu werden. Hohe Eigenmobilität sichert mehr Teilhabemöglichkeiten.

- ↘ Deshalb sollten Jugendliche als gleichberechtigte Teilnehmer_innen im Straßenverkehr wahrgenommen und ihre Wege besonders gesichert werden.
- ↘ Radwege(-Netze) sollten großflächig zusammenhängend und lückenlos geplant und umgesetzt werden.
- ↘ Da die Kombination von Fahrrad und ÖPNV für die Mobilität von Jugendlichen in ländlichen Räumen bedeutsam ist, sollten ausreichend geschützte Abstellplätze für Fahrräder, insbesondere an den Haltestellen des ÖPNV und an Bahnhöfen verfügbar sein.
- ↘ Auch wenn Radwege und Unterstände sich ‚nicht einfach so‘ bauen lassen, so ließe sich doch aktiv mit den Jugendlichen ge-

meinsam nach ganz konkreten, vielleicht auch ungewöhnlichen Lösungen vor Ort zu suchen. Meist haben sie schon pragmatische Ideen, müssen dafür aber von Erwachsenen gezielt angesprochen und dann mit ihren Vorschlägen auch ernstgenommen werden.

Jugendliche sind Expert_innen im Erreichen von verinselten informellen Bildungs- und Freizeitangeboten etc. im ländlichen Raum. Schule ist oft der einzige Ort, an dem die Jugendlichen in ihrem Alltag verlässlich zusammenkommen. Informelle Bildungs- und Freizeitangebote hingegen sind aufgrund weiter Entfernungen und eingeschränkter Mobilität nicht von allen Jugendlichen gleichermaßen gut erreichbar. Selbst wenn neue Mobilitätskonzepte geplant und auch umgesetzt würden, wären sie aufgrund ihrer langfristigen Zeitperspektive für den Alltag der Jugendlichen heute nicht mehr relevant.

- ↘ Anbieter_innen sozialer Dienstleistungen, von Freizeitangeboten etc., deren Adressat_innen bzw. Zielgruppen Jugendliche sind, sollten wahrnehmen, dass diese oft gar nicht beim Angebot ankommen. Sie sollten sich fragen, wo die Jugendlichen in ihrer Freizeit sind bzw. mit welchem Aufwand und zu welchen Zeiten sie den Ort des Angebots eigentlich erreichen können.
- ↘ Schulen sollten sich auch stärker für außerschulische Akteur_innen und ins Gemeinwesen öffnen, damit Schüler_innen an zusätzlichen Kompetenzen, z.B. in Demokratiebildung, Berufsorientierung, Medienpädagogik, Gesundheitsvorsorge etc., und durch unterschiedliche Handlungsansätze vielfältig partizipieren können.
- ↘ Außerschulische Angebote sollten sich mobil organisieren und zu den Jugendlichen bewegen, um an den bestehenden Inseln anzudocken. Das können wohnortnahe Angebote sein, aber vor allem auch solche in (der Nähe) der Schule. Dafür sollten ebenfalls entsprechende Fahrtkosten bereitgestellt werden.
- ↘ Es sollte auch unbürokratisch und gut abgesichert möglich sein, dass die Träger der Angebote für Jugendliche (z.B. der Jugendarbeit, der kulturellen Bildung, des Sports) finanzielle Zuschüsse erhalten, damit sie Fahrdienste (Hol- und Bringdienste) anbieten können.

Weil Jugendliche Expert_innen für ihre Mobilität sind, wissen sie, wo entsprechende Hürden im Alltag liegen. Oft haben sie ganz pragmatische Ideen, wie diese abzusenken sind.

- ↘ Deshalb sollten alle Anpassungen der Mobilitätsangebote an die Bedarfe der Jugendlichen standardmäßig unter Einbeziehung der Jugendlichen aus den jeweiligen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns erfolgen.

(FREI)RÄUME UND (FREI)ZEITEN ERMÖGLICHEN

Jugendliche sind Expert_innen in der Raumaufneigung. Sie geben den Räumen eine eigene Bedeutung und tun das sehr kreativ (z.B. Verstecken auf Toiletten, um Wartezeiten zu überbrücken, Umgestaltung des Imbiss oder der gestapelten Strohballen als Treffpunkt etc.). Die Verfügbarkeit über Räume, aber auch über genügend Zeit, diese zu erreichen und dort zu verweilen, ist eine wesentliche Voraussetzung für gelingende Aneignungsprozesse der Jugendlichen und die Bewältigung der Herausforderungen des Jugendalters. Viele Jugendliche bemängeln aber, dass sie zu wenige Räume haben, die sie selbstorganisiert und selbstbestimmt für sich nutzen können.

- ↘ Für jede_n Jugendliche_n sollten mehr ausgewiesene Jugendräume (z.B. Jugendclubs, Warteräume, Bauwagen) wohnort- bzw. schulstandortnah bereitgestellt, sichtbar und letztendlich gut zugänglich gemacht werden.
- ↘ Schulen als zentrale Aufenthaltsorte der Jugendlichen sollten sich stärker für die räumlichen Bedürfnisse der Jugendlichen öffnen. Möglich wäre beispielsweise, das Schulgelände auch nach Unterrichtschluss frei zugänglich zu halten oder Aufenthalts- und Warteräume für die Schüler_innen bereitzustellen.
- ↘ Auch andere vorhandene Räumlichkeiten (z.B. in Gemeindeverwaltungen, bei Vereinen, Kirchgemeinden) sollten für Jugendliche zur selbstbestimmten Freizeitgestaltung geöffnet werden. Gemeinsame, zeitlich versetzte Nutzungsmöglichkeiten von Räumen durch Jugendliche und andere Nutzer_innen sollten regelmäßig geprüft und geschaffen werden.

Jugendliche sind Expert_innen im Managen von Zeitlogiken unterschiedlicher Systeme. Institutionen, die im Alltag der Jugendlichen eine Rolle spielen (Schule, Freizeitangebote, Sport, Gemeinderatssitzungen, kleine Erwerbsarbeiten etc.), haben jeweils eigene Rhythmen, denen die Jugendlichen ausgesetzt sind und die sie für einen gelingenden Alltag aufeinander abstimmen müssen.

- ↘ Freizeitangebote sollten sich hinsichtlich ihrer Öffnungszeiten nach den Tagesabläufen der Jugendlichen richten, d.h. im Anschluss an Schulzeit, am Abend und am Wochenende verfügbar sein.
- ↘ Auch aufgrund der eingeschränkten Zeitbudgets der Jugendlichen sollten außerschulische Angebote zum einen wohnortnah angeboten werden, damit sie schnell erreichbar sind. Zum anderen sollten aber auch zentral regelmäßig Angebote organisiert werden (z.B. am Wochenende), bei denen Jugendliche sich in Peergroups, die groß genug für bestimmte Freizeitbeschäftigungen sind und eine Auswahl an jugendkulturellen Stilen zulassen, gesellen können.
- ↘ Alle außerschulischen Angebote sollten eng mit dem ÖPNV abgestimmt werden, damit sie von den Jugendlichen überhaupt erreicht und wahrgenommen werden können und nicht zu Alibistrukturen verkommen.
- ↘ Insgesamt sollte es eine regelmäßige vernetzte Abstimmung der Zeitplanungen unterschiedlicher jugendrelevanter Institutionen (z.B. Schulbeginn, -schluss bzw. Startzeiten von Angeboten der Jugendarbeit mit Taktung des ÖPNV) geben, so dass der Hauptteil des Zeitmanagements bei den Institutionen bleibt, weil nur dort eine Problemlösung möglich ist.
- ↘ Diese Abstimmung sollte unbedingt gemeinsam mit den Jugendlichen erfolgen, damit für sie im Ergebnis Übergänge zwischen den Inseln ihrer Lebenswelt mit wenigen Zeitverlusten bzw. gut nutzbare Zeiträume entstehen.

Jugendliche sind Expert_innen im freiwilligen Engagement. Sie leisten damit auch einen Beitrag zur Stärkung der Bürgergesellschaft. Engagement braucht verfügbare Zeit, die die Jugendlichen, v.a. in ländlichen Räumen, anders einsetzen müssen (fahren und warten).

- ↘ Freiwilliges Engagement der Jugendlichen sollte nicht als selbstverständlich hingenommen, sondern gewürdigt und anerkannt werden.
- ↘ Zur Unterstützung von Engagement und Ehrenamt der Jugendlichen sollten Schüler_innen, Auszubildenden und Student_innen aus verbindlichen formalen Bildungskontexten für diese Aktivitäten sollten selbstverständlicher und unbürokratischer zumindest zeitweise freigestellt werden.
- ↘ Für die mit freiwilligem Engagement aufgebrauchten Zeiten sollten Ausgleichs- oder Anrechnungsmöglichkeiten (z.B. bei Studienzeiten, Projektarbeiten in der Schule oder bei der Ausbildung) geschaffen werden, die es den Jugendlichen auch erleichtern, sich für (zeitaufwendige) ehrenamtliche Arbeit zu entscheiden.

VON JUGENDLICHER EXPERTISE LERNEN

Jugendliche sind nicht nur Expert_innen ihrer Lebenswelt, sondern sie sind auch Expert_innen in fachlichen Themen. Zunehmend haben sie einen Kompetenz- und Wissensvorsprung gegenüber Erwachsenen in bestimmten Bereichen, z.B. bei der Mediennutzung.

- ↘ Gemeinsam mit den Jugendlichen sollten innerhalb der formalen (Bildungs)Institutionen, aber auch in informellen Bildungskontexten neue Lehr-Lern-Formate mit wechselnden Rollen entwickelt werden, in denen sich Erwachsene und Jugendliche mit ihrem unterschiedlichen Wissen gleichberechtigt einbringen und gegenseitig ergänzen können.

NACHHALTIGE GRUNDSTRUKTUREN AUFBAUEN, JUGENDZUGEWANDTE HALTUNGEN ENTWICKELN

Jugendliche sind Expert_innen in ihrer individuellen und konkreten Bewältigung der Herausforderungen des Jugendalters (Qualifikation, Verselbständigung, Selbstpositionierung). Diese werden sie umso besser bewältigen, je jugendgerechter und zugewandter ihnen die begleitenden Institutionen (Sozialisationsinstanzen) und Personen zur Verfügung stehen.

- ↘ Eine lebenswelt- und alltagsorientierte Arbeit mit Jugendlichen sollten beide Ansätze miteinander verbinden, statt gegeneinander

der auszuspielen: langfristige, verlässliche Maßnahmen (institutionelle Förderung) ebenso wie flexible, auf temporäre lebensweltliche Bedarfe reagierende Projekte.

- ↘ Eine solche nachhaltige soziale Infrastruktur sollte langfristig finanziell abgesichert sein, damit
 - ↘ für die Jugendlichen kontinuierliche, vertrauensvolle Beziehungen gewährleistet sind (personelle Stabilität),
 - ↘ Qualitätsstandards entwickelt und aufrechterhalten werden können (Bindung Fachpersonal) sowie
 - ↘ strategische Ansätze langfristig verfolgt werden können.
- ↘ Pädagogischen Fachkräfte (z.B. aus Schule und Jugend(sozial)arbeit, aus Sport und kultureller Bildung etc.), Mitarbeiter_innen aus Verwaltung, Kommunalpolitiker_innen etc. sollten durch ausgewiesene Expert_innen kontinuierlich für gleichberechtigte (Alltags)Partizipation sensibilisiert und entsprechend weitergebildet werden, um eine persönliche jugendzugewandte und beteiligungsorientierte Grundhaltung zu entwickeln.
- ↘ Menschen, die Beteiligungskontexte ausgestalten und beeinflussen (z.B. Lokalpolitiker_innen, Verwaltungsmitarbeiter_innen), sollten sich zu den Jugendlichen hinbewegen und mit ihnen an ihren Lebensorten über ihre Alltage, Zukunftsvorstellungen, Beteiligungserwartungen etc. ins Gespräch kommen. Dabei würden sie auch sehen, welche Treffpunkte den Jugendlichen (nicht) zur Verfügung stehen.

FÜR BENACHTEILIGUNGSKONTEXTE SENSIBILISIEREN

- ↘ Insbesondere sollte sowohl Erwachsene, die mit Jugendlichen zusammenarbeiten, als auch die Jugendlichen selbst für Benachteiligungskontexte (im Jugendalter) sensibilisiert werden, damit diese nicht individualisiert, stigmatisiert und verstärkt fortgeschrieben werden. Diese Aufklärungs- und Sensibilisierungsprozesse sollten u.a. folgende Themen aufgreifen:
 - ↘ soziale Benachteiligungen (u.a. Armut),
 - ↘ Diversität (u.a. Gender, Migration, Behinderung),
 - ↘ Jugendbeteiligung und -politik

- ↘ Diese Themen sollten sich zwingend auch in den Konzeptionen der Sozialisationsinstanzen der Jugendlichen (Schule, Berufs- und Hochschulen, Jugendarbeit, Kulturarbeit, Sport, politische Bildung etc.) niederschlagen.

PRIVATE LÖSUNGEN STRUKTURELL STÜTZEN

Jugendliche und ihre Familien sind Expert_innen für die private Lösung struktureller Probleme: Häufig werden Mängel in der öffentlichen Daseinsvorsorge durch private Initiativen notgedrungen kompensiert, insbesondere im ländlichen Raum.

- ↘ Die privaten Leistungen (z.B. Fahrdienste und -kosten, Organisation von Einkäufen, Versorgung von betreuungsbedürftigen Familienangehörigen) sollten nicht als selbstverständlich hingenommen oder gar durch bürokratische Hürden noch behindert, sondern öffentlich sichtbar gemacht und gewürdigt sowie durch Schaffung entlastender Rahmenbedingungen gefördert werden.
- ↘ Außerschulisches Engagement und Ehrenamt der Jugendlichen sollten als bildungsrelevant wahrgenommen und wertgeschätzt sowie in schulische Kontexte (z.B. bei Projekttagen oder Präsentationen im Unterricht, in die schulische Berufsorientierung) eingebunden werden.

TRANSPARENZ, AUFKLÄRUNG UND ZUGÄNGLICHKEIT GEWÄHRLEISTEN

Jugendliche sind Expert_innen, um sich im ‚Dschungel‘ der Informationen und Angebote zurechtzufinden und gleichberechtigt teilhaben zu können. Damit das noch zielgenauer und mit weniger Zeitaufwand gelingt, brauchen sie mehr Transparenz und Orientierung.

- ↘ Für Jugendliche sollten vorhandene regionale Angebote und deren Nutzungsmöglichkeiten (z.B. Jugendclub, Sportangebote, Beteiligungsprojekte) sichtbar gemacht werden.
- ↘ Alle Jugendliche sollten selbstverständlich in vielfältigen Zusammenhängen über ihre Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten (Strukturen, Abläufe, aber auch Hintergrundwissen für Entscheidungen) aufgeklärt werden.

- ↘ Alle diese Informationen sollten den Jugendlichen proaktiv und jugendgemäß über lebensweltliche sowie alltägliche Zugänge (z.B. Social-Media-Plattformen, aber auch mündliche Ansprache durch Vertrauenspersonen) verfügbar gemacht werden.

PARTIZIPATION ERMÖGLICHEN

Themen der Jugendlichen

Bisher wurden Empfehlungen ausgesprochen für zentrale Themen, z.B. Internet, Mobilität, Raumverfügung etc., die die Jugendliche selbst genannt haben. Aber es gibt noch viel mehr Themen, die die Jugendlichen bewegen (vom kostengünstigen Angelschein bis zum Klimawandel). Jugendliche sind die Expert_innen ihrer Lebenswelt – sie können und müssen ihre Themen selbst bestimmen und für sich selbst sprechen.

- ↘ Um festzustellen, an der Bearbeitung welcher Themen und mit welchen Zielen Jugendliche sich beteiligen wollen, sollten die Jugendlichen direkt befragt werden.
- ↘ Es sollten Orte, Gelegenheiten, Formate sichtbar gemacht, verstärkt gefördert oder auch neu geschaffen werden, wo in einem geschützten Rahmen Jugendliche
 - ↘ ihre Interessen, Ziele und Positionen erarbeiten,
 - ↘ diese dann öffentlich äußern,
 - ↘ von Erwachsenen gehört, verstanden und unterstützt werden und
 - ↘ damit konkreten Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebenswelten nehmen können.

Häufig bestimmen Erwachsene über Themen, bei denen die Jugendlichen mitsprechen sollen bzw. dürfen. Das reduziert die Beteiligung der Jugendlichen oft auf wenige ‚spezielle Jugendthemen‘, von denen angenommen wird, dass sie deren Interessen berühren. Dabei wird übersehen, dass fast alle Entscheidungen, die heute für die Zukunft getroffen werden, die künftigen Lebenswelten der heutigen Jugend betreffen.

- ↘ Jugendlichen sollte es selbstverständlich und prinzipiell möglich sein, sich an allen Entscheidungen zu beteiligen. Gleichzeitig sollte es ihnen aber auch offen stehen, inwiefern sie davon im konkreten Einzelfall Gebrauch machen wollen.

- ↘ Die (Alltags)Themen der Jugendlichen, die andere Alters- bzw. Interessengruppe kaum tangieren, ihnen banal erscheinen oder in Spannung zu ihnen stehen, sollten gleichberechtigt und eigenständig in den allgemeinen (zivil)gesellschaftlichen und politischen Formaten und Gremien verhandelt werden.

- ↘ Damit die (Alltags)Themen der Jugendlichen politisch wirksam werden können, sollten sie gemeinsam mit den Jugendlichen konkret vor Ort (am Wohn- oder Schulstandort) von der Themenauswahl über die Problemdefinition, die Findung von (auch ungewöhnlichen) Lösungsideen bis zu zeitnahen sichtbaren Ergebnissen bearbeitet werden.

Die Herausforderungen in den Lebenswelten unterschiedlicher Generationen ähneln sich teilweise und führen zur öffentlichen Thematisierung gleicher Probleme.

- ↘ Für bestimmte Themen (z.B. Mobilität, Internetabdeckung) sollten generationenübergreifende Bearbeitungsstrategien entwickelt werden, um Synergien zu schaffen und die Akzeptanz dieser Themen in der öffentlichen Diskussion zu erhöhen.
- ↘ Dabei sollten aber die selbstbestimmten jugendspezifischen Bearbeitungsweisen dieser Themen wahrgenommen, anerkannt und gleichberechtigt unterstützt werden.
- ↘ Wenn es für große strukturelle Probleme jetzt keine (nahen) Lösungen gibt (z.B. bei Mobilitätsfragen und Internetabdeckung), dann sollte das den Jugendlichen gegenüber auch klar kommuniziert werden.
- ↘ Die Jugendlichen sollten darüber hinaus aber sowohl an der Problembeschreibung als auch der Suche nach (kompensierenden) Lösung für ihre jetzt belasteten Alltags gleichberechtigt beteiligt werden.

Beteiligungsstrukturen

Damit Jugendliche sich gelingend beteiligen können, braucht es jugendgemäße, zugängliche Beteiligungskontexte, v.a. aber einen entschlossenen Willen und eine offene, anerkennende Haltungen der Erwachsenen, insbesondere in Schlüssel- und Entscheidungspositionen.

- ↘ Es sollten sowohl bestehende Beteiligungsstrukturen (Erwachsener) selbstverständlich für Jugendbeteiligung geöffnet (im Hinblick auf Raum/Ort, Zeit, Kommunikation, Machtverteilung etc.) als auch explizite Beteiligungsformate speziell für Jugendliche konzipiert und umgesetzt werden.
- ↘ Nicht die Jugendlichen sollten sich den Strukturen anpassen, sondern die vorhandenen, von Erwachsenen gemachten Strukturen, sollten sich zu ‚Strukturen für alle‘ entwickeln, die eine gleichberechtigte Beteiligung aller, also auch der Jugendlichen, ermöglichen.
- ↘ Von Erwachsenen initiierte Beteiligungsprozesse auf allen Ebenen sollten regelmäßig so stattfinden, dass Jugendlichen barrierearm daran teilnehmen können, indem
 - ↘ sie über jugendgemäße Kanäle (Social Media, vertraute Ansprechpartner_innen) eingeladen werden,
 - ↘ die Orte für Beteiligung (z.B. Gemeinderäume, Rathäuser, Jugendhäuser) so gewählt werden, dass die Jugendlichen sie möglichst selbständig erreichen und von da auch wieder nach Hause gelangen können,
 - ↘ die Zeiten der Beteiligungsformate auf die Alltage der Jugendlichen abgestimmt werden (z.B. am Nachmittag liegen),
 - ↘ die Inhalte für Jugendliche verständlich (einfach) kommuniziert werden.
- ↘ Gerade im ländlichen Raum sollten die Zugänge zu Beteiligungsmöglichkeiten erleichtert und der (finanzielle, zeitliche) Aufwand, sie zu erreichen, gesenkt werden. Entsprechend sollten auch digitale Beteiligungstools und bewährte Methoden aufsuchender Jugendarbeit etc. genutzt werden.
- ↘ Weil explizite Beteiligungsprojekte für Jugendliche in vielerlei Hinsicht niedrigschwelliger sind, mehr Frei- und Gestaltungsspielräume bieten sowie biografisch passgenauer konzipiert werden können (z.B. durch enge Befristung, spontane Mitwirkungsmöglichkeiten, mit mehr autonomer Zeiteinteilung und Rücksicht auf jugendliche Alltage, selbstbestimmte Themen), sollten sie in unterschiedlichen Kon-

texten für möglichst viele Jugendliche zugänglich sein.

- ↘ Jugendlichen sollten Räume eröffnet und qualifizierte Fachkräfte mit einem entsprechenden Methodeninventar zur Seite gestellt werden, damit sie ihre eigenen Positionen und Fragen zu selbstgewählten Themen erarbeiten können. Darüber hinaus sollten sie mit Unterstützung die für sie geeigneten Beteiligungsformate selbst organisieren und gegebenenfalls Erwachsene dazu einladen können.
- ↘ Explizite Beteiligungsprojekte bzw. eigene Beteiligungsstrukturen für Jugendliche sollten aber nicht zum Vorwand dienen, Jugendliche aus den Strukturen ‚für Erwachsenen‘ herauszuhalten, sondern systematisch in vorhandene (kommunale) Beteiligungs- und Entscheidungsstrukturen eingebunden werden.

Schein- und Nicht-Beteiligung hinterfragen

- ↘ (Scheinbare) Nicht-Beteiligung der Jugendlichen sollte von Erwachsenen hinterfragt werden – sie kann unterschiedliche Ursachen haben, die verschiedene Konsequenzen erfordern, u.a.
 - ↘ Enttäuschung, Resignation, Entmutigung wegen andauernder Pseudo-Beteiligung
 - ↘ Partizipationsmüdigkeit
 - ↘ Verweigerung als spezifische Form der Beteiligung
- ↘ Den Jugendlichen sollte kein Beteiligungsunwillen unterstellt werden, wenn sie in den vorgegebenen Beteiligungsformaten nicht ankommen (können). Häufig nutzen sie alternative Formen der Mitwirkung, die aber nicht gleichermaßen wahrgenommen werden. Verweigerungsgründe sollten durch eine systematische Reflexion von Beteiligungskontexten aufgedeckt werden.

- ↳ Um Schein-Beteiligung zu vermeiden, sollten
 - ↳ Beteiligungsmöglichkeiten in allen Alltagsbereichen der Jugendlichen selbstverständlich eingelagert sein (und nicht nur in gesonderten Gremien stattfinden),
 - ↳ einen konkreten Anlass haben und eng mit den Themen der Jugendlichen verknüpft werden,
 - ↳ Jugendliche mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet werden,
 - ↳ Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume transparent und ergebnisoffen sein,
 - ↳ flexibel nutzbare Mittel/Budgets zur Verfügung stehen,
 - ↳ Beteiligungsprozesse einen konkreten zeitnahen Nutzen für die Jugendlichen erzeugen und
 - ↳ Selbstwirksamkeitserfahrungen direkt möglich sein.
- ↳ Von Jugendlichen identifizierte Alibi-Beteiligungsangebote, z.B. bei der Mitgestaltung des Schulalltags, sollten gemeinsam mit den Jugendlichen reflektiert und zu echten Partizipationsmöglichkeiten umgestaltet werden.
- ↳ Partizipation von Jugendlichen sollte immer wieder daraufhin reflektiert werden, dass sie nicht für die Eigeninteressen der Erwachsenen instrumentalisiert wird.

BETEILIGUNG ERMÖGLICHT VERTRAUEN

Die Jugendlichen trauen den bestehenden Regelungen zur Beteiligung wenig, sie sind ihnen zu unterschiedlich auslegbar und von einzelnen Personen abhängig. U.a. deshalb möchten sie ihre Beteiligungsrechte formal verbindlich geregelt sehen.

- ↳ Landesweit sollte es ein Teilhabe- und Mitwirkungsgesetz geben, das die systematische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene sichert.
- ↳ Es sollte einen beständigen Jugendcheck geben, der die Politik auf allen Ebenen dazu veranlasst, die Auswirkungen aller Gesetzesentwürfe und kommunalpolitischen Entscheidungen auf Jugendliche zu analysieren und das Interesse von Jugendlichen gleichermaßen zu berücksichtigen.

PLANUNG UND BERICHTERSTATTUNG

Um die Expert_innenleistungen der Jugendlichen sichtbar zu machen und die dafür unterstützenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen, braucht es auch eine kontinuierliche Sozialdatenerfassung, -analyse und -bewertung. Diese ist notwendig für eine fundierte Abbildung von Entwicklungen in konkreten Handlungsfeldern sowie von Wirkungen sozialpolitischer Maßnahmen, ebenso wie für die Reflexion von politischem Handeln.

- ↳ Mecklenburg-Vorpommern sollte eine kontinuierliche unabhängige Sozialplanung und -berichterstattung einführen (u.a. einen Kinder- und Jugend(hilfe)bericht), die
 - ↳ auf einer systematisch fortgeschriebenen quantitativen Datenbasis (Monitoring) beruht und
 - ↳ kontinuierlich konkrete Themenfelder (z.B. Beziehungen im Kinder- und Jugendalter, Geschlecht, Netzwerke, ländlicher und städtischer Raum, Engagement) qualitativ (ethnografisch) analysiert und beplant.
- ↳ Um die ohnehin sehr unterschiedlichen Lebenslagen und verinselten Lebenswelten der Jugendlichen aufeinander beziehen und Zusammenhänge sichtbar machen zu können, sollten die Kinder- und Jugendhilfeplanung und die entsprechende Berichterstattung als integrierende Sozialplanung verfolgt werden.

- ↳ Die Planung sollte ebenfalls unter Beteiligung der Kinder- und Jugendlichen stattfinden – sie sind die Expert_innen ihrer Lebenswelt und können am besten darüber Auskunft geben, wie sie diese wahrnehmen, was sie als unterstützend bzw. hinderlich erleben und was sie benötigen, um ihre Alltage gelingender zu gestalten.

In den Planungsprozessen und der Berichterstattung sollte unbedingt berücksichtigt werden, dass die Lebenslagen der Kinder- und Jugendlichen in Abhängigkeit von vielfältigen Faktoren sehr unterschiedlich sind. Deshalb sollte genau gefragt werden, welche Kinder und Jugendlichen an der Planung und Berichterstattung beteiligt sind, und ihre Altersgruppen repräsentieren, und welche bisher nicht gesehen und gehört werden. Diese Ungleichverteilung sollte dann ausgeglichen werden.

3.3 Anregende Projektideen

In den Einblicken und Einsichten (Kapitel 2) und den Empfehlungen (Kapitel 3.2) wurden teilweise schon konkrete praktische Handlungsansätze erwähnt. An dieser Stelle werden exemplarisch noch fünf anregende Projektideen skizziert, um aufzuzeigen, auf welchen unterschiedlichen Ebenen und mit welchen Akteur_innen beteiligungsorientiert mit Jugendlichen gearbeitet werden kann.

Grundsätzlich muss es immer darum gehen, konkret vor Ort mit den dort lebenden Jugendlichen Veränderungen in ihrer Lebenswelt zu ermöglichen, an denen sie selbst interessiert sind und sich beteiligen wollen. Darüber hinaus ist in allen Szenarien wichtig, dass

- » von den Themen und Fragen der Jugendlichen ausgegangen wird,
- » genau geschaut wird, was bereits vorhanden ist,
- » das Bestehende (Angebote, Möglichkeiten, Akteur_innen etc.) den Jugendlichen transparent gemacht wird und
- » in der Arbeit mit den Jugendlichen daran angeknüpft wird,
- » die konkreten Schritte vielleicht klein sind, aber zu greifbaren und nützlichen Ergebnissen für die Jugendlichen führen,
- » die Ergebnisse immer weiter fortgeschrieben und so eine Kontinuität (der Gestaltungsprozesse unter Beteiligung der Jugendlichen) erzeugt werden kann.

MACHER-WORKSHOP

Idee

» Bei lokalen Zusammenkünften entwickeln Jugendliche gemeinsam mit Akteur_innen aus Kommunalpolitik und Jugendarbeit sowie mit interessierten Bürger_innen konkrete Projekte vor Ort, die aus dem Alltag der Jugendlichen heraus entstehen und eng mit diesem verbunden sind.

Methoden

» Im Rahmen von Workshops werden Methoden eingesetzt, die es den Jugendlichen ermöglichen, ihre Themen und Wünsche konkret zu formulieren und die erwachsenen Beteiligten dabei unterstützen, den Jugendlichen zuzuhören sowie sie in ihrer Alltagswelt zu verstehen. Von allen gemeinsam werden verbindliche Handlungsschritte (Was, Wann, Wer etc.) für die Umsetzung entwickelt.

» Im Fokus der Workshops stehen neben den Interessen der Jugendlichen die lokalspezifischen Gegebenheiten, die für das Gelingen der Projekte von besonderer Relevanz sind.

» Die Jugendlichen bekommen so Einblicke in die Arbeit von Politik und Organisationen und diese wiederum in die Lebenswelt der Jugendlichen.

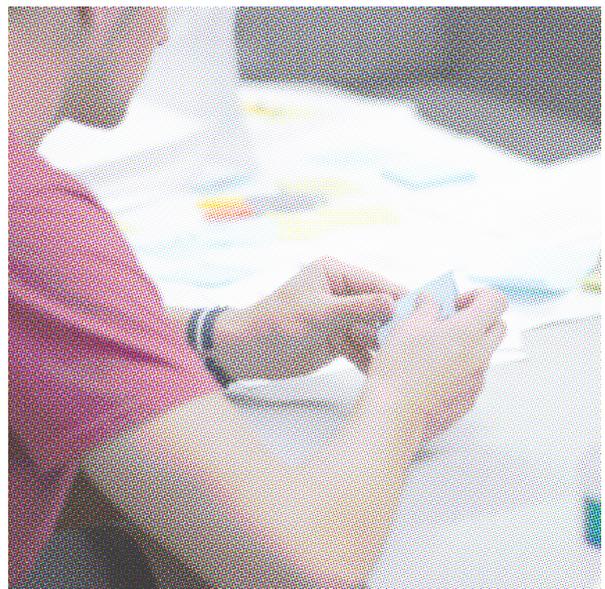
» Durch die Workshops wird gewährleistet, dass die Jugendlichen sich gehört und ernstgenommen fühlen und gleichzeitig alle Beteiligten lernen, wie aus einer Idee ein konkretes, reales Projekt werden kann.

» Die umgesetzten Projekte stehen beispielhaft für eine gelingende Praxis in der Region und geben Anstoß für Folgeprojekte.

Zu erwartende Ergebnisse

» Kurzfristig: Projektplan mit konkreten nächsten Schritten und verbindlichen Verantwortlichkeiten

» Langfristig: Konkrete Jugend-Projekte (im wahrsten Sinne des Wortes) vor Ort



KOMMUNIKATIVE VALIDIERUNG

Idee

»Validierung und Fortschreibung der Ergebnisse der Studie „Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern – Einblicke und Einsichten in Alltagsthemen und Gestaltungsmöglichkeiten“ durch Jugendliche

Methoden

»Ausgewählte Erkenntnisse der Studie werden in (provokative) Statements über die Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern überführt.

»Diese Aussagen werden über unterschiedliche digitale (Instagram, Facebook) und analoge (Flyer, Aufkleber) Kanäle verbreitet, um so möglichst viele Jugendliche in ihren Alltagskontexten zu erreichen.

»Über einen Link gelangen die Jugendlichen auf eine Plattform, auf der sie sich zu den Aussagen durch Zustimmung, Ablehnung oder offene Kommentare positionieren können.

»Zum Ende der Kampagne werden die Beiträge der Jugendlichen zusammengetragen und systematisch ausgewertet. Die ursprünglichen Statements (und somit die dahinterstehenden Erkenntnisse) werden entsprechend korrigiert/validiert/konkretisiert/ausdifferenziert und anschließend den Jugendlichen und lokalen Akteur_innen zur Verfügung gestellt.

»Es bietet sich die Möglichkeit, die Entwicklung der Kommunikationsstrategien und -methoden sowie die Auswertung der Rückmeldungen im Rahmen eines studentischen Projektes an der HS Neubrandenburg durchzuführen. Die Studierenden der sozialen Arbeit sind selbst in den sozialen Räumen der Jugendliche verortet und können so einen direkteren Zugang schaffen. Für sie ergibt sich so eine doppelte Lernerfahrung: die Konzeption und Umsetzung der Kampagne ermöglicht ihnen ein praxisnahes und eigenständiges Lernen; die Auswertung der Rückmeldungen der Jugendlichen gibt ihnen Einblick in deren Lebenswelt.



Zu erwartende Ergebnisse

» Kurzfristig: jugendgemäße Aufbereitung der Projektergebnisse mit Feedback-Möglichkeiten zur kommunikativen Validierung

» Langfristig: Anpassung/Validierung der Projektergebnisse mit anschließender Dokumentation für Jugendliche und relevante Akteur_innen

MEDIENPROJEKT MIT JUGENDLICHEN

Idee

» Anknüpfend an die Idee der kommunikativen Validierung und in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Angeboten der Medienpädagogik, wird den Jugendlichen durch die Initiierung eines Medienprojektes ein Raum geboten, über den sie ihre Lebenswelt in kreativer und gemeinschaftlicher Arbeit zum Ausdruck bringen können.

Methoden

» Die Jugendlichen werden dabei unterstützt, ausgewählte Ergebnisse der Studie in präzise Statements zu überführen, die ihre Forderungen und Wünsche zum Ausdruck bringen. Gemeinsam treffen sie Überlegungen zu geeigneten Kommunikationsstrategien sowie Orten/Medien der Veröffentlichung.

» Neben ihren persönlichen Alltagsthemen werden ihnen so mit hohem praktischem Bezug Themen des Datenschutzes und der (politischen) Beteiligung nähergebracht und diskutiert.

» Über die Produktion eigener Medien wird den Jugendlichen die Möglichkeit geboten, ihre Wünsche und auch Ärgernisse auf individuellem Weg mit vertrauten Mitteln zu kommunizieren. Zudem lernen sie die Möglichkeiten und Grenzen der medialen Kommunikation sowie die Bedeutung eines verantwortungsvollen Umgangs mit dieser kennen.

» Die Ergebnisse des Projektes werden über unterschiedliche Kanäle verbreitet und dienen als Grundlage für Folgeprojekte und lokalpolitische Entscheidungen.

Zu erwartende Ergebnisse

» Kurzfristig: Von Jugendlichen erarbeitete Medien zur Kommunikation ihrer individuellen Lebenswelten sowie zur Bildung im Bereich des Datenschutzes und der politischen Beteiligung.

» Langfristig: Etablierung eines wiederkehrenden, mit bestehenden Strukturen und Angeboten verknüpften Formates der Jugendbeteiligung sowie aus dem Medienprojekt entstehende Folgeprojekte.



UNTERSTÜTZUNG DER KOMMUNEN IN DER BETEILIGUNGSARBEIT

Idee

» Um eine gelingende Jugendbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern langfristig zu gewährleisten, werden die Kommunen aktiv in ihrer Beteiligungsarbeit unterstützt.

Methoden

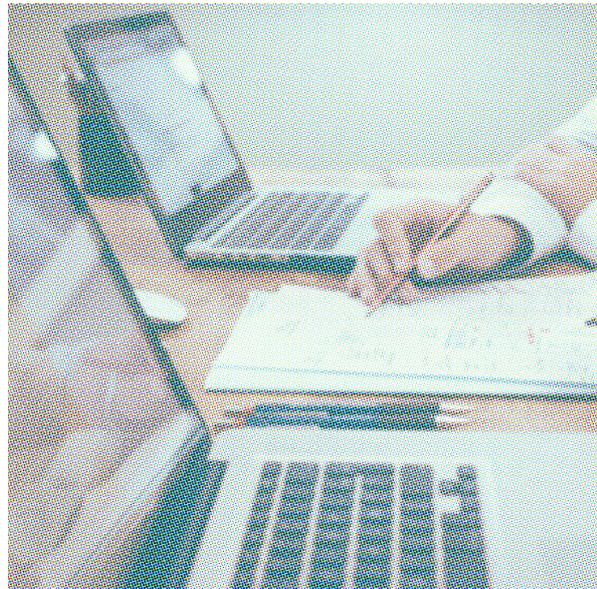
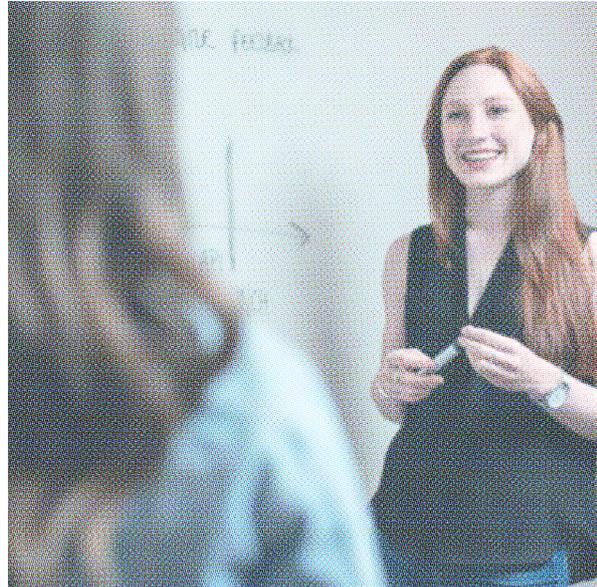
» Die Mitarbeitenden der Kommunen werden grundlegend im Hinblick auf Beteiligung (Recht auf, Sinn von, Haltung zu Beteiligung) extern beraten.

» Neben diesem Beratungsangebot werden ihnen Werkzeuge und Methoden an die Hand gegeben, die ihnen praxisnah Hilfestellung bei der Entwicklung und Umsetzung eines Beteiligungskonzeptes geben.

» Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung von Beteiligungsprojekten mit Jugendlichen.

» Als Vorbild für die Entwicklung der Tools und Methoden dienen vergleichbare Projekte der gelingenden Praxis sowie allgemeine Standards der Beteiligungsarbeit.

» Die Kommunalpolitiker_innen sollen dadurch angeregt werden, eigene Ideen für Beteiligungsprojekte zu entwickeln und somit aktiv auf die Jugendlichen zuzugehen. Durch ihre Verankerung vor Ort können sie die Methoden an lokalspezifische Gegebenheiten anpassen und die nötigen Hebel für die Umsetzung von Ideen und Wünschen der Jugendlichen in Bewegung setzen.



Zu erwartende Ergebnisse

» Kurzfristig: Entwicklung von Werkzeugen, Methoden und Beratungsangeboten für Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern

» Langfristig: Ermächtigung der Kommunen zur eigenständigen Beteiligungsarbeit für eine nachhaltige und integrierte Jugendbeteiligung.

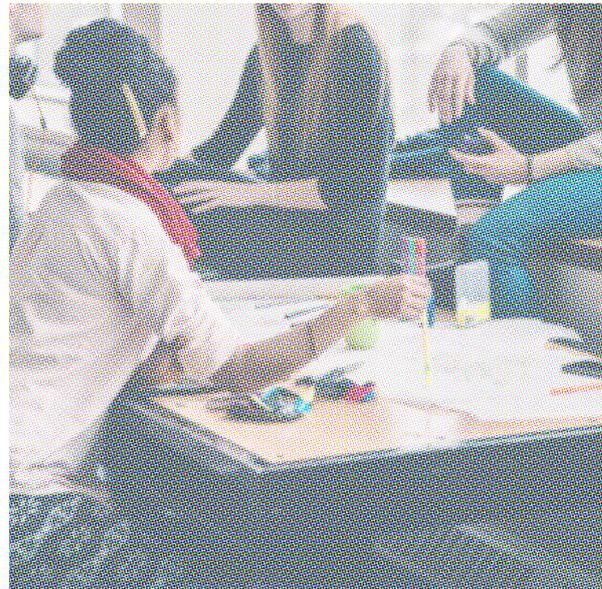
ANALYSE GELUNGENER PRAXIS

Idee

- » Aufgrund der sehr diversen Beteiligungskontexte und Gegebenheiten innerhalb der Kommunen, kann es keine Pauschallösungen für die Umsetzung von Teiligungsprojekten geben.
- » Über eine extern zu beauftragende Recherche und Analyse von Projekten der gelungenen (und gescheiterten) Praxis können jedoch Erfolgsfaktoren identifiziert und systematisiert sowie Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.
- » Gelungene Handlungsansätze können in einem Pool als Anregung für eigene Projekte zur Verfügung gestellt werden.
- » Durch den Bezug zu konkreten realen Projekten, lassen sich die Herausforderungen in der Teiligungsarbeit leichter nachvollziehen und bereits begangene Fehler in Folgeprojekten vermeiden.
- » In Zusammenarbeit mit vorhanden Netzwerken und Akteur_innen vor Ort können Kooperationen gebildet und gemeinsame Leitlinien entwickelt werden. Über Tandem-Konstellationen erhalten die Mitarbeitenden der Kommunen und die Fachkräfte der Jugendarbeit erfahrene Ansprechpartner_innen und können später selbst als Mentor_innen eingesetzt werden.

Zu erwartende Ergebnisse

- » Kurzfristig: Pool von Handlungsansätzen der gelungenen Praxis als Anregung für eigene Projekte sowie abgeleitete Handlungsempfehlungen für Kommunen.
- » Langfristig: Etablierung eines Teiligungsnetzwerkes zwischen vorhandenen Akteur_innen und den Kommunen sowie ein stetig wachsendes Tandem-Programm.



3.4 Spick-Zettel

Um die Ergebnisse der Studie zu den Lebenswelten der Jugendlichen möglichst vielen zugänglich zu machen, wurden wesentliche ausgewählte Ergebnisse und Empfehlungen auf Spick-Zettel geschrieben, kurz erläutert und mit Beispielen untersetzt (siehe Anlage 1). Diese sind damit Zusammenfassung, Erinnerung und Anregung zugleich.

Die Spick-Zettel sollen es einerseits Jugendlichen erleichtern, auf Erwachsene zuzugehen, sie zu den Themen anzusprechen, nachzufragen, eine gemeinsame Diskussion anzuregen oder einzufordern. Dabei können die dargestellten Ergebnisse und Empfehlungen auch kritisch angefragt, bestätigt oder als wenig relevant für die Jugendlichen abgewiesen werden. Die Spick-Zettel sind also auch ein Instrument, mit dem den Jugendlichen, über die geforscht wurde, die Deutungshoheit über die Ergebnisse zurück und ihnen ein Beteiligungstool an die Hand zu geben. Gleichzeitig können auf der Grundlage der Spick-Zettel auch Anliegen der Jugendlichen identifiziert werden, die bisher aber nicht bearbeitet wurden. Unterstützt werden können die Jugendlichen bei diesen Beteiligungsprozessen gut von Jugendarbeiter_innen, Schulsozialarbeiter_innen, Bildungsreferent_innen etc.

Andererseits können die Spick-Zettel als motivierende Grundlage für Kommunalpolitiker_innen, Fachkräfte der Jugendarbeit, Lehrer_innen, Mitarbeiter_innen aus der Ver-

waltung und anderen Institutionen etc. dienen, um mit Jugendlichen ins Gespräch über die Ergebnisse der Studie und die abgeleiteten Empfehlungen zu kommen, v.a. aber um ganz konkrete gemeinsame Projekte vor Ort ergeben anzuschließen, die zur Verbesserung der Lebenswelt der Jugendlichen und zur Erleichterung ihres Alltags beitragen.

Mit den Spick-Zetteln kann auch der öffentliche Raum bespickt werden – die Empfehlung zum freien WLAN kann beispielsweise an der Bushaltestelle oder im Gemeindebüro angebracht und die für bessere Radwege an die Fahrradlenker vorm Supermarkt gehängt werden. In jedem Fall sollen sie anregen, die eigene Meinung kundzutun, sich zusammenzufinden.

Das ‚Darüber-ins-Gespräch-Kommen‘ kann noch besser gelingen, wenn sich ein freier Träger der Jugendarbeit, Medienbildung, der politischen Bildung, von Beteiligungswerkstätten etc. findet, der sich als Ansprechpartner für alle Rückmeldungen, die es zu den Spick-Zetteln gibt, zur Verfügung stellt. Dessen Kontaktdaten können dann noch auf jedem Spick-Zettel erscheinen und würden eine Form der möglichen kontinuierlichen Weiterarbeit mit den Ergebnissen der Studie sichern.



Literatur- und Quellenangaben

Allianz pro Schiene (2018): Erreichbarkeit von Bus und Bahn.

<https://www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2019/07/erreichbarkeit-von-bus-und-bahn-in-deutschland.pdf>

Andresen, S. et al. (2020): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Hildesheim: Universitätsverlag

Becker, H./Moser, A. (2013): Jugend in ländlichen Räumen zwischen Bleiben und Abwandern: Lebenssituation und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland. Thünen Report, No. 12. Braunschweig

Beetz, S. (2009): Analysen zum Entscheidungsprozess Jugendlicher zwischen „Gehen und Bleiben“. Die Relevanz kollektiver Orientierungen bei Migrationsentscheidungen ostdeutscher Jugendlicher. In: Schubarth, W. (Hg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien. Weinheim: Juventa: 135-151

Behr, K. /Liebig, R. /Rauschenbach, T. (2000): Strukturwandel des Ehrenamtes. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess. Weinheim, München

Beierle, S./Reißig, B./Tillmann, F. (2016): Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen. Halle/Saale: DJI

Beierle, S./Tillmann, F. (2018): Wie wird Politik Jugendlichen in struktur-schwachen ländlichen Räumen gerecht? In: Stein, M./Scherak, L. (Hg.): Kompendium Jugend im ländlichen Raum. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt: 186-198

Bertelsmann Stiftung (Hg.)(2019): „Fragt uns“. JugendExpertenTeam im Projekt „Familie und Bildung: Politik vom Kind aus denken“. Gütersloh

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/fragt-uns/>

Bertelsmann Stiftung (Hg.)(2017): wegweiser-kommune.de:

<https://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/33037/Demographietyp+9.pdf/6f204283-d2da-4ab4-8065-672bd211aa20>

Bertelsmann Stiftung (Hg.)(2017a): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017.

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/sozialer-zusammenhalt-in-deutschland-2017>

Bundesjugendkuratorium (BJK) (2019): Zwischenruf des Bundesjugendkuratoriums: Jugendstrategie der Bundesregierung in gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend.

https://www.bundesjugendkuratorium.de/assets/pdf/press/BJK_Jugendstrategie.pdf

Bundesjugendkuratorium (BJK) (Hg.) (2009): Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

https://www.bundesjugendkuratorium.de/assets/pdf/press/bjk_2009_2_stellungnahme_partizipation.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017a): Jugend ermöglichen! Die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht. Frankfurt/Main

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2017b): Freiwilliges Engagement junger Menschen. Sonderauswertungen des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys. Berlin

Deutsches Kinderhilfswerk: Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland deutlich intensivieren.

<https://www.dkhw.de/schwerpunkte/kinderarmut-in-deutschland/deutsches-kinderhilfswerk-bekaempfung-der-kinderarmut-in-deutschland-deutlich-intensivieren%20/>

Döring, S. (2017): Ländliche Regionen als attraktive Lebensräume für Kinder und Jugendliche. Eine Untersuchung der Gemeinde Grasberg im Rahmen der Studie „Junges Leben im ländlichen Raum“. Masterarbeit. Universität Vechta

Gensicke, T. (2014): Bürgerschaftliches Engagement in den ländlichen Räumen der Bundesrepublik Deutschland – Strukturen, Chancen und Probleme. Sekundäranalyse auf Grundlage des Freiwilligensurveys der Bundesregierung. Forschungsbericht

Grimm, R./Raffelhüschen, B. (2019): Deutsche Post – Glücksatlas.

<https://www.dpdhl.com/de/presse/pressemitteilungen/2019/deutsche-post-gluecksatlas-2019.html>

- Integrierter Landesverkehrsplan Mecklenburg-Vorpommern (ILVP M-V) (2018): <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/em/Infrastruktur/Landesverkehrsplan/>
- Landesamt für innere Verwaltung (2019): Regionale Einkommensunterschiede im Land betragen 2017 mehr als 2 000 EUR je Einwohner:
<https://www.laiv-mv.de/Pressemitteilungen/?id=152548&processor=processor.sa.pressemitteilung>
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2020): Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtages. Bericht der Anhörungsreihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“. Drucksache 7/5125
- Lindner, W. (2015): „Es muss was gescheh'n – aber es darf nix passier'n.“ Partizipation zwischen politischen und pädagogischen Arrangements.
<https://www.kubionline.de/artikel/muss-was-geschehn-darf-nix-passiern-partizipation-zwischen-politischen-paedagogischen>
- Michel, A. M. (2019): Nichts als Freiraum. Visionäre Forderungen für gelungene Partizipation von Jugendlichen in Freiräumen. Hirnkost
- Moser, A./Mettenberger, T. (2018): Alltagswelten und Zukunftsvorstellungen Jugendlicher – Befunde aus zwei empirischen Studien in ländlichen Regionen Deutschlands. In: Stein, M./Scherak, L. (Hg.): Kompendium Jugend im ländlichen Raum. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt
- Regierungsportal Mecklenburg-Vorpommern: Daten und Fakten zur demografischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern.
<https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Themen/Demografischer-Wandel/Daten-und-Fakten/>
- Rinnenburger, H./Summa, J. (2016): Probleme der kommunalen Selbstverwaltung – Das kommunalpolitische Ehrenamt. Master-These. Trierer Studien zur Kommunal- und Regionalpolitik. Bd. 8. Universität Trier
- Schametat, J./Schenk, S./Engel, A. (2017): Was sie hält. Regionale Bindung von Jugendlichen im ländlichen Raum. Weinheim, Basel: Beltz Juventa
- Schulz, N. (2017): Zusammenfassung zum 15. Kinder- und Jugendbericht. in via
- Shell Deutschland Holding (Hg.) (2019): Jugend 2019. 18. Shell Jugendstudie. Beltz
- Shell Deutschland Holding (Hg.) (2000): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Opladen: Leske + Budrich
- Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern (2014): Mecklenburg-Vorpommern: Weltoffen, modern, innovativ. Den demografischen Wandel gestalten. Aktualisierte Fassung des Strategieberichts von 2011 der interministeriellen Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern.
- statista (2019): Verfügbarkeit von schnellem Breitbandinternet (≥ 50Mbit/s) für Haushalte in Deutschland nach Bundesland.
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/418427/umfrage/verfuegbarkeit-von-breitbandinternet-50mbits-nach-bundeslaendern/>
- Stein, M./Scherak, L. (Hg.) (2018): Kompendium Jugend im ländlichen Raum. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt
- Stein, M./Scherak, L./Lindau-Bank, D. (2018): Jugendliches Leben auf dem Land – Ergebnisse der Niedersächsischen Landstudie. In: Stein, M./Scherak, L. (Hg.): Kompendium Jugend im ländlichen Raum. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt: 58-72
- Vogel, D./Funck, B. (2018): Immer nur die zweitbeste Lösung? Protokolle als Dokumentationsmethode für qualitative Interviews. In: Forum Qualitative Sozialforschung. 19(1), Art. 7.
<http://dx.doi.org/10.17169/fqs-19.1.2716>
- Vogelgesang, W./Kersch, L. (2016): Jung sein! Und das auf dem Land? In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 2: 201-218
- Wochnik, M. (2018): Bleibestrategien von Jugendlichen im ländlichen Raum. In: Stein, M./Scherak, L. (Hg.): Kompendium Jugend im ländlichen Raum. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt: 116-129
- Weber, G./Fischer, T. (2012): Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen. In: Ländlicher Raum. H. 04: 1-13
- welstay.eu: Mecklenburg-Vorpommern, das Bundesland im Norden trumpft mit Vielfalt.
<https://www.welstay.eu/artikel/mecklenburg-vorpommern-das-bundesland-im-norden-trumpft-mit-vielfalt/>

Zentrum Eigenständige Jugendpolitik (2012):
Feedback der Steuerungsgruppe zur Jugend-
konsultation „Orientierung;LOS! Übergänge
zwischen Schule und Beruf“.

<http://www.allianz-fuer-jugend.de/Veranstaltungen/Fachforum---Weichenstellungen-fuer-die-Zukunft--uebergaenge-im-Jugendalter-gestalten---/451d13/>

Verwendete Icons

<https://www.flaticon.com/>

Freepik

srip

photo3idea_studio

Pixelmeetup

Anlage: Spick-Zettel



Die Spick-Zettel sind im Rahmen der Studie „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern – Einblicke in Alltagsthemen und Gestaltungsmöglichkeiten“ entstanden und enthalten zusammenfassend wesentliche Ergebnisse, Empfehlungen und anregenden Beispiele.

Mit den Spick-Zetteln kann teilnahmeorientiert auf verschiedene Weise gearbeitet werden:

- » Die Spick-Zettel können es einerseits Jugendlichen erleichtern, auf Erwachsene zuzugehen, sie zu den Themen anzusprechen, nachzufragen, gemeinsame Gespräche anzuregen oder einzufordern. Dabei können die Empfehlungen von den Jugendlichen auch kritisch angefragt, bestätigt oder als wenig relevant abgewiesen werden. Ebenso können auf der Grundlage der Spick-Zettel die Jugendlichen auch Anliegen benennen, die bisher noch nicht bearbeitet wurden. Unterstützt werden können die Jugendlichen bei diesen Beteiligungsprozessen gut von Jugendarbeiter_innen, Schulsozialarbeiter_innen, Bildungsreferent_innen etc.

Spick-Zettel

- » Andererseits sollen die Spick-Zettel als Grundlage für Kommunalpolitiker_innen, Fachkräfte der Jugendarbeit, Lehrer_innen, Mitarbeiter_innen aus der Verwaltung und anderen Institutionen etc. dienen, um mit Jugendlichen ins Gespräch über die Ergebnisse und Empfehlungen der Studie zu kommen. Daraus können sich dann vielleicht ganz konkrete gemeinsame Projekte vor Ort ergeben, die zur Verbesserung der Lebenswelt der Jugendlichen und zur Erleichterung ihres Alltags beitragen.

- » Mit den Spick-Zetteln kann auch der öffentliche Raum bespickt werden – die Empfehlung zum freien WLAN kann beispielsweise an der Bushaltestelle oder im Gemeindebüro angebracht und die für bessere Radwege an die Fahrradlenker vorm Supermarkt gehängt werden.

In jedem Fall sollen die Spick-Zettel anregen, die eigene Meinung kundzutun, sich zusammenzufinden, gemeinsam Ideen zu entwerfen und mit Spaß loszulegen.



Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen in der Nutzung des Internets.



Ob Schulaufgaben, Freizeitbeschäftigungen organisieren, Treffen planen, Zocken, Einkaufen usw. – viele wichtige Dinge im Alltag der Jugendlichen finden online statt.

In M-V nimmt die Qualität und Stabilität der Internetverbindung ab, je weiter außerhalb von Städten man wohnt. Auf den abgelegenen Dörfern ist ein verfügbares Internet aber besonders wichtig, um nicht abgehängt zu sein.

Spick-Zettel

Zugang zu stabilem und leistungsfähigem Internet für alle flächendeckend sichern und bis dahin Alternativen finden!

An möglichst vielen Orten mit WLAN-Anschluss werden die Türen für Jugendliche selbstverständlich weit, lang und kostenfrei geöffnet.

Dort, wo die Jugendlichen sich länger aufhalten, wird ein kostenloser WLAN-Zugang geschaffen, damit diese Zeiten von den Jugendlichen besser für sich genutzt werden können.

— — — — — Beispiele — — — — —

Bürgermeister_innen, Pfarrer_innen, die Freiwillige Feuerwehr ... öffnen nachmittags ihre Diensträume für Jugendliche und handeln mit ihnen gemeinsam Nutzungsmöglichkeiten aus.

In Schulbussen, an Haltestellen und in Warteräumen gibt es einen kostenlosen WLAN-Zugang.

Spick-Zettel

*Jugendliche sind Expert_innen
in eigenständiger nicht-motori-
sierter Mobilität.*



Um selbstständig zur Schule, zum Verein, zum Badesee, zur Clique oder zum nächsten Bahnhof zu gelangen, gehen Jugendliche häufig zu Fuß oder nutzen das Fahrrad.

Sichere Fuß- und Radwege sind nicht immer an den Routen der Jugendlichen gegeben. Sie müssen auf Straßen fahren oder auf Nebenstrecken im schlechten Zustand ausweichen. Das macht diese Art der Mobilität riskant.

Weil Fahrräder wichtige Fortbewegungsmittel sind, müssen sie gut gesichert und trocken abzustellen sein.

Spick-Zettel

*Fuß- und Radwege reparieren und
ausbauen, Unterstellmöglichkeiten
schaffen!*

Es braucht zur Absenkung des Risikos sichere, ausgewiesene sowie gut ausgebaute Fuß- und Radwege. Bis es diese gibt, müssen mit den Jugendlichen (und ihren Eltern) konkret vor Ort sichere Wegen oder Alternativen gefunden werden.

Manchmal braucht es nur einen anderen Blick auf die Dinge oder das Nachfragen bei den Jugendlichen, um zu sehen, wo Fahrräder und Mopeds an den benötigten Stellen geschützt abgestellt werden können.

— — — — — Beispiele — — — — —

Der_die Bürgermeister_in lädt zur Verkehrswegeralley ein, fährt selbst die Wege der Jugendlichen mit ihnen ab und berät sich dann mit ihnen und ihren Eltern zu den notwendigen Veränderungen und Alternativen.

Der kommunale Bauhof überdacht gemeinsam mit den Jugendlichen neu angeschaffte Fahrradständer am Bahnhof.

An Orten, die von Jugendlichen häufig genutzt werden, z.B. an Schulen, Bahnhöfen, am Jugendclub, stehen ihnen Leihräder zur Verfügung.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen darin, auch mit einem mangelhaften ÖPNV entfernte Orte zu erreichen.



Viele Jugendliche müssen täglich große Entfernungen zurücklegen, um von ihrem Wohnort zur Schule, zu Ausbildungs- und Studienorten, zu Freizeitangeboten und Freund_innen usw. zu kommen. Dafür sind die meisten auf den ÖPNV angewiesen, der ihnen den zeitlichen Takt vorgibt und manche Aktivitäten verhindert.

Für Fahrten, die nicht zur Schule oder von da aus nach Hause führen, müssen die Jugendlichen meist Kosten aufbringen, ohne dass sie entsprechende Einnahmen hätten. Das kann zu Belastungen der Familien und Konflikten führen.

Spick-Zettel

Öffentlich organisierte Mobilität erleichtern und kostenlos bereitstellen!

Busse und Bahnen des ÖPNV fahren nicht unbedingt häufiger, aber ihre Abfahrtszeiten richten sich flexibel nach den Alltagsrhythmen der Jugendlichen. Am Wochenende sind sie an die Veranstaltungszeiten (Anfang und Ende) von Angeboten für Jugendliche angepasst.

Wenn die Jugendlichen für Bildung, Freizeit und Beteiligung schon weit fahren und sich auf den unzureichenden ÖPNV einstellen, dann sollten ihnen am besten kostenlose Dauertickets zur Verfügung stehen.

— — — — — **Beispiele** — — — — —

Auch die Jugendlichen aus ländlichen Räumen können Veranstaltungen von Anfang bis Ende erleben. Der letzte Bus/die letzte Bahn halten in der Nähe von den Veranstaltungsorten und fahren erst, wenn der Film im Kino, das Konzert, die Vereinsversammlung usw. vorbei sind.

Freund_innen, Familienangehörige, ein Nebenjobangebot, die Freiwillige Feuerwehr, der Fußballverein usw. können mit dem ÖPNV erreicht werden, ohne dass das Taschengeld oder der kleine Lohn der Jugendlichen dafür ausgegeben werden.

Spick-Zettel

*Jugendliche sind Expert_innen
im freiwilligen Engagement.*



Knapp die Hälfte aller jungen Menschen verbringt viel Freizeit damit, sich freiwillig in unterschiedlichen Bereichen zu engagieren. Das hat unterschiedliche Gründe, aber für die Gemeinschaft und die Jugendlichen selbst meist einen großen Nutzen.

Um sich freiwillig engagieren und beteiligen zu können, müssen Jugendliche verschiedene Ansprüche und Erwartungen unter einen Hut bringen.

Gerade im ländlichen Raum müssen die Jugendlichen für ihr Engagement viel Fahrzeit und auch Fahrkosten aufbringen.

Spick-Zettel

Freiwilliges Engagement der Jugendlichen wahrnehmen, anerkennen und in seinem Nutzen für das Gemeinwesen und die Jugendlichen wertschätzen!

Freiwilliges Engagement und Beteiligung der Jugendlichen findet manchmal zu Zeiten statt, an denen sie in der Schule, der Ausbildung oder beim Studium sein sollen. Dabei haben sie auf diese Terminplanung meist keinen Einfluss.

Jugendliche schätzen für sich ein, dass sie im Ehrenamt, beim freiwilligen Engagement und in Beteiligungsprozessen andere wichtige Kompetenzen lernen als in der Schule. Diese sind für ihre persönliche Entwicklung, aber auch für ihre Bildungskarrieren bedeutsam.

— — — — — Beispiele — — — — —

Wenn freiwilliges Engagement und Beteiligung in die Schul-, Ausbildungs- oder Vorlesungszeit fallen, können sich Jugendliche ohne große Hürden und ohne benachteiligt zu werden für diese Zeit befreien lassen.

Es gibt einen Projekttag im Jahr, an dem Jugendliche selbstorganisiert ihre außerschulischen Aktivitäten (in Vereinen, Gruppen, Gremien usw.) in der Schule vorstellen.

Gremienarbeit, Engagement oder ähnliches wird auch als Projektarbeit anerkannt und kann damit in Zeugnisse eingehen.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen der Raum-Umnutzung.



Jugendliche sehen in vorhandenen Räumen schnell Möglichkeiten, wie sie diese für sich auf unterschiedliche Weise nutzen können.

Es gibt in den Schulen zwar viele Räume, für diese regeln aber die Erwachsenen die Nutzungszeiten und Nutzungsmöglichkeiten.

Spick-Zettel

Räume in der Schule für vielfältige Nutzungen durch Jugendliche öffnen!

An Schulen wird geprüft, welche Räume zeitweise ungenutzt sind und diese werden den Schüler_innen dann zur Verfügung gestellt. Regeln dafür werden gemeinsam ausgehandelt.

An den Schulen werden Aufenthaltsräume geschaffen, die von den Schüler_innen selbst gestaltet und in Freistunden, Pausen, Wartezeiten nach dem Unterricht usw. genutzt werden.

— — — — Beispiele — — — —

Besonders in ländlichen Regionen, in denen Schüler_innen teilweise lange auf den Schulbus warten müssen, werden nach dem Unterricht Klassenzimmer als frei zugängliche Warteräume zur Verfügung gestellt.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen der Rauman eignung.



Jugendliche nehmen Innen- und Außenräume in Besitz, indem sie ihnen eine eigene Bedeutung geben.

Jugendliche wollen Räume ungestört von Erwachsenen selbstbestimmt für sich nutzen.

Es gibt zu wenig gut erreichbare Frei-Räume, die Jugendliche nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten und für sich nutzen können.

Spick-Zettel

Räume und Treffpunkte außerhalb der Schule für Jugendliche leicht und kostenlos zur selbstbestimmten Nutzung zur Verfügung stellen!

Jugendlichen stehen zu Zeiten, die für sie passen, wohnortnah oder in der Nähe der Schule Räume zur Verfügung, die sie für sich nutzen können. In diesen Räumen haben sie auch die Möglichkeit, Erwachsene zu erreichen, die sie qualifiziert begleiten.

Den Jugendlichen werden aber auch Räume zur Verfügung gestellt, die ihnen ganz allein gehören, z.B. ein Bauwagen.

— — — — — Beispiele — — — — —

Auch Räume in der Gemeinde, von Vereinen, der Kirche etc. werden für Jugendliche geöffnet zur eigenen selbstbestimmten Nutzung oder auch zur gemeinsamen mit anderen Altersgruppen.

Die Jugendlichen bauen gemeinsam mit erwachsenen Freiwilligen und mit Geld von der Gemeinde eine alte leerstehende Garage aus, die sie als Treffpunkt für sich selbstverwaltet nutzen können.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen für Jugendclubs.



Jugendliche nutzen in ihrer Freizeit gern Jugendclubs. Sie möchten über deren Angebote selbst entscheiden und haben sehr genaue Vorstellungen davon, was sie gern umsetzen, wofür sie sich einsetzen möchten.

Die Angebote in bestehenden Jugendclubs entsprechen häufig nicht den Wünschen der Jugendlichen und finden manchmal auch nicht zu den Zeiten statt, an denen Jugendliche sie nutzen wollen und können.

Spick-Zettel

In Jugendräumen entscheiden Jugendliche selbst über Angebote, Ausstattung und Regeln und laden andere Jugendliche ein!

Wenn schon Jugendräume vorhanden sind, dann sind diese zum Teil nicht für alle Jugendlichen gleichermaßen bekannt und zugänglich.

Möglicherweise fehlt einfach eine Einladung der Jugendlichen durch die Jugendarbeiter_innen, den Jugendclub für sich zu nutzen.

Die Öffnungszeiten des Jugendclubs müssen sich nach der Frei- und Fahrzeit der Jugendlichen richten, sonst sind es keine Jugendräume.

— — — — — Beispiele — — — — —

Die Mitarbeiter_innen des Jugendclubs erarbeiten mit den Jugendlichen in einem Workshop, wie die Räume im Club aussehen und wie sie genutzt werden sollen. Der Workshop wird regelmäßig wiederholt.

Der Jugendclub kann am Wochenende abends für Partys und Treff genutzt werden.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen für Mitsprache im Schulalltag.



Die Schüler_innen erleben sich nur wenig einbezogen in die Entscheidungen der Schule. Die meisten, den Alltag der Jugendlichen betreffenden Entscheidungen werden durch Lehrer_innen allein getroffen.

Manchmal sind die Möglichkeiten für formale Beteiligung in schulischen Gremien, z.B. als Klassensprecher_in oder im Schulrat, nicht umfassend bekannt.

Spick-Zettel

Schulische Mitwirkungsgremien zu Orten gleichberechtigter Beteiligung für Jugendliche machen!

Entscheidungen über ihre schulischen Alltagsthemen, deren Konsequenzen die Schüler_innen in erster Linie tragen müssen, werden von ihnen gleichberechtigt mit getroffen.

Lehrer_innen, Schulleiter_innen usw. öffnen sich für die Argumente der Schüler_innen in den Schulgremien und begründen ihre Positionen ebenfalls. Jede Meinung wird gehört und ernstgenommen.

Schüler_innen wünschen sich vertrauenswürdige erwachsene Ansprechpersonen (Vertrauenslehrer_innen, Schulsozialarbeiter_innen), die ihnen zuhören, sie verstehen und ihre Anliegen weitertragen.

— — — — — *Beispiele* — — — — —

Gemeinsam mit den Schüler_innen erarbeitete erfahrene Jugendarbeiter_innen oder Schulsozialarbeiter_innen Ansätze, wie die Mitwirkungsgremien der Schule aktiv und erfolgreich im eigenen Interesse genutzt werden können.

Über das Handyverbot an der Schule wird mit allen Beteiligten und mit Unterstützung von erfahrenen Beteiligungsmoderator_innen diskutiert, bis ein Konsens erreicht wird.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen für die Verbindung von schulischen und außerschulischen Bildungsformaten und Aktivitäten.



Schule ist der Ort, an dem Jugendliche als Schüler_innen alltäglich zusammenkommen, hier halten sie sich einen großen Teil ihres Tages auf und erwerben umfassende Kompetenzen (Allgemeinbildung, soziale und berufliche Handlungsfähigkeiten), mit denen sie die eigene Zukunft bestreiten sollen.

Die Orte, an denen Jugendlichen außerhalb von Schule Bildung, Beschäftigung und Beteiligung erfahren, liegen oft weit auseinander. Um sie zu nutzen, müssen die Jugendlichen viel Zeit aufwenden, manche Angebote können sie wegen fehlender Bus- oder Bahnverbindungen gar nicht erreichen.

Spick-Zettel

Schule ins Gemeinwesen hinein öffnen und die Kooperation mit außerschulischen Akteur_innen konsequent und vielseitig umsetzen!

Die außerschulischen Angebote bewegen sich auf die Jugendlichen zu und docken an Schule an bzw. öffnen Räume in Schulsnähe.

Jugendliche können vielfältige Angebote nutzen und lernen unterschiedliche Handlungsansätze, Methoden, Standards usw. schulischer und außerschulischer Akteur_innen kennen.

— — — — — **Beispiele** — — — — —

AGs in der Schule werden von externen Partner_innen angeboten, über die Inhalte und die Anbieter_innen können die Jugendlichen mitentscheiden.

Schüler_innen gehen während des Unterrichts zu Medienmachern vor Ort und diskutieren, wie das politische Tagesgeschehen inhaltlich aber vor allem auch sprachlich für sie verstehbar gemacht werden kann.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen ihrer eigenen Lebensplanung.



Jugendliche müssen viel überdenken und unterschiedliche Wünsche unter einen Hut bekommen, wenn sie sich zum Beispiel für eine Ausbildung oder ein Studium entscheiden.

Die Jugendlichen bewerten die Möglichkeiten im Heimatort oder der Umgebung anhand ihrer Vorstellungen von einem guten Leben.

Häufig kennen die Jugendlichen die (Ausbildungs-)Möglichkeiten in der näheren Umgebung ihrer Heimatgemeinde nicht gut.

Spick-Zettel

Jugendliche darin unterstützen, für ihre Zukunftspläne den geeigneten Lebensort zu finden!

Die unterschiedlichen Wünsche und Erwartungen der Jugendlichen an ihr Leben erzeugen oft eine Spannung zwischen emotionaler Bindung an den Heimatort und der Schwierigkeit, vor Ort das gewünschte Leben führen zu können.

----- Beispiele -----

Jugendarbeiter_innen und Berufsberater_innen organisieren gemeinsam einen Workshop zur Lebensplanung für Jugendliche und bringen dort ihr Wissen über die regionalen Möglichkeiten ein.

Lokale Unternehmen vernetzen sich noch stärker und bauen eine gemeinsame Berufsorientierung mit den Schulen auf.

Hochschulen und Universitäten bieten (mobile) Studienorientierung auch explizit in kleineren Orten an.

Spick-Zettel

*Jugendliche sind Expert_innen
im Managen unterschiedlicher
Zeitlogiken.*



Alles, was im Alltag der Jugendlichen eine Rolle spielt (Schule, Freizeitangebote, Vereinssitzungen, Ferienjobs, ÖPNV usw.), hat eine eigene Zeitplanung.

Darauf haben die Jugendlichen wenig Einfluss, sie müssen die verschiedenen Zeiten für einen gelingenden Alltag aber ständig aufeinander abstimmen.

Spick-Zettel

*Bessere zeitliche Abstimmung der
Institutionen in der Lebenswelt der
Jugendlichen!*

Alle am Alltag der Jugendlichen beteiligten Institutionen setzen sich regional an einen Tisch und stimmen gemeinsam mit den Jugendlichen ihre Zeitplanungen miteinander ab.

Jugendliche erreichen dann ihre verschiedenen Lebensbereiche zu den passenden Zeiten und müssen weniger warten.

— — — — — Beispiele — — — — —

Der Jugendclub in Schulnähe öffnet gleich nach Unterrichtschluss.

Die Gemeinderatsversammlung findet am Nachmittag statt, weil die Jugendlichen dann den ÖPNV nutzen und pünktlich teilnehmen können.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen darin, ihre Eltern für Fahrdienste zu gewinnen.



Durch die Notwendigkeit, häufig zwischen den verschiedenen Lebensorten fahren zu müssen, und den oft mangelhaften ÖPNV sind Jugendliche stark auf Eltern oder Bekannte als Fahrdienst angewiesen.

Jugendliche sind sich der zusätzlichen zeitlichen und finanziellen Belastung der Eltern bewusst und möchten sie davor schützen. Deshalb verzichten sie manchmal von selbst auf Treffen mit Freund_innen, Freizeitangebote usw.

Spick-Zettel

Jugendliche darin unterstützen, unabhängig von ihren Eltern mobil zu sein!

Es müssen verschiedene Alternativen vor Ort gemeinsam mit den Jugendlichen ausgedacht und erprobt werden, z.B. Rufbusse, Bürgerbusse, Mitfahrgelegenheiten.

Für fast alle Jugendlichen, vor allem in den ländlichen Wohnorten, bedeutet der Führerschein Freiheit und Unabhängigkeit – und damit auch Entlastung der Familie.

— — — — — *Beispiele* — — — — —

Jugendliche erhalten finanzielle Unterstützung beim Erlangen des Führerscheins und Finanzierungshilfen beim Erwerb des ersten Mopeds oder Autos.

Auch in den Ferien fahren kostenlose Busse im Takt der Ferienangebote.

Der Rufbus wird gemeinsam mit den Jugendlichen erprobt und sein System mehr an ihre Bedürfnisse angepasst. Dann kann seine Nutzung selbstverständlicher werden.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen, um sich im Informations- und Angebotsdschungel zurechtzufinden und gleichberechtigt teilhaben zu können.



Jugendliche müssen in ihrem Alltag vielfältige Informationen und Angebote finden, bewerten und aufeinander abstimmen.

Damit das zielgenauer und mit weniger Zeitaufwand gelingt, brauchen sie mehr Transparenz und Orientierung.

Oft fehlt es an einer kontinuierlichen Aufklärung zu den Konsequenzen der Nutzung bestimmter Informations- und Unterhaltungsquellen, z.B. zu Datenschutz, Fake-News, Online-Mobbing etc.

Spick-Zettel

Transparenz der Angebote für Jugendliche schaffen, aufklären und gut aufbereitete Informationen zur Verfügung stellen!

Für Jugendliche werden vorhandene regionale Angebote und deren Nutzungsmöglichkeiten (z.B. Jugendclub, Sportangebote, Beteiligungsprojekte) über die von ihnen genutzten Medien und durch mündliche Ansprache sichtbar gemacht.

Alle Jugendlichen werden selbstverständlich in vielfältigen Zusammenhängen über ihre Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten aufgeklärt.

— — — — — *Beispiele* — — — — —

Die Mitarbeiter_innen des Jugendclubs nutzen Social-Media-Plattformen, um über ihre Räume und Angebote zu informieren.

Jugendliche werden selbst zu Akteur_innen in Videos, Blogs, Podcasts etc. über ihren Jugendclubs, betreuen und pflegen den club-eigenen Youtube-Kanal.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen der Nutzung technischer Geräte und virtueller Möglichkeiten.



Insbesondere in den Schulen wird deutlich, dass Jugendliche in bestimmten Bereichen einen Wissensvorsprung und einen spielerischen, intuitiven Umgang mit digitalen Medien haben.

Wenn sich Schüler_innen allein auf die Technikausstattung der Schule verlassen würden, dann wären viele von ihnen längst abgehängt. Da die Ausstattung bei den Jugendlichen zu Hause auch sehr unterschiedlich ist, wird eine Ungleichheit verstärkt.

Das Know-How der Jugendlichen und die Anforderungen des späteren Berufslebens klaffen weit auseinander mit der Technik und den Inhalten der zur Verfügung gestellten Lernangebote.

Spick-Zettel

Den Wissensvorsprung der Jugendlichen in bestimmten Bereichen wahrnehmen und nutzen!

Insbesondere im Kontext von Medientechnik/-nutzung werden Jugendliche als Expert_innen angefragt.

Gemeinsam mit den Jugendlichen werden neue Lehr-Lern-Formate entwickelt, in denen sich Erwachsene und Jugendliche mit ihrem unterschiedlichen Wissen gleichberechtigt einbringen und ergänzen können.

— — — — — Beispiele — — — — —

Jugendliche recherchieren in einem Medienprojekt an der Schule zu online-Lerntools, die sie dann gemeinsam mit den Lehrer_innen erproben.

Jugendliche entwickeln gemeinsam mit dem Gemeinderat ein digitales Beteiligungstool, damit Positionen, Wünsche und Beschwerden gut kommuniziert werden können.

Jugendliche schulen nicht technik-affine Personen zur Internetnutzung in den Räumen des Jugendclubs.

Spick-Zettel

*Jugendliche sind Expert_innen
im Warten und in der Nutzung
von Wartezeiten.*



Jugendzeit in M-V bedeutet nicht nur viel verkehrte Zeit, sondern auch Wartezeit. Meist wird auf den ÖPNV gewartet.

Offenbar sind diese „Zwischenzeiten“ nicht im Blick der Schule oder anderer Institutionen, sondern werden den Jugendlichen selbst überlassen. Diese versuchen, diese Zeiten für sich sinnvoll auszufüllen.

Spick-Zettel

*Wartezeiten so ausgestalten, dass
sie für Jugendliche gut nutzbar
sind!*

Die Jugendlichen selbst wünschen sich mehr Beschäftigungs- und Bewegungsmöglichkeiten in Pausen und Wartezeiten und überdachte Orte zum Warten, von denen sie nicht verjagt werden.

Durch eine mit den Jugendlichen abgestimmte Ausstattung von Warteräumen und -plätzen, kann eine gute Wartezeitnutzung unterstützt werden.

Manchmal erzeugen Jugendliche aber auch ganz bewusst Wartezeiten, weil diese es ermöglichen, länger mit Freund_innen gesellig zu verweilen.

— — — — — Beispiele — — — — —

Der_die Schulsozialarbeiter_in schafft mit Jugendlichen in der Schule einen Warteraum mit WLAN-Zugang sowie Sport- und Spielmöglichkeiten.

Die Jugendarbeit organisiert einen Workshop, bei dem die Jugendlichen gemeinsam mit ansässigen Geschäftsleuten und Bürger_innen über Möglichkeiten diskutieren, wie sie sich am Marktplatz gut treffen und dort Wartezeit verbringen können, damit es für alle gut passt.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen ihrer Freizeitgestaltung.

Freizeit ist aus der Sicht der Jugendlichen alles außer Schule und Hausaufgaben- bzw. Lernzeit. Sie ist sowohl selbstbestimmte, frei verfügbare Zeit als auch Zeit, die z.B. für Hausarbeiten aufgebracht wird.

Die Freizeitbeschäftigungen der Jugendlichen in M-V sind vielfältig, unterscheiden sich aber sehr je nach Wohnort. Sie richtet sich immer nach den gegebenen Möglichkeiten.

Spick-Zettel

Freizeitangebote für Jugendliche möglichst wohnortnah oder im nahen Umfeld bzw. an der Schule schaffen!

Unterschiedlich lange Fahrzeiten zwischen Bildungs-, Wohn- und Freizeitorten bedeuten unterschiedlich viel Freizeit für die Jugendlichen.

Damit alle Jugendlichen mehr Chancen auf vielfältige Freizeitgestaltung haben, müssen die Angebote schnell erreichbar sein oder zu den Jugendlichen kommen.

Es braucht auch zentrale, mit dem ÖPNV erreichbare Angebote, z.B. am Wochenende, damit sich Jugendliche in (großen) Gruppen treffen können.

— — — — — Beispiele — — — — —

Der Bus fährt am Wochenende nicht nur bis zum Busbahnhof, sondern 2x täglich zu jugendfreundlichen Zeiten direkt zum Badensee und auch wieder zurück.

Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe bieten für ihre Ferienangebote einen Shuttlebus an, der die Kinder zu Hause abholt, zum Angebot hin und wieder zurückbringt.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen in ihrer individuellen und konkreten Bewältigung der Herausforderungen des Jugendalters.



Diese Aufgaben werden sie umso besser bewältigen, je jugendgerechter und zugewandter ihnen die begleitenden Institutionen und Personen zur Verfügung stehen.

Jugendliche brauchen dafür verlässliche Strukturen und Beziehungen

Spick-Zettel

Langfristige, verlässliche Maßnahmen ebenso wie flexible, auf temporäre Bedarfe reagierende Projekte in der Arbeit mit Jugendlichen sichern!

Ein solches, auch finanziell gesichertes, Zusammenspiel kann Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Qualität der Angebote sichern.

Aus Sicht der Jugendlichen lohnt es erst, sich auf Angebote der Jugendarbeit, der Kulturarbeit, politischen Bildung etc. einzulassen, wenn diese langfristig beständig sind.

— — — — — *Beispiele* — — — — —

Durch finanziell langfristig gesicherte Angebote der Jugendmedienarbeit bleiben gut ausgebildete Fachkräfte in der Region, bauen Netzwerke auf und entwickeln mit den Jugendlichen neue Mentor_innenkonzepte.

Jugendliche übernehmen Verantwortung für eine Peer-Beratung zu nachhaltiger Alltagsgestaltung im Umweltzentrum der Kleinstadt.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen für ihre Alltagsthemen.



Die Erfahrung der Jugendlichen ist, dass sie selten gefragt werden und ihre Interessen und Vorstellungen häufig übergangen werden.

Erwachsene sehen sich häufig als gute Stellvertreter_innen für Jugendliche, wollen sich um deren Angelegenheiten kümmern und meinen, besser zu wissen, was Jugendliche brauchen.

Spick-Zettel

Gute Bedingungen und Möglichkeiten schaffen, damit Jugendliche für sich selbst sprechen können!

Jugendliche können und müssen ihre Anliegen selbst bestimmen und auch öffentlich für sich selbst sprechen.

Dafür brauchen sie Orte, Gelegenheiten und Formate, um sich in einem geschützten und unterstützenden Rahmen Positionen, Ziele und Argumente zu erarbeiten.

Erwachsene müssen Jugendliche ernst nehmen, ihnen aufmerksam zuhören und nachfragen, bis sie sie verstehen.

— — — — — Beispiele — — — — —

Jugendliche werden von der Schulleitung eingeladen, um online über die konkrete Ausgestaltung der „Corona-Regelungen“ zu diskutieren.

Mit den Jugendarbeiter_innen entwickeln Jugendliche ein Format, wo sie und alle Interessierten sich mit kurzen Statements zu ihren Anliegen äußern und anderen zuhören können, z.B. einen offenen Rhetorik-Abend, Speakers' Corner.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen in der Jugendhilfeplanung und der Jugendforschung.



In der Regel wird über Jugendliche geforscht und ihre Lebenswelt von Erwachsenen beplant.

Jugendliche werden in diesen Prozessen bestenfalls zu ihren Wünschen, Interessen, Plänen usw. befragt, allerdings meist auf eine Art, auf die sie keinen Einfluss haben.

Über die Ergebnisse der Studien und Planungen und die Folgen daraus erfahren die Jugendlichen sehr wenig.

Spick-Zettel

Jugendliche an der Jugendhilfeplanung und Jugendforschung gleichberechtigt beteiligen!

Jugendliche können am besten über ihre Lebenswelten Auskunft geben – wie sie diese wahrnehmen, was sie als unterstützend bzw. hinderlich erleben und was sie benötigen, um ihre Alltage gelingender zu gestalten.

In den beteiligungsorientierten Planungs- und Forschungsprozessen sollte unbedingt die Vielfalt der Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt und alle gleichermaßen gesehen und gehört werden.

— — — — — Beispiele — — — — —

Das Land M-V, jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt erstellen einen Kinder- und Jugendhilfeplan, an dem Kinder und Jugendliche in ihrer Vielfalt gut repräsentiert und von Anfang an beteiligt sind.

Jugendliche konzipieren in Zusammenarbeit mit einer Hochschule/Universität ein Forschungsprojekt über Jugendliche. Sie werden gleichberechtigt in den gesamten Forschungsprozess eingebunden.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen für ihre Beteiligung!



Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung, das sie sich aber immer wieder mit guten Argumenten erstreiten müssen.

Häufig bestimmen Erwachsene über Themen, bei denen die Jugendlichen mitsprechen sollen bzw. dürfen. Das reduziert die Beteiligung der Jugendlichen oft auf wenige ‚spezielle Jugendthemen‘.

Spick-Zettel

Jugendliche selbstverständlich an allen grundlegenden Entscheidungen beteiligen!

Fast alle Entscheidungen, die heute für die Zukunft getroffen werden, betreffen die künftigen Lebenswelten der heutigen Jugend.

Jugendlichen muss mehr zugetraut und weniger zugemutet werden.

Beispiele

Erarbeitung eines digitalen Beteiligungstool gemeinsam mit den Jugendlichen, damit sie sich mit ihren Themen, Erfahrungen und Positionen in Gemeinde- und Stadtrats-sitzungen einbringen können, ohne vor Ort anwesend sein zu müssen.

Jugendliche sind sehr verschieden. Im Landkreis wird ein freiwilliger Jugendbeirat gegründet, der diese Verschiedenheit (nach Alter, Geschlecht und sexueller Orientierung, sozialer und ethnischer Herkunft, Religion, Stadt-Land-Bewohner_in etc.) gut repräsentiert.

Spick-Zettel

Jugendliche sind Expert_innen für Jugendpolitik.



Aus Sicht der meisten Jugendlichen ist Politik etwas für (ältere) Erwachsene, bei dem ihre Interessen kaum berücksichtigt werden. Sie erleben Politiker_innen als konservierend, wenig risikobereit und vorrangig auf ihre Wiederwahl bedacht.

Zuverlässige und ausreichende Informationen zu den aktuellen Themen und Entscheidungsprozessen sind in den von Jugendlichen hauptsächlich genutzten Medien oft nicht einfach und übersichtlich zu finden.

Spick-Zettel

Konsequente Umsetzung einer Eigenständigen Jugendpolitik!

Eine Eigenständige Jugendpolitik eröffnet gesellschaftliche Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten, die für Jugendliche attraktiv sind, so dass sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten können.

Eine Eigenständige Jugendpolitik ermöglicht allen Jugendlichen mit unterschiedlichen Ausgangslagen faire Chancen.

— — — — — Beispiele — — — — —

Im Sozialkundeunterricht geht es nicht nur um die Vermittlung demokratischer Grundgedanken, sondern auch um das Verständnis aktueller Tagespolitik und der tatsächlichen Praxis politischer Entscheidungsfindung.

Aktuelle Diskurse und anstehende Entscheidungen der Kommunalpolitik werden online in Alltagssprache übersichtlich transparent gemacht.

Spick-Zettel

Die Spick-Zettel zum Forschungsbericht „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern – Einblicke in Alltagsthemen und Gestaltungsmöglichkeiten“ wurden durch das Institut für regionale Innovation und Sozialforschung (IRIS e.V.) Dresden erstellt.



Die Forschungsstudie wurde durch IRIS e.V. Dresden in Kooperation mit dem Jugendpfarramt der Nordkirche, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, und Dr. Thomas Markert (HS Neubrandenburg) im Zeitraum von September 2019 bis Juli 2020 im Auftrag und durch Förderung des Landesamts für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt.

Herausgeber:

Institut für regionale Innovation und Sozialforschung e.V. (IRIS e. V.)
Räcknitzhöhe 35a
01217 Dresden
www.iris-ev.de

Text:
Pia Rohr

Layout:
Ronja Rohr

Dresden, Juli 2020

Spick-Zettel